

**INITIATIVE
ZUKUNFT**

13. JAHRGANG — FRÜHJAHR 2004
ISBN 0942 0436 — 7 €

46

ZUKÜNFT

ZEITSCHRIFT FÜR ZUKUNFTSGESTALTUNG & VERNETZTES DENKEN

DAX

NEMAX



Neue Geldsysteme

Ausweg aus der Krise?

- **INITIATIVE ZUKUNFT:**
Zukunftsforen für Arbeit,
Leben und Wirtschaft
- **FORUM BÜRGERGESELLSCHAFT**
Kulturwandel als Chance der
Nachhaltigkeitsbewegung

Ausgabe in Kooperation von INITIATIVE ZUKUNFT und NETZWERK ZUKUNFT

Inhalt

NEUE GELDSYSTEME

Warum müssen wir uns mit dem Thema Geld befassen? Joachim Sikora 4

Regio ergänzt Euro Margrit Kennedy 9

Vom Verlust des Eigentlichen. Gernot Schmidt 16

Banken können regionales Geld unterstützen Falk Zientz 18

Der Berliner: Regionale Währung für die Hauptstadt Dag Schulze, Alexander Woiters, Jonas von Poser 19

Komplementärwährungen in Europa Agnieszka Komoch 23

Regiogeld und Agenda 21. Ralf Becker 26

E-Geld & Komplementärwährungen. Hugo Godschalk 29

Alternatives Geld in der Praxis. Klaus Schmitt 32

INITIATIVE ZUKUNFT

Was will die INITIATIVE ZUKUNFT? II

Zukunftsforum Arbeit & Tätigkeit III

Zukunftsforum Komplementäre Währungen IV

Akademie der Querdenker/innen V

Auf einen Blick: Initiatoren der INITIATIVE ZUKUNFT VI

FORUM BÜRGERGESELLSCHAFT

Neue Chancen für das bürgerschaftliche Element? Michael Wehrspau, Christian Löwe, Martina Eick 33

Engagement bundesweit vernetzen Aktionsprogramm des BBE 38

Berlin braucht eine Beteiligungsinnovation Fachforum Partizipation der Agenda 21 41

Bewegungsstiftung Christoph Bautz / Jörg Rohwedder 45

FUTUR

Auftakt zur neuen Futur-Phase 47

Zukunftsexperten diskutieren bei Futur Nicole Pollakowsky 49

FORUM ZUKUNFT

Service Energieering im Wohnungsbereich Helga Jonuschat, Michael Scharp 50

Kein Grund zur Entwarnung Gespräch mit Dennis Meadows 51

Diskurs Nachhaltigkeit und Gesellschaft 52

SERVICE

Zukunftsliteratur 53

Gruppe Zukunft: Projekte & Termine 58

Netzwerk News 60

Auf den Zahn gefühlt. Lutz Rathenow 62



Wo ist unser Geld geblieben?

Wo ist das viele Geld geblieben, das in den Nachkriegs-Jahrzehnten erarbeitet und erwirtschaftet wurde? Es ist sozusagen an der Macht: in den Händen einer Minderheit, die es sich – begünstigt durch ein bislang wenig hinterfragtes Zinssystem – „im Schweiße anderer Angesichter“ (Harald Schmidt) ganz legal erworben, aber in der Regel nicht erarbeitet hat. Mit der fatalen Konsequenz, dass es jetzt an vielen Stellen fehlt – im Staat und in den Kommunen ebenso wie in den Taschen der „kleinen Leute“.

Aber warum fehlt es gerade jetzt? Die Antworten, die im Schwerpunkt dieser ZUKÜNFT-E-Ausgabe gegeben werden, verweisen auf einen noch immer wenig beachteten Mechanismus unseres Geldsystems: Es lässt die Zinsen (und damit verbunden auch die Schulden) exponentiell wachsen – das heißt je später, desto schneller. Welche Konsequenzen dies hat – und welche Lösungen für die daraus entstehenden Probleme zur Verfügung stehen, lesen Sie bitte auf den folgenden Seiten.

„Geld muss zirkulieren, damit die Wirtschaft rund läuft“ – so sagen ja auch die Freunde des Zinssystems. Wie es aber zum Zirkulieren gebracht werden kann, d.h. welche Maßnahmen ergriffen werden müssten, damit es nicht statt dessen gehortet und zum Spekulieren missbraucht wird, darauf bleibt die Mehrheit unserer Ökonomen bis heute eine Antwort schuldig.

Die Idee einer „komplementären Währung“, die das Ziel eines funktionierenden Geldumlaufs mit dem Ziel einer Stärkung des regionalen Zusammenhalts verbindet, ist deshalb mehr als nur einer von vielen Reformvorschlägen, wie sie uns zur Zeit aufgenötigt werden. Sie könnte sich als das notwendige Pendant der Globalisierung auf der regionalen Ebene erweisen: als eine Realisierung des „lokalen Handelns“ im Rahmen des „globalen Denkens“.

*Die vorliegende Ausgabe der ZUKÜNFT-E erscheint ein weiteres Mal in enger Zusammenarbeit mit der INITIATIVE ZUKUNFT, die vor einem halben Jahr ins Leben gerufen wurde, um der Diskussion um Zukunftsvisionen eine neue, umsetzungsorientierte Plattform zu geben. Mehr zu dieser Initiative – und zu den in ihrem Rahmen geplanten „Zukunftsforen“ – entnehmen Sie bitte dem **Inlet im Mittelteil** dieses Hefts.*

In der Rubrik „forum bürgergesellschaft“ geht es diesmal um die Erweiterung der Partizipationsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger im Nachhaltigkeitsdialog. Welche Möglichkeiten – oder gar neuen Chancen – es im Zeitalter der klammen Haushalte und der penetranten Fixierung auf Wirtschaftswachstum noch geben könnte, hängt nicht zuletzt von einem „Kulturwandel“ in der Umweltbewegung ab: Was das ist, lesen Sie bitte ab Seite 33.

Auf seine ganz eigene Weise ist auch das Projekt ZUKÜNFT-E auf „bürgerschaftliches Engagement“ angewiesen. Nunmehr sind drei Ausgaben wieder in eigener Regie entstanden – und die Reaktionen der Leserinnen und Leser bestätigen diese Entscheidung. Gleichwohl bleibt noch Vieles zu tun, um die Weiterexistenz der ZUKÜNFT-E auf sichere Füße zu stellen. Falls Sie dazu beitragen möchten, ZUKÜNFT-E zu verbreiten oder in Ihrem Bekanntenkreis weiter zu empfehlen, sind wir für jede Initiative dankbar. Ersatzweise werden natürlich auch Geldspenden gern entgegen genommen (siehe nebenstehende Konto-Nummer).

Die nächste Ausgabe der ZUKÜNFT-E wird im Ende Juni erscheinen und aller Voraussicht nach das Thema „Arbeit und Tätigkeit“ zum Schwerpunkt haben. Wir freuen uns über Ihre Beiträge und wünschen Ihnen ein paar besinnliche Ostertage...

Erhard O. Müller (verantwortl. Redakteur)

Impressum

Herausgeber: Gesellschaft für Zukunftsgestaltung
– Netzwerk Zukunft e.V.

in Kooperation mit Z_punkt, Büro für Zukunftsgestaltung (Essen) und dem Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (Berlin)

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe entstand in Zusammenarbeit mit der INITIATIVE ZUKUNFT.

Redaktion: Erhard O. Müller (V.i.S.d.P.),
Klaus Burmeister, Edgar Göll,
Karlheinz Steinmüller, Christian Trapp
Forschung: Karlheinz Steinmüller
Forum Futur: in Kooperation mit IFOK, Bensheim
Forum Bürgergesellschaft: Erhard O. Müller
Rezensionen: In Zusammenarbeit mit der Robert-Jungk-Bibliothek Salzburg

Redaktionsanschrift:
Netzwerk Zukunft, Greifswalder Str. 4, 10405
Berlin, Tel. 030-204 40 77 und 0177-277 85 46
E-Mail: fobuerg@aol.com, ZUKÜNFT-E im Internet:
www.netzwerk-zukunft.de

Versandanschrift:
Netzwerk Zukunft, Erkelenzdammer 47,
10999 Berlin, E-Mail: hw@tesof.de

Satz: LayoutManufaktur, Berlin
Titel: Punkt-und-Pixel, Bad Honnef / Montage

Auszüge oder Nachdrucke nur mit Hinweis auf die Quelle. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 10.5.2004. Das Heft Nr. 47 erscheint im Juni 2004.

Spendenkonto für ZUKÜNFT-E:

Bank für Sozialwirtschaft,
Kto: 3050804, BLZ 100 20 500



Warum müssen wir uns mit dem Thema Geld befassen?

VON JOACHIM SIKORA, BAD HONNEF

Die Krisentendenzen in unserer Gesellschaft, in Staat und Wirtschaft lassen sich nur noch schwer leugnen. Mit „Krise der Gesellschaft“ ist hier vor allem die zunehmende Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen gemeint, aus der sich wachsende soziale Spannungen ergeben: Die Reichen werden in der Tendenz immer reicher, während die ohnehin schon Armen immer ärmer werden. Mit der „Krise des Staates“ ist die Krise des Staatshaushalts und die wachsende Staatsverschuldung gemeint, aus der sich die faktische Gestaltungsunfähigkeit der Politik und

die scheinbar notwendigen „Sparzwänge“ ergeben, die das soziale Sicherungssystem immer mehr unter die Räder kommen lassen. Hinzu kommt die eskalierende Schuldenkrise der Dritten Welt und die damit einhergehende wachsende Abhängigkeit von der „Ersten Welt“ der entwickelten Industrieländer. Diese Situation wurde u. a. im Gemeinsamen Wort¹ der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage von 1997 unter der Überschrift „Gesellschaft im Umbruch“ beschrieben, an das die folgende Analyse anknüpft.

Das Erstaunliche und Bedrückende ist – neben den Krisen selbst – die Tatsache, dass ihr innerer Zusammenhang zum Geld- und Zinssystem bis heute

fast vollständig verdrängt wird: allen voran durch die Wirtschaftswissenschaft, aber auch durch die etablierte Politik. Während allenthalben die Krisensymptome beklagt werden, während in der Politik um die verschiedensten Lösungswege heftig gestritten wird, ist gleichzeitig ein Ausweichen vor der Wahrnehmung wesentlicher Ursachen – und damit vor der Suche nach entsprechenden grundlegenden Veränderungen – zu verzeichnen. Wenn hingegen Forscher die tieferen Ursachen aufdecken und Wege zu einer grundsätzlichen Lösung aufzuzeigen versuchen, erhalten sie nicht etwa den Nobelpreis, sondern werden ignoriert oder gar ausgegrenzt. Wie

lange lässt sich diese verhängnisvolle Verdrängung noch aufrechterhalten?

Der Wirtschaftswissenschaftler Bernd Senf² und andere Autoren sprechen mittlerweile vom „Zins als Krebs des sozialen Organismus“ und meinen diese Analogie sehr ernst; oder vom „Zins als sozialem Sprengsatz“. Die Bilder und Vergleiche können gar nicht drastisch genug sein, um die Dramatik anzudeuten, in der wir uns mittlerweile befinden. Um den Handlungsbedarf zu verdeutlichen, soll im Folgenden nur auf drei Krisentendenzen eingegangen werden: auf die „Krise der Wirtschaft“, die „Krise des Staates“ und die „Krise der Gesellschaft“.

Die Krise der Wirtschaft

Wir sind alle daran gewöhnt, dass sich Geld, wenn man es zinstragend anlegt, scheinbar wie von selbst vermehrt – vordergründig erst mal eine angenehme Sache für alle Geldanleger. Aber kaum jemand fragt danach, wie es überhaupt dazu kommt und was gesamtwirtschaftlich betrachtet die Grundlagen für das zinsbedingte Anwachsen der Geldvermögen sind.

Gehen wir davon aus, dass das Geldkapital bei den Geschäftsbanken festverzinslich für eine gewisse vorher festgelegte Dauer angelegt wird: Die Geschäftsbanken leihen diese Beträge als Kredite an Unternehmen aus, verbunden mit der Verpflichtung der Unternehmen zur Rückzahlung (Tilgung) und zur Verzinsung. In der Regel sind diese Kredite mit Sicherheiten verbunden, die die Unternehmen den Geschäftsbanken für den Fall übereignen, dass die Kreditschuld nicht vereinbarungsgemäß bedient wird. In diesem Fall nämlich können sich die Banken das verpfändete Eigentum der Schuldner aneignen und zum Beispiel durch Verkauf in Geld umwandeln, um daraus noch ausstehende Forderungen gegenüber den verschuldeten Unternehmen einzutreiben.

Die durch den Kredit verschuldeten Unternehmen stehen von nun an unter dem Druck, in der vereinbarten Zeit nicht nur die Rückzahlung der Kreditsumme aus Überschüssen über ihre Kosten zu erwirtschaften, sondern die regelmäßig zu zahlenden Zinsen aufzubringen. Insgesamt müssen sie also an die Geschäftsbank mehr Geld zurückzahlen, als sie in Form des Kredits von ihr bekommen haben. All dies erscheint vollkommen selbstverständlich. Denn ohne Zins oder gar ohne Rückzahlung und entsprechende Sicherheiten wäre wohl keine Geschäftsbank bereit, Kredite zu vergeben. Von den zurückfließenden Geldern zweigt sich die Geschäftsbank einen Teil des Überschusses ab, um ihre Kosten zu decken und einen Gewinn zu erwirtschaften, und die übrigen Beträge (Rückzahlung plus Rest des Überschusses) leitet sie an die Geldkapitaleigentümer weiter, denen sie ja eine entsprechende feste Verzinsung ihres Geldkapitals plus Rückzahlung zugesagt hat.

Die Quelle für die Entstehung der Zinserträge auf Seiten der Geldanleger und der Geschäftsbanken liegt also letztendlich in der Produktion und im erfolgreichen Absatz von Waren bei den Unternehmen. Dieses „Mehr“ muss aber erst einmal erwirtschaftet werden,

ehe daraus die Geldvermögen durch entsprechende Zinserträge anwachsen können.

Wenn auf der einen Seite die Summe der Geldvermögen durch Zinserträge anwachsen soll, so findet dies unvermeidlich sein Gegenstück in einer entsprechenden Verschuldung an anderer Stelle der Volkswirtschaft (in unserem Fall bei den Unternehmen), verbunden mit dem Druck, einen für die Verzinsung ausreichenden Überschuss zu erwirtschaften. Das zinsbedingte Wachstum der Geldvermögen fordert gesamtwirtschaftlich also ein entsprechendes Wachstum des Sozialprodukts. Anders ausgedrückt: Der Zins setzt die Wirtschaft unter einen permanenten Wachstumszwang.

Genau diese Wirkung wird von den meisten Ökonomen nicht bestritten, sondern im Gegenteil als eine besonders wichtige positive Eigenschaft des Zinses hervorgehoben. Er gilt ihnen als wesentlicher Motor von Produktivitätssteigerung und Wirtschaftswachstum sowie als wesentlicher Regulator der „optimalen Allokation der Ressourcen“. Das Geld fließt in Form von Kredit entsprechend dorthin, wo seine Verwendung die höchsten Überschüsse oder Renditen erwarten lässt und dadurch auch die höchsten Zinsen ermöglicht.

Was aber verdrängt wird, sind die langfristigen Konsequenzen eines derartigen Wachstumszwangs und des durch Zinseszins bewirkten exponentiellen Wachstums der Geldvermögen einerseits und – spiegelbildlich dazu – der Verschuldung andererseits.

Zinseszins entsteht dann, wenn die Zinserträge nicht vollständig entnommen und zum Beispiel konsumiert werden, sondern wenn sie ihrerseits noch auf das angelegte Geldvermögen draufgepackt werden und sich dadurch die Grundlage der Verzinsung von Jahr zu Jahr vergrößert – damit auch die jährlichen Zinserträge. Ein Betrag von €10.000 wächst zum Beispiel bei 3% Zinseszins in 50 Jahren auf €44.000, bei 6% auf €184.000, bei 9% auf €744.000 und bei 12% auf €2.890.000. „Lassen Sie Ihr Geld arbeiten“, „Verdienen Sie sich Ihr Geld im Schlaf“ und ähnliche Sprüche sind wohl jedem geläufig.

Monetärer Teufelskreis

Was sich dabei kaum jemand klarmacht, ist, dass die Verschuldung an anderer Stelle spiegelbildlich anwächst, dass also wachsendes Geldvermögen wachsende Verschuldung bedeutet. Helmut Creutz³ nennt diesen Zusammenhang einen „monetären Teufelskreis“, treffender noch wäre der Ausdruck „monetäre Teufelsspirale“. Warum? Durch Tilgung und Zinsen wachsen die ursprünglichen Geldvermögen an und drängen nach neuen Anlagen (die durch die Kreditinstitute vermittelt werden). Dadurch steigt an anderer Stelle die Verschuldung, die ihrerseits über die Rückflüsse ein weiteres Wachstum der Geldvermögen bewirkt usw. Im Laufe der Zeit beschleunigt sich das Wachstum der Geldvermögen und Schulden derart, dass es schließlich irgendwann jeden Rahmen sprengt, auch den einer ganzen Volkswirtschaft oder Gesellschaft.

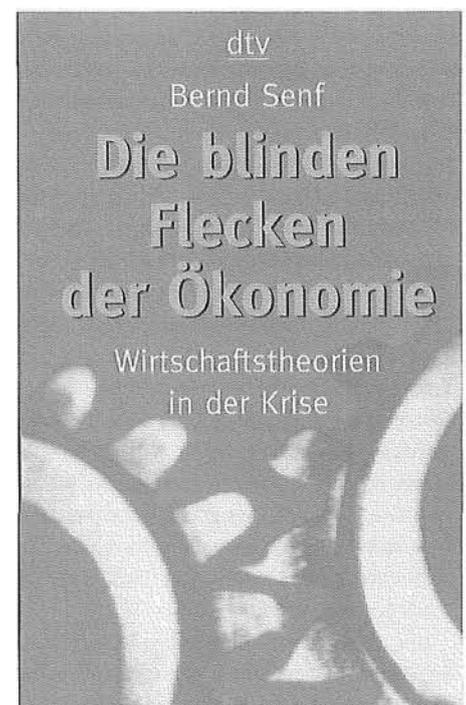
Über das durch den Zinseszins bedingte Wachstum der Geldvermögen sind sich im Prinzip viele Menschen durchaus im Klaren, jedenfalls bezogen auf die ein-

zelne Geldanlage. Auf der anderen Seite wissen viele auch um die wachsende Staatsverschuldung, insbesondere in Zeiten drastischer „Sparmaßnahmen“, und auch um die Verschuldung vieler Unternehmen und privater Haushalte. Das Erstaunliche und Erschreckende aber ist (neben den dramatisch wachsenden Geldvermögen und Schulden als solchen), dass der untrennbare Zusammenhang zwischen beiden von den wenigsten Menschen gesehen wird. Als habe sich bewusstseinsmäßig eine Trennwand zwischen die eine und andere Seite des Gesamtzusammenhangs geschoben, als sei das Bewusstsein darüber wie mit einem Keil gespalten.

Die vom Zinseszins in Gang gesetzte Dynamik kann auf Dauer unmöglich störungsfrei funktionieren: Denn gesund wäre diese Entwicklung nur dann, wenn das Anwachsen der Geldvermögen (und der Verschuldung) sowie der dafür jährlich aufzubringenden wachsenden Zinslasten seine Grundlage in einem entsprechenden Wachstum der Produktion hätte. Aber welche Volkswirtschaft – oder auch Weltwirtschaft – auf unserer begrenzten Erde mit ihren begrenzten Ressourcen und Absatzmärkten könnte ein solches reales Wachstum jemals hervorbringen?

Das reale Wachstum des Sozialprodukts kann auf Dauer unmöglich mit dem Wachstumstempo Schritt halten, das durch die exponentiell wachsenden Zinslasten – aufgrund exponentiell gewachsener Geldvermögen und Schulden – eingefordert wird. Es muss sich ganz einfach abschwächen. In dem Maße aber, wie das Sozialprodukt langsamer wächst, als vom Zins gefordert, gerät die Wirtschaft, geraten viele Unternehmen zunehmend in die Schuldenklemme. Sie sind mit ihren Kreditverträgen mehr oder weniger langfristige Verpflichtungen zur Verzinsung und Rückzahlung eingegangen, können diese immer weniger erfüllen und geraten dadurch unter einen wachsenden Schuldendruck und in die Krise.

Wenn aber die zu erzielenden Erlöse der Unterneh-



Der Staat in der Zins-Schuldenfalle



men (im Vergleich zu dem erforderlichen Wachstum) zurückgehen und die Gewinne schrumpfen, entsteht ein erhöhter Druck auf die Kosten. Die Finanzierungskosten können dabei kaum vermindert werden, weil sie in früheren Kreditverträgen fest vereinbart wurden. Um so mehr wächst der Druck auf andere Kosten, insbesondere auf die Arbeitskosten (Löhne und Lohnnebenkosten), und damit in Richtung Rationalisierung.

Die Folge davon werden Entlassungen und wachsende Arbeitslosigkeit sein und ein sich verschärfender Konkurrenzkampf zwischen den Unternehmen, einhergehend mit mehr Fusionen einerseits und mit einer wachsenden Zahl von Konkursen der schwächeren Unternehmen andererseits, das heißt mit einem sich beschleunigenden Prozess wirtschaftlicher Konzentration und Machtzusammenballung.

Nun haben sich ja wenigstens die Geschäftsbanken – scheinbar – durch dringliche Sicherungen (wie Verpfändung von Grundstücken, Produktionsanlagen und Wertpapieren der Kreditnehmer) gegen Kreditausfälle hinreichend abgesichert. Aber selbst diese vermeintlichen Sicherheiten müssen langfristig ins Wanken geraten, weil sie mit dem exponentiellen Wachstum der Verschuldung auf Dauer unmöglich Schritt halten können. Unter dem Zwang ständig steigender Kreditvermittlung bleibt den Banken im Durchschnitt gar nichts anderes übrig, als sich bei zusätzlichen Krediten mit immer geringeren Sicherheiten zu begnügen, wenn sie nicht auf ihren Krediten sitzen bleiben wollen. Im übrigen werden die Preise von Spekulationsobjekten (Grundstücken, Wertpapieren usw.) durch die in die Spekulation abdriftenden Gelder in immer unrealistischere Höhen getrieben und spekulativ aufgebläht – wie eine schillernde Seifenblase, die notwendigerweise irgendwann und irgendwo platzen muss. Das Beispiel der „ehrenwerten“ Berliner Bankgesellschaft ist eine passende Fallstudie.⁴

Dann stürzen aber die Kurse an den Börsen und die Preise an den Grundstücksmärkten, und mit einem Mal stellt sich zum Schrecken der Banken und der Öffent-

lichkeit heraus, dass die vermeintlichen dringlichen Sicherungen gar keine waren, sondern dass es sich um „faule Kredite“ handelt. Aber dies geschieht nicht in erster Linie deshalb, weil irgendwelche einzelne Banken oder deren Manager oder Kreditabteilungen versagt haben, sondern weil die durch den Zinseszins bedingte Dynamik exponentiellen Wachstums der Geldvermögen und Schulden schon im Durchschnitt in Richtung fauler Kredite treibt – und damit in Richtung Wirtschaftskrise und Krise an den Finanzmärkten.

Die Krise des Staates

Sehen wir uns nun den Zusammenhang zwischen dem Zinssystem und der Krise des Staatshaushaltes etwas näher an: Der Staat finanziert seine öffentlichen Ausgaben im wesentlichen über Steuern, die er kraft seiner hoheitlichen Funktion von seinen Bürgern eintreiben kann. Es gibt aber einige plausible Gründe, warum der Staat Teile seiner Ausgaben nicht über Steuern, sondern über Kredite finanziert. Einer der Gründe ist die Finanzierung langfristiger Investitionen zum Beispiel im Bereich der Infrastruktur (wie Verkehrssystem und Bildungswesen), deren Früchte von zukünftigen Generationen von Steuerzahlern geerntet werden. Es erscheint ungerecht, wenn die gegenwärtigen Steuerzahler die Kosten dieser Investitionen in voller Höhe tragen müssten, während die späteren Generationen nur die Vorteile daraus nutzen und selbst nicht zur Kasse gebeten werden. Werden nun diese Staatsausgaben über Kredite finanziert, dann wird der Schuldendienst dafür über einen längeren Zeitraum gestreckt, und spätere Steuerzahler tragen zu dessen Aufbringung (in Form von Tilgung und Zinsen) und damit auch zur Finanzierung dieser staatlichen Investitionen bei.

Ein anderer plausibler Grund für die Staatsverschuldung scheint zu sein, dass der Staat zum Zwecke der Konjunkturbelebung seine Ausgaben erhöht, ohne deswegen die Steuern zu erhöhen. Sinn eines solchen Haushaltsdefizits könnte es sein, zusätzliche gesamt-

wirtschaftliche Nachfrage zu schaffen und darüber (im Sinne der von Keynes begründeten Beschäftigungspolitik) in Zeiten wirtschaftlicher Depression oder Rezession Impulse für einen konjunkturellen Aufschwung zu geben.

Ein dritter plausibler Grund für Staatsverschuldung kann schließlich die Finanzierung von Kriegen sein – siehe USA –, wenn andere Formen der Finanzierung, wie Steuererhöhung oder Senkung anderer Staatsausgaben, entweder nicht ausreichen oder zu große politische Konflikte schaffen würden.

Welche konkreten Gründe auch immer der Staatsverschuldung zugrunde liegen, die aufgenommenen Kredite müssen mit Schuldendienst bedient werden. Der Bund der Steuerzahler ermittelt in seiner Steueruhr am 31. Januar 2004 eine gesamte Steuerschuld in Höhe von € 1.335.767.320.648 und eine Neuverschuldung pro Sekunde in Höhe von € 2.186. Über die gesamte Laufzeit des Kredits betrachtet, muss der Staat mehr Geld an die Gläubiger (zum Beispiel an die Inhaber von festverzinslichen Staatsanleihen) aufbringen, als er ursprünglich in Form des Kredits (bei Ausgaben der Staatsanleihen) hereinbekommen hat. Wie jeder Schuldner, so muss also auch der Staat einen Überschuss zustande bringen, aus dem er die Zinsen – zusätzlich zur Rückzahlung des Kredits – aufbringen kann. Im Unterschied zu den privaten Unternehmen muss er diesen Überschuss aber nicht durch wachsende Produktion und Verkauf von Waren erwirtschaften, sondern kann ihn aus einem wachsenden Steueraufkommen gewinnen. Bei entsprechend wachsendem Sozialprodukt und funktionierendem Steuersystem dürften also Tilgung und Verzinsung der Schulden für den Staat kein Problem sein, denn die Steuern würden – selbst ohne Erhöhung der Steuersätze und ohne die Einführung neuer Steuern – allein durch das Wirtschaftswachstum ansteigen.

Traditionelle Rezepte greifen nicht

Was aber ist, wenn das Sozialprodukt auf Dauer gar nicht in dem Maße wächst, wie es vom aufzubringenden Zins der Staatsschulden gefordert wird? Dann bleiben dem Staat im Prinzip drei Möglichkeiten, auf die beginnende Schuldenklemme zu reagieren:

- Senkung der Staatsausgaben,
- Steuererhöhung,
- Neuverschuldung.

Die ersten beiden Varianten sind mit mehr oder weniger politischen Konflikten verbunden, und es ist verständlich, dass ihnen in einer Demokratie von Seiten der Regierung möglichst lange ausgewichen wird, weil sie nicht unnötig Wählerstimmen bei den nächsten Wahlen verlieren will. Viel eleganter erscheint demgegenüber die Neuverschuldung, aber diesmal nicht mehr, um damit Zukunftsprojekte zu finanzieren, sondern um die alten Schulden zu bedienen. Und für die Zukunftsprojekte müssen natürlich außerdem noch zusätzliche Kredite aufgenommen werden.

Damit ist das Problem der Schuldenklemme natürlich nicht gelöst, sondern nur in die Zukunft verlagert

– und verschärft! Denn die Staatsverschuldung und die in Zukunft aufzubringenden Zinslasten werden dadurch größer. Aber erst einmal hat es so gut wie niemand gemerkt. Der Staat ist dabei unversehens in den Beginn einer Zinsezinsspirale hineingeraten. Denn zur Bedienung der Zinsen früherer Kredite hat er neue Kredite aufgenommen, die nun noch zusätzlich verzinst werden müssen – Zinsen auf Zinsen, aber nicht als Zinserträge, sondern als wachsende Zinslasten. So kann eine ganze Weile weiter verfahren werden. Von Jahr zu Jahr wird die Aufbringung des Schuldendienstes allein aus Steuereinnahmen immer schwieriger, und von Jahr zu Jahr wächst die Versuchung für die Politik, die wachsende Lücke im Staatshaushalt wiederum durch wachsende Neuverschuldung zu schließen – und die Staatsverschuldung immer weiter und in beschleunigtem Maße anwachsen zu lassen.

Den Interessen der Geldvermögenseigentümer und der Geschäftsbanken als Kreditvermittler kommt die wachsende Staatsschuld zunächst einmal durchaus entgegen. Denn die monetäre Spirale wachsender Geldvermögen und wachsender Schulden macht es ja zunehmend schwieriger, immer neu und in wachsendem Maße Schuldner (mit hinreichender Zahlungsfähigkeit und mit ausreichenden Kreditsicherungen) zu finden. Der Überdruck, der sich dadurch an den Kapitalmärkten durch anlagensuchendes Geld ergibt, drängt geradezu nach Neuverschuldung, und im Staat sehen viele Geldanleger (ob berechtigt oder nicht) noch einen der zuverlässigsten Schuldner, der im Ernstfall zur Bedienung der Schulden immer noch auf die Steuern seiner Bürger zurückgreifen kann. Auch von dieser Seite her gerät der Staat in eine Art Verschuldungszwang hinein. Die Folge davon ist eine zunehmende Eskalation der Staatsverschuldung, verbunden mit einem entsprechenden Anwachsen der Zinslasten, die einen immer größeren Teil des Staatshaushalts aufessen, bis es schließlich offensichtlich wird, dass es so auf Dauer nicht mehr weitergehen kann.

In dieser Phase befinden sich mittlerweile so gut wie alle entwickelten kapitalistischen Industrieländer (von den Ländern der Zweiten und Dritten Welt ganz zu schweigen). In Deutschland kamen mit der deutsch-deutschen Vereinigung nach 1990 noch enorme zusätzliche finanzielle Belastungen des Staatshaushalts hinzu, die die Staatsverschuldung noch einmal sprunghaft ansteigen ließen. Aber auch ohne diese Besonderheit wäre sie in dramatischer Weise. Auch hier handelt es sich im Durchschnitt nicht in erster Linie um ein individuelles Versagen einzelner Politiker oder Regierungen oder Parteien, sondern um ein strukturelles Problem des entwickelten Kapitalismus, das untrennbar mit dem Zinssystem und seiner Dynamik zusammenhängt.

Wie kann die Politik auf die eskalierende Staatsverschuldung reagieren?

Eine mögliche Variante sind drastische „Sparprogramme“, die in der Regel vor allem die sozial Schwächeren treffen und den Sozialstaat zunehmend unter

die Räder kommen lassen. Der Gestaltungsspielraum für Politik wird unter diesen Bedingungen immer weiter eingeeengt, und das Diktat der „leeren Kassen“ gewinnt immer mehr an Gewicht. Zur Auffüllung der Haushaltslücken sieht sich der Staat gezwungen, immer mehr an öffentlichem Vermögen – teilweise zu Schleuderpreisen – an den Meistbietenden zu verkaufen, was dem Charakter einer Zwangsversteigerung sehr nahe kommt. Damit begibt er sich nicht nur der Möglichkeit, auf die betreffenden Bereiche (zum Beispiel im Wohnungsbau, im Energiesektor oder im Verkehrsbereich) unmittelbar im Sinne sozialer und ökologischer Zielsetzungen einzuwirken. Er verliert auch – sofern diese Bereiche Gewinn erwirtschaftet haben – für die Zukunft die entsprechenden Einnahmen, so dass die nur kurzfristig aufgefüllte Lücke im Staatshaushalt in Zukunft noch vergrößert wird.

Der Staat kann seine traditionellen Aufgaben, etwa im Bereich Soziales, Bildung, Gesundheit usw., auf diese Weise immer weniger wahrnehmen und wird in seinen Funktionen ausgezehrt, ohne dass die an diese Stelle tretende privatwirtschaftliche Versorgung einen (vor allem unter sozialen und ökologischen Gesichtspunkten) hinreichenden Ausgleich schafft. Die Entwicklungen in dieser Hinsicht in den letzten Jahren auch in Deutschland sind besorgniserregend, und eine Linderung ist nicht in Sicht – im Gegenteil: Aufgrund der unerbittlichen Logik des Zinssystems wird sich die Dramatik verschärfen und zu wachsender öffentlicher Armut und sozialen Spannungen führen, die sich zunehmend gewaltsam entladen und die zu einer immer größeren Gefahr für die Demokratie werden.

Eine zweite Variante, um auf die eskalierende Staatsverschuldung zu reagieren, ist auch denkbar, und sie wurde in Deutschland in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts schon zweimal angewendet: Die Lücke im Staatshaushalt wird durch zusätzliche Geldschöpfung geschlossen – mit Hilfe der Notenpresse. Das setzt natürlich voraus, dass die Zentralbank mitzieht. Dagegen hat es in der Bundesrepublik Deutschland bislang gewisse Sicherungen in Form der „Autonomie der Bundesbank“ gegenüber der Regierung gegeben; und auch in der Form, dass neu ausgegebene Staatspapiere nicht direkt bei der Bundesbank gegen neu gedrucktes Geld eingereicht werden durften, sondern erst einmal ihre Bewährungsprobe am Kapitalmarkt zu bestehen hatten (was ein hinreichendes Vertrauen des Kapitalmarktes in den Staat voraussetzt). Aber wenn der Druck zu groß wird, gibt es auch keine Gewähr dafür, dass solche Sicherungen von der Politik nicht einfach abgeschafft werden und damit einer unbegrenzten Geldschöpfung der Weg geebnet wird. Die Folge wäre ein immer stärkeres Anwachsen der Geldmenge im Verhältnis zum Sozialprodukt, eine sich immer weiter beschleunigende Inflation, eine Hyperinflation (wie es sie in Deutschland 1923 gab oder in Jugoslawien vor dessen gewaltsamem Auseinanderbrechen).

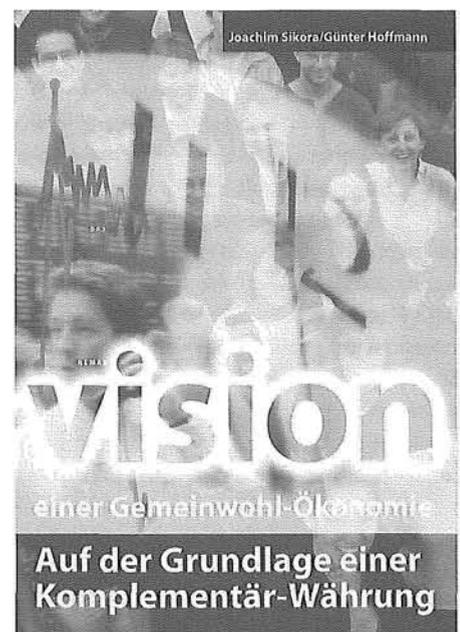
Die Schuldner, allen voran der Staat, würden sich bei dieser Gelegenheit auf elegante Weise ihrer Schulden entledigen, während die Geldvermögen immer mehr abgewertet und praktisch enteignet oder vernichtet würden. Und auf dem Höhepunkt der Inflation, auf dem

jeder geordnete Zahlungsverkehr zusammenbrechen würde, käme unvermeidlich der „Währungsschnitt“, die Währungsreform. Sie würde nur noch das besiegeln, was vorher die Hyperinflation schon erledigt hat: ein Herausschneiden der Geldvermögen und der Schulden aus dem sozialen Organismus – eine Krebsoperation. Danach kann man wieder von vorne anfangen, kaum belastet durch Schulden (wie in den Anfängen der Bundesrepublik nach der Währungsreform 1948) und in dem Irrglauben, man habe die Ursache der Krankheit erkannt und beseitigt. Solange aber das Zinssystem mit seiner Dynamik fortbesteht, wird es nur einige Jahrzehnte dauern, bis sich erneut bedrohlich wachsende Tumore gebildet haben, die erneut schmerzliche Einschnitte oder Totaloperationen erforderlich machen: der Zins als Krebs des sozialen Organismus!

Entweder treibt das Zinssystem den Staat also in den „schleichenden Staatsbankrott“ und in eine Zwangsversteigerung nach der anderen, oder aber (über die Hyperinflation und die Währungsreform) in den „abrupten Staatsbankrott“, bei dem allerdings nicht unbedingt der Staat, sondern alle über die Hyperinflation Enteigneten auf der Strecke bleiben. Der Staat selbst aber würde aus den Wirren – vielleicht mit einer veränderten politischen Verfassung, vielleicht auch in einzelne Teile zerfallen, aber doch als Staat – wieder auferstehen wie Phönix aus der Asche.

Die Krise der Gesellschaft

Das Zinssystem bewirkt auf „unsichtbare“ und den meisten unbewusste Weise eine ständige Umverteilung der Einkommen von unten nach oben. Entgegen der weitverbreiteten Meinung, dass jeder vom Zinssystem profitiere, wenn er nur irgendwelche Zinserträge bezieht, profitiert davon tatsächlich nur eine geringe Minderheit – in Deutschland schätzungsweise nur 15 % der Einkommensbezieher. Die anderen 85 %, also die große Mehrheit der Bevölkerung, sind die Leidtragenden, oder jedenfalls die Verlierer des Zinssystems. Warum ist das so? ▶



Weil es unter dem Strich nicht nur auf die „sichtbaren Zinserträge“ ankommt, sondern auch auf die „unsichtbaren Zinslasten“ (und natürlich auch auf die „sichtbaren Zinslasten“ für aufgenommene Kredite). Von den unsichtbaren Zinslasten ist jeder betroffen, unabhängig davon, ob er oder sie jemals einen Kredit aufgenommen oder jemals Geld angelegt hat, und zwar in einem Ausmaß, das für 85 % der Einkommensbezieher ihre Zinserträge übersteigt. Während sich viele also über die kleinen, mittleren oder auch größeren Zinserträge pro Jahr freuen, die ihnen in die eine Tasche fließen, merken sie gar nicht, dass ihnen gleichzeitig ein größerer oder viel größerer Betrag an unsichtbaren Zinslasten aus der anderen Tasche wieder herausgezogen wird. Wieso das?

Weil in den Preisen aller Konsumgüter ein mehr oder weniger großer Anteil an Zinslasten der Unternehmen enthalten ist, die über den Kauf der Konsumgüter mitbezahlt werden. Das Entsprechende gilt für die Steuern, von denen ein erheblicher Teil vom Staat verwendet wird, um seine Zinslasten zu bezahlen. Was die Konsumgüter anlangt, müssen die Unternehmen mindestens die von ihnen aufgenommenen Kredite, das Fremdkapital, mit Zinsen bedienen. Aber selbst das Eigenkapital soll einen gewissen Zins erwirtschaften, der mindestens so hoch ist wie das, was man sonst bei Anlage des Geldes am Kapitalmarkt dafür bekommen würde (den sogenannten „kalkulatorischen Zins“).

Beide Zinsanteile müssen über die Preise der verkauften Produkte wieder hereinkommen und werden also von dem Konsumenten gezahlt. Der Zinsanteil ist dabei um so höher, je kapitalintensiver die Produktion und je länger das Kapital gebunden ist. Im Bausektor und damit auch in den Mieten beträgt er zum Teil über 70 %! Im Durchschnitt aller Konsumgüter schätzte Helmut Creutz diesen Anteil auf ungefähr ein Drittel der Preise (etwa 30 %, inzwischen sogar auf 40 %). Alle die Haushalte, deren jährliche Zinserträge geringer sind als ein Drittel ihrer jährlichen Konsumausgaben, gehören demnach zu den Verlierern des Zinssystems. Und diejenigen, bei denen die Zinserträge höher oder viel höher oder gigantisch höher sind, gehören zu den Gewinnern – und das sind in Deutschland in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts eben gerade mal 15 %. Unter ihnen gibt es Einzelfälle, die sozusagen im Schlaf – ohne jede eigene Arbeitsleistung – Zinserträge von täglich Hunderttausenden von Mark einstecken, und dies in einer Gesellschaft, die sich „Leistungsgesellschaft“ nennt und in der man den sozial Schwachen inzwischen vorwirft, sie würden den Sozialstaat ausnutzen, und ihnen die ohnehin schon niedrigen Sozialleistungen noch weiter zusammenstreicht. Was sich angesichts der immer größer werdenden sozialen Spannungen an Sprengstoff ansammelt, ist in seinen Konsequenzen kaum auszudenken.

Solange das Sozialprodukt noch hohe Wachstumsraten hat und der Anteil der Zinslasten relativ gering ist, bleibt für den Rest der Gesellschaft immer noch ein von Jahr zu Jahr wachsender Restkuchen zur Verteilung übrig. Wenn sich aber das Wirtschaftswachstum abschwächt, während die Zinslasten exponentiell immer weiter anwachsen, wird schließlich der übrigbleibende

Rest des Kuchens immer kleiner. So erklärt sich das merkwürdige Phänomen, mit dem wir seit einigen Jahren auch in Deutschland konfrontiert sind: dass trotz eines immer noch schwach wachsenden Sozialprodukts angeblich immer mehr „gespart“ werden muss und dass die Verteilungskämpfe (auf der Ebene von Tarifauseinandersetzungen ebenso wie in der Politik) immer schärfer werden. Dabei hat sich ein merkwürdiger gesellschaftlicher Konsens herausgebildet, quer durch alle politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen: Es muss gespart werden! Der Streit geht nur noch darum, wo und wie – und nicht um die eigentliche Frage, die lauten müsste: Warum überhaupt – wenn das Sozialprodukt doch immer noch wächst?

Die Antwort ist delikat, denn sie müsste eigentlich lauten: Weil eine kleine Minderheit in dieser Gesellschaft – ganze 15 % – von einem immer weniger wachsenden Kuchen ein unverhältnismäßig großes – und vergleichsweise schnell wachsendes – Stück herauschneidet: und zwar noch ehe der Kuchen überhaupt auf dem Tisch der gesellschaftlichen Verteilung serviert und für die Verteilungskämpfe freigegeben wird. Oder, um ein anderes Bild zu verwenden: Auf der Bühne der gesellschaftlichen Auseinandersetzung wird heftig um mehr oder weniger Prozentpunkte gerungen, und alle diese Kämpfe werden ins grelle Scheinwerferlicht der Medien gerückt, während das, was hinter den Kulissen in wachsendem Maße vom Kuchen abgezweigt wird, im Dunkeln bleibt und bislang kaum Gegenstand wissenschaftlicher noch politischer Auseinandersetzungen ist.

Wir sind zu einer Schuldendienstgesellschaft verkommen

Während der Reichtum der Oberschichten in der Regenbogenpresse den Massen in einer geradezu obszönen Weise vorgeführt (und von nicht wenigen sogar bewundert wird), wird gleichzeitig der Zusammenhang zwischen wachsendem Reichtum hier und wachsender Armut dort unterschlagen. Nichts scheint so selbst-

verständlich wie dies: Das Geldkapital muss bedient werden, der „Schuldendienst“ muss geleistet werden. Unter dem Druck des Zinses ist unsere Gesellschaft zu einer „Schuldendienstgesellschaft“ verkommen. Und von einem Schuldenerlass, wie er – aus der christlichen Tradition abgeleitet – in früheren Zeiten noch „alle Jubeljahre“ gewährt wurde, um die gewachsenen sozialen Gegensätze wenigstens abzumildern, ist heute kaum mehr die Rede.

Fazit: Der Tribut, den der Zins dem Sozialprodukt und dem größten Teil der Gesellschaft abverlangt und unerbittlich einfordert, wird aufgrund des exponentiellen Wachstums der Geldvermögen und Schulden von Jahr zu Jahr immer größer: Dem sozialen Organismus werden so auf kurz oder lang die Lebensgrundlagen entzogen. Es ist leicht erkennbar, dass ein solches System nicht von nachhaltiger Dauer oder gar zukunftsfähig sein kann, trägt es doch den „Krebs des sozialen Organismus“ bereits in sich: Grund genug, sich mit Alternativen – oder wenigstens komplementären Modellen – in Bezug auf das real existierende Geldsystem zu befassen.

ANMERKUNGEN

- 1 Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland und Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, *Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit*, Hannover, Bonn, 1997
- 2 Senf, Bernd, *Der Nebel um das Geld*, Gauke-Verlag, 5. Auflage, Lützenburg, 1998
- 3 Creutz, Helmut, *Das Geld-Syndrom*, Ullstein-Buch-Verlag, Berlin 1997
- 4 Rose, Mathew D., *Eine ehrenwerte Gesellschaft – Die Bankgesellschaft Berlin*, Transit Buchverlag, Berlin 2003



Joachim Sikora ist Direktor des Katholisch-Sozialen Instituts in Bad Honnef

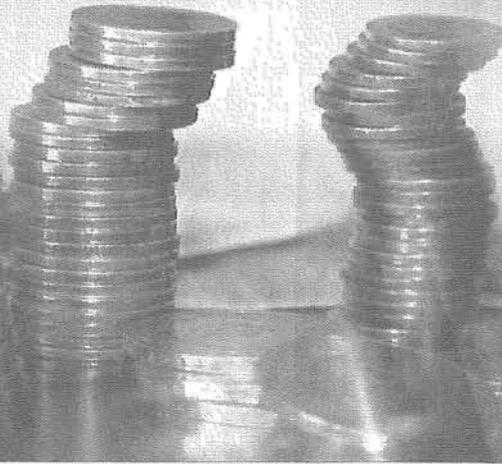
Komplementärwährungen in Europa ihre Bedeutung für die Wirtschaft, die regionale Entwicklung und den Arbeitsmarkt

18. bis 22. Juli 2004, Katholisch Soziales Institut, Bad Honnef

In vielen Teilen Europas haben sich regionale Wirtschaftsstrukturen mit eigenen Komplementärwährungen entwickelt. Das Auftauchen alternativer Währungen in immer kürzeren Intervallen dokumentiert eindrucksvoll die Dynamik, mit der selbständige ökonomische Subsysteme entstehen. In diesem Kontext laden wir Sie sehr herzlich zu dieser Tagung ein, bei der es darum gehen wird, einen Überblick über die bereits existierenden Komplementärwährungen und ihre Genese zu gewinnen, ihre Bedeutung für zukünftige wirtschaftliche Entwicklungen in den Regionen zu diskutieren und ihre Rolle in der Gesamtwirtschaft und für die sozialen Sicherungssysteme zu verdeutlichen. Die Tagung eröffnet ein kreatives Diskussionsforum und wird den persönlichen konkreten Erfahrungsaustausch fördern. Sie wird strategische Kooperationen ermöglichen und einen wesentlichen Beitrag zur dynamischen Entfaltung eines entsprechenden Netzwerkes liefern. (siehe Inlet Seite IV sowie www.ksi.de)

Regio ergänzt Euro

**Ein zukunftsfähiger
Weg zu nachhaltigem
Wohlstand**



Die Einführung von Regionalwährungen wäre einer der gangbaren Wege, um den negativen Folgen der Globalisierung zu begegnen, bei dem die Region als Wirtschaftsraum mit eigenen Interessen und Potenzialen durch eine eigene Währung – genannt „Regio“ – gestärkt wird. Im Unterschied zum Euro, der sich für den internationalen Austausch, den Wettbewerb und die Akkumulation und Umverteilung von Vermögen über Spareinlagen oder Geldinvestitionen bei exponentiell wachsenden Zinsen oder Dividenden eignet, bietet der Regio ganz andere Vorzüge: Er kann als Bestandteil regionaler Wirtschaftskreisläufe langfristig Inflations- und Deflationsgefahren dämpfen, ungenutzte Ressourcen mit ungedeckten Bedürfnissen in Verbindung bringen, ein umlaufgesichertes, gemeinnütziges und gleichzeitig professionell organisiertes Zahlungsmittel bieten. Außerdem kann seine Einführung transparent gestaltet und von den Beteiligten in der Region demokratisch organisiert werden. Der wichtigste Punkt ist jedoch: Der Regio würde es möglich machen, den Abfluss von finanzieller Liquidität in Niedriglohnländer und Steuerparadiese aufzuhalten und damit der Vernichtung von Arbeitsplätzen und der Abwanderung von Firmen Einhalt zu gebieten.

VON MARGRIT KENNEDY, STEYERBERG

Wir leben in einer schwierigen Zeit: Auf der einen Seite Millionen Arbeitslose, auf der anderen Seite Millionen Aufgaben, die darauf warten, angepackt zu werden. Was fehlt, um beides zusammenzubringen, ist das Geld. In Deutschland gibt es Tausende von Menschen, die kreative Ideen haben, wie unsere Umweltprobleme gelöst und unsere sozialen Einrichtungen verbessert werden könnten. Was fehlt, ist das Geld.

Doch was ist Geld anderes als eine Vereinbarung unter Menschen, ein bestimmtes Medium – seien es Papierscheine, Münzen, in manchen Teilen der Welt Muscheln, im Krieg Zigaretten – als Tauschmittel zu akzeptieren und zu verwenden? Haben wir uns womöglich mit unserem eingefahrenen Geldverständnis in ein Denkgefängnis verirrt?

Sieht man etwas genauer hin, so fehlt es uns auch gar nicht am Geld. Geld gibt es tatsächlich in Hülle und Fülle – woran es tatsächlich mangelt, ist seine gerechte Verteilung, und damit eine gerechte Verteilung des Zugangs zu den Ressourcen dieser Welt. Mit drei Prozent der weltweiten Finanztransaktionen können heute alle realen Güter und Dienstleistungen ausgetauscht werden. 97 Prozent der transferierten Summen werden nur zu spekulativen Zwecken eingesetzt.

Dass dies zur Destabilisierung von Währungen führen kann, führte der Währungsspekulant George Soros vor: Er verursachte 1992 mit spekulativen Transaktionen die Abwertung des englischen Pfunds, was den britischen Steuerzahler ca. eine Milliarde Dollar kostete. In einem Spiegel-Interview (Nr. 51, 1999) erklärte George Soros, nunmehr als Kritiker des Systems: „Das, was in den letzten Monaten passiert ist, sollte uns Angst machen... In Wahrheit haben wir doch einen gewaltigen Zusammenbruch an der Peripherie des weltweiten kapitalistischen Systems erlebt... Wir waren ganz dicht an einer Kernschmelze des internationalen Bankensystems... Die Russen wurden zahlungsunfähig, und der Hedge Fonds Long-Term Capital Management ging fast unter. Wenn die New Yorker Zentralbank nicht eingegriffen hätte, wären Kreditrisiken entstanden, auf die niemand vorbereitet war.“

Da bis jetzt das Zentrum des Systems – die hochindustrialisierten Länder des Westens – kaum berührt wurde, meinen immer noch viele Menschen, sie seien gegen die Gefahren, wie sie in Asien und Lateinamerika das Leben vieler Menschen zerstört haben, gefeit. Mit

diesem Irrglauben räumt George Soros in seinem Buch „Die Krise des globalen Kapitalismus“ gründlich auf. Seine Lösungsvorschläge – wie etwa mehr Kontrolle der Finanzmärkte – stellen jedoch keine Ursachenbewältigung dar, sondern behandeln weitgehend wiederum nur die Symptome.

Meine Grundthese ist, dass die mangelnde Verteilungsgerechtigkeit aus dem Geldwesen selbst resultiert. Deshalb stehen für mich zwei Fragen im Vordergrund: Erstens, wie kann man die Verteilungsgerechtigkeit wieder herstellen? Und zweitens, welche praktischen Möglichkeiten gibt es, eine solche Verteilungsgerechtigkeit auch umzusetzen? Zunächst jedoch ein paar grundlegende Gedanken, ohne die hier vorgestellte die Lösung und der Vorschlag zu ihrer praktischen Umsetzung nicht verständlich wären.

Analyse des Problems

Das Geld, mit dem wir täglich umgehen, dient zwei gegensätzlichen Zwecken: Zum einen fungiert es als Tauschmittel und ist damit eine der genialsten Erfindungen der Menschheit und die Voraussetzung für eine funktionierende Arbeitsteilung, das heißt Grundlage jeder Zivilisation. Zum anderen ist es aber auch hortbar, und in dieser Eigenschaft als Wertaufbewahrungsmittel kann es den Tausch verhindern. Hat jemand einen Sack Äpfel und ein anderer das Geld, diese Äpfel zu kaufen, so sind die Äpfel in wenigen Monaten faul, wohingegen das Geld nach wie vor denselben Wert hat. Die Unvergänglichkeit und die so genannten Joker-Eigenschaften des Geldes – Geld ist für alles eintauschbar – stellen gleichzeitig die Voraussetzung für den Zins dar, den Geldbesitzer erheben können, ohne dafür einen Finger krümmen zu müssen. Die Selbstverständlichkeit, mit der wir das Zins-Nehmen und -Bezahlen heute akzeptieren, beruht indes auf drei grundlegenden Missverständnissen:

Dauerhaft quantitatives Wachstum?

Das erste Missverständnis betrifft unterschiedliche Wachstumsprozesse. Sowohl unser menschlicher Körper als auch Pflanzen und Tiere zeigen im physischen Bereich ein „natürliches Wachstum“: Wir wachsen recht schnell in den frühen Phasen unseres Lebens, dann langsamer und hören gewöhnlich mit dem körperlichen Wachstum ab einer optimalen Größe etwa nach dem 21. Lebensjahr auf. Ab diesem Zeitpunkt, also die längste Zeit unseres Lebens, verändern wir uns – mit allen Subsystemen – fast ausschließlich qualitativ statt quantitativ. Deshalb möchte ich diese Kurve – die von Biologen auch als „Annäherungskurve“ bezeichnet wird – als „qualitative Wachstumskurve“ bezeichnen.

Es gibt jedoch zwei weitere, grundlegend unterschiedliche Wachstumsmuster: zum einen das me-

chanische oder „lineare“ Wachstum, das heißt mehr Maschinen produzieren mehr Güter, mehr Kohle produziert mehr Energie und so weiter. Dies ist für unsere Analyse von geringerer Bedeutung. Dennoch sei darauf hingewiesen, dass auch eine solche gleichbleibende Leistungszunahme (wie sie u. a. im Logo der Deutschen Bank symbolisiert ist) auf unserer begrenzten Erde nicht durchzuhalten ist.

Wichtig ist hingegen das Verständnis des so genannten exponentiellen Wachstums, welches man als das genaue Gegenteil des „natürlichen Wachstums“ bezeichnen könnte. Hier ist das Wachstum anfangs sehr gering, steigt dann aber kontinuierlich an und geht schließlich in fast senkrechtes quantitatives Wachstum über. Im menschlichen Körper zeigt ein solches Wachstum gewöhnlich Krankheit an. Krebs zum Beispiel folgt einem exponentiellen Wachstumsmuster. Zuerst wächst er langsam. Aus einer Zelle werden 2, daraus 4, 8, 16, 32, 64, 128, 256, 512 und so weiter. Er wächst also ständig schneller. Wenn die Krankheit schließlich entdeckt wird, hat sie oft eine Wachstumsphase erreicht, in der sie nicht mehr gebremst werden kann.

Ein solches exponentielles Wachstum endet gewöhnlich mit dem Tod des Organismus, in dem es stattfindet – zumeist auch mit dem Tod des „Gastes“, da dieser sich durch die Vernichtung seines „Wirts“ seine Lebensgrundlage entzieht. Das mangelnde Verständnis für die Probleme einer solchen Wachstumsform ist die folgenschwerste Fehlvorstellung im Hinblick auf die Funktion des Geldes, da sich auch Geldvermögen durch Zins und Zinseszins in regelmäßigen Zeitabständen verdoppeln, das heißt ein exponentielles Wachstumsverhalten aufweisen müssen. Das erklärt, warum wir in der Vergangenheit – in regelmäßigen Zeitabschnitten und auch gegenwärtig wieder – mit unserem Geldsystem gravierende Probleme haben.

Tatsächlich verhält sich der Zins wie ein „Krebs in unserem Wirtschaftssystem“ und somit auch in unserem gesellschaftlichen Organismus. Könnten wir dagegen ein gesundes, der „natürlichen“ Wachstumskurve entsprechendes Geldsystem einführen, dann wäre ein von Ökologen und Ökonomen seit Langem gefordertes Nullwachstum oder „qualitatives“ Wachstum überhaupt erst möglich.

Vor ein paar Jahren haben wir über jene Albaner gelacht, die einigen Investmentbankern glaubten, dass sie beim so genannten „Pyramidenspiel“ eine Rendite von 25 Prozent pro Monat erwirtschaften könnten. Dies war, bei exponentiell steigenden Einlagen, kurzfristig tatsächlich möglich. Sobald jedoch die Zuwachsrate der Einlagen abnahm, musste dieses System zwangsläufig zusammenbrechen. Im Grunde sind wir keinen Deut klüger als dieser Albaner: Denn wer unser Geldsystem akzeptiert, riskiert – nur eben auf einen längeren Zeitraum bezogen – genau dasselbe. Und dieser Zeitraum beträgt bei Zinsraten, wie wir sie kennen, etwa 50 bis 60 Jahre: Dann können auch bei uns nur noch einige Investmentbanker ihre mit hohem Risiko behafteten Immobilien in neue Fonds einbringen, die sie nur mit Hilfe von „Garantien“ für völlig unrealistische Gewinne unter die Leute bringen können. Am Ende zahlt, wie

uns der Berliner Bankenskandal vorgeführt hat, der Steuerzahler die Zeche.¹

Zinsen nur beim Leihen?

Das zweite Missverständnis ist, dass wir Zinsen nur dann zahlen, wenn wir Geld leihen. Dem ist freilich nicht so, denn in jedem Preis, den wir entrichten, ist ein Zinsanteil enthalten. Nämlich derjenige Zinsanteil, den die Produzenten der gekauften Güter und Dienstleistungen der Bank zahlen müssen, um Maschinen und Geräte anzuschaffen. Bei den Müllgebühren zum Beispiel liegt dieser Zinsanteil bei etwa 12 Prozent, beim Trinkwasserpreis bei 38 Prozent und bei der Miete im sozialen Wohnungsbau erreicht der Zinsanteil sogar 77 Prozent. Im Durchschnitt zahlen wir vierzig Prozent Zinsen oder Kapitalkosten in allen Preisen und Dienstleistungen, die wir zum täglichen Leben benötigen (Creutz, 1993/2004). Würde der Zins durch eine andere Umlaufsicherung ersetzt, könnten die meisten von uns ihre Einkünfte fast verdoppeln oder entsprechend weniger arbeiten, um denselben Lebensstandard zu haben.

Der Zins: eine gerechte Gebühr?

Das dritte Missverständnis ist, dass der Zins – da er von uns allen in den Preisen bezahlt werden muss und wir alle auf Spareinlagen Zinsen bekommen – eine durchaus gerechte Gebühr ist. Nur wenig wird hingegen beachtet, in welchem Ausmaß der Zins- und Zinseszinsseffekt ganz legal für eine ständige Umverteilung des Geldes sorgt: von denjenigen, die für ihr Einkommen arbeiten müssen, hin zu denen, die ein leistungsloses Einkommen bekommen, dadurch dass sie ihr Geld verleihen können. Unterteilt man die deutschen Haushalte in zehn gleiche Gruppen, so zeigt sich, dass 80 Prozent der Haushalte fast doppelt soviel Zinsen zahlen wie sie einnehmen, und nur zehn Prozent der Bevölkerung das einnehmen, was die große Mehrheit über den Zins verliert. Das heißt, die „Gerechtigkeit“, dass wir alle Zinsen über Sparverträge und Geldanlagen zurückbekommen, stellt sich bei näherem Hinsehen als trügerisch heraus. Erst bei zins-schaffenden Anlagewerten in Höhe von über 500.000 Euro können diejenigen, die diese Anlagen besitzen, von diesem System profitieren. Im Jahr 2001 betrug die Summe, die in Deutschland an Zinsen pro Tag – tagtäglich – umverteilt wurde, ca. eine Milliarde Euro.

Während achtzig Prozent der Bevölkerung verlieren, profitieren Banken, Versicherungen und multinationale Konzerne vom Zinssystem. Es bestehen also in dieser Hinsicht weniger Interessengegensätze zwischen Unternehmern und Beschäftigten, wie das linke Parteien noch immer suggerieren, als zwischen denjenigen, die für ihre Einkünfte arbeiten müssen, und denen, die in großem Maße – ohne eigentliche Arbeitsleistung – Einkünfte beziehen.

Der Zins ist demnach ein falscher Preismechanismus im „Kräftespiel“ der Marktwirtschaft: Die „Mit-Spieler“ (Wirtschaftsakteure) werden durch Zinskosten bestraft;

die „Spielverderber“, die ihr Geld in der Kasse halten können, werden durch Zinseinnahmen belohnt. Der Zins ermöglicht auf diese Weise im Gegensatz zum viel zitierten Anspruch auf Leistung in einer „Leistungs-gesellschaft“ ein leistungsloses Einkommen. Er bedeutet darüber hinaus den Zwang zu einem pathologischen (krankhaften) Wirtschaftswachstum und führt drittens zu einer Verschärfung der ungleichen Einkommensverteilung, d. h. zur Polarisierung der Gesellschaft.

Der Versuch der traditionellen „Linken“, das Problem durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel zu lösen, konnte deshalb nicht funktionieren, weil das Problem der Umverteilung durch die Geldwirtschaft (die so genannte Zirkulationssphäre unseres Wirtschaftssystems) weitgehend verkannt wurde und immer noch verkannt wird. Im Rahmen der Herstellung von Gütern (in der Produktionssphäre) wird der Mehrwert zwar geschaffen, die Höhe und die Verteilung dieses Mehrwerts werden jedoch zum großen Teil durch die Zirkulationssphäre bestimmt. Enteignender Sozialismus statt Privatkapitalismus ist, wie wir heute wissen, nicht die Lösung des Dilemmas.

Eine Reform der Marktwirtschaft im Sinne von mehr sozialer und ökologischer Gerechtigkeit hat weder der Sozialismus noch der Kapitalismus erreicht. Beide Gesellschaftsordnungen sind eben keine Alternativen, sondern eher vergleichbar mit zwei Seiten ein und derselben Münze. Die Gründe für die heutigen Probleme des Bankensektors und Finanzsystems sowie die wachsende Polarisierung der Gesellschaft durch die Umverteilung des Reichtums sind jedoch nicht, wie immer wieder behauptet wird, fehlende soziale Gesetze oder die Korruption der jeweiligen Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft. Diese kommen zwar erschwerend hinzu – was aber nur wenigen bekannt ist und selten öffentlich diskutiert wird, sind die wesentlichen Ursachen, die in der Funktionsweise unseres Geldsystems liegen.

Nutzungsgebühr statt Zins

Seit 1916 liegt nun ein Lösungsansatz auf dem Tisch, der nicht nur verblüffend einfach und elegant, sondern darüber hinaus auch praktikabel und leicht verständlich ist. Entdeckt und erstmals publiziert wurde diese Lösung bereits 1916 von dem deutsch-argentinischen Kaufmann Silvio Gesell, dessen „Natürliche Wirtschaftsordnung“ sich zum Kapitalismus/Kommunismus etwa so verhält wie das kopernikanische Weltbild zum ptolemäischen.

Statt Zins zu zahlen, schlägt Gesell vor, eine „Nutzungsgebühr“ zu erheben (es werden auch die Ausdrücke „Liegengebühr“ und „Demurrage“ verwendet), um den Umlauf des Geldes zu sichern. Das Geld wird also weitgehend auf seine Funktion als Tauschmittel beschränkt, es dient aber auch als stabiler Wertspeicher. Hat man mehr Geld, als man braucht, so bringt man es zur Bank, die es verleiht und somit wieder in Umlauf bringt, und damit entfällt die Nutzungsgebühr.

Dabei ändert sich an den heutigen Gepflogenheiten kaum etwas. Der Anreiz zum Sparen jedoch bliebe bestehen. Denn während auf dem Girokonto das Geld

wie Bargeld behandelt wird und einer Nutzungsgebühr unterliegt, wird das Geld auf dem Sparkonto nicht belastet. Es behält seinen Wert. Vom Kreditnehmer hingegen wird die Bezahlung der Arbeit der Bank und eine Risikoprämie verlangt – beides Gebühren, die auch heute in jedem Kredit als kleiner Anteil enthalten sind. Sie betragen meist nicht mehr als 2,0 bis 2,5 Prozent der Zinskosten.

Das Zurückhalten von Bargeld kann auf verschiedene Weise verhindert werden, zum Beispiel dadurch, dass es entweder Farbserien von Geldscheinen gibt, die einmal im Jahr (zwischen 6 und 12 %) oder kontinuierlich (monatlich zwischen 0,5 und 1 %) entwertet oder mit Ablaufdaten (ähnlich wie Lebensmittel) versehen werden. Doch lässt sich dies bei zunehmend bargeldlosen Transaktionen z.B. über Chipkarten oder Smartcards, die zwanzig und mehr verschiedenen Zahlungsfunktionen aufnehmen können, wesentlich einfacher gestalten.

Alles, was in dem neuen System entfällt, sind exponentiell wachsende Ansprüche auf Spareinlagen und damit auch die Verzerrung des Marktgeschehens durch die einseitige Akkumulation von Geld in den Händen von wenigen. War die Wirtschaft bisher vom Kapital abhängig (Hans-Martin Schleyer hat einmal gesagt: „Kapital muss bedient werden!“), so muss sich das Geld jetzt dem Bedarf der Wirtschaft anbieten, um einem Verlust zu entgehen: Das heißt, das Kapital dient *uns*.

Ein Geldsystem, das der natürlichen Wachstumskurve folgt

Damit würde zum ersten Mal auch eine nachhaltige Wirtschaft und ein nachhaltiger Wohlstand möglich, denn wir könnten ein Geldsystem schaffen, das der „natürlichen“ Wachstumskurve folgt, d.h. ab einer optimalen Größe aufhören kann quantitativ zu wachsen und damit qualitatives Wachstum zulässt. Das kann dann heißen: statt mehr Konsum mehr Lebensqualität; statt mehr Umweltverbrauch mehr Umweltschutz; statt mehr Privatverkehr mehr Car-Sharing; statt billigen Klamotten haltbare Kleidung; statt mehr Reklame mehr Kunst; statt Einsparen in sozialen Einrichtungen und im Bildungssektor Ausbau dieser Sektoren. Und all dies, weil der Druck des zum exponentiellen Wachstum verpflichtenden Geldes auf die Wirtschaft und damit letztlich die Menschen nachlässt. Vielleicht hat man dann wieder Zeit für die Großeltern und die Kinder, für Kunst und Kultur als integralem Bestandteil eines jeden Menschenlebens.

Die historischen Perioden, in denen es ein umlaufgesichertes Geld gab, belegen, dass die Menschen ein anderes Verhältnis zu Kultur, Kunst und Zeit hatten. Das Brakteatengeld des Hohen Mittelalters zum Beispiel war eine Grundlage für die großartigen Kathedralen, die wir heute noch bewundern. Sie waren auch Arbeitsbeschaffungsprogramme, von denen man – als sie begonnen wurden – wusste, dass sie zweihundert Jahre dauern würden. Heute muss sich das Geld in fünf oder weniger Jahren „amortisieren“, sonst wird es erst gar nicht investiert.

Mit anderen Worten: Es gäbe für die meisten viel zu

gewinnen, aber nichts zu verlieren, wenn wir eine neue Geldordnung einführen würden. In Verbindung mit einer neuen Bodenordnung, die den Mehrwert des Bodens (Gesell, 1916/1949) den Kindern (und den Menschen, die sie betreuen) zur Verfügung stellt, könnten zwei der wesentlichsten Ursachen für Armut und die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich beseitigt werden.

Es ist leicht nachvollziehbar, wie durch einen historischen Fehler in unserem Geldsystem – den Zins und Zinseszinsmechanismus – nicht nur für eine ständige Umverteilung der gemeinsamen Ressourcen dieser Welt zu Gunsten einer kleinen Elite gesorgt wird, sondern auch für einen permanenten Wachstumszwang, dem sich niemand entziehen kann.

Die von vielen geforderte Entschuldung der Länder der Dritten und der Vierten Welt, die derzeit den reichen Industrieländern über 350 Millionen Dollar pro Tag an Zinsen zahlen müssen, würde hingegen ebenso wenig die Wurzel des Übels beseitigen wie die gut gemeinten Spenden aus den Industrieländern. Die Spenden insgesamt gleichen lediglich für etwa 14 Tage pro Jahr die oben genannten Zinslasten aus.

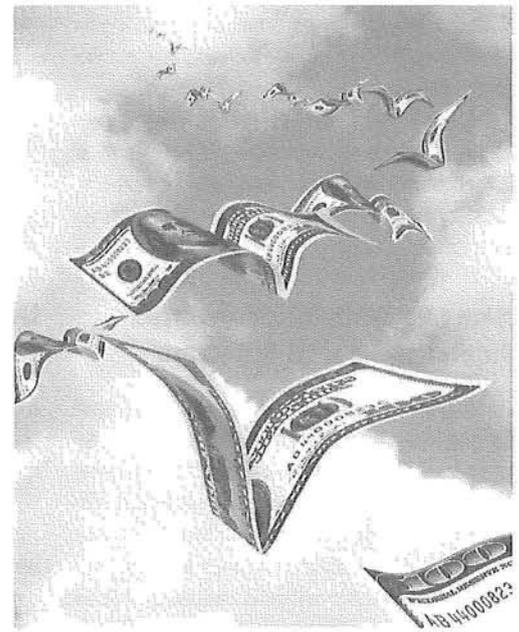
Letztlich werden immer mehr Entwicklungs- und Schwellenländer vom Internationalen Währungsfonds (IWF) regiert, während die hochindustrialisierten Länder vom belohnenden oder bestrafenden Finanzmarkt-Gott dazu erzogen werden, eine reibungsfreie, kostengünstige und ertragreiche Kapitalverwertung zu ermöglichen. Eine „Standortpolitik“ in diesem Sinne entzieht, wie leicht erkennbar ist, einer autonomen Wirtschaftspolitik einzelner Staaten weitgehend den Boden.

Umsetzung auf regionaler Ebene

Wie könnten wir ein dauerhaftes, stabiles, umlaufgesichertes Geldsystem – in einer Größenordnung die zählt – praktisch einführen und erproben?

Die lokale Ebene erscheint zu klein: Bei den Tauschringen etwa, die es ja heute schon als alternative Verrechnungssysteme gibt, sind die Transaktionskosten – bzw. die Zeit, die man braucht, bis man ein gewünschtes Produkt oder eine Dienstleistung hat – normalerweise einfach zu hoch, um dieser Lösung zum durchschlagenden Erfolg im großen Umfang zu verhelfen. Eine Möglichkeit, diese Nachteile zu beseitigen, wäre die Vernetzung einzelner Tauschringe zu größeren Einheiten über eine „Clearinghouse-Funktion“ und eine professionalisierte Abwicklung der einzelnen Buchungsvorgänge. Dies wird gerade in der österreichischen Region Vorarlberg in die Wege geleitet und erprobt.

Auf der nationalen Ebene haben wir die DM gerade zugunsten eines internationalen Geldes in Europa aufgegeben. Die Euro-Einführung ist in diesem Zusammenhang positiv und negativ zugleich: Positiv, weil die Spekulation zwischen europäischen Währungen ein Ende hat. Negativ, weil es schwierig ist, gezielt auf



spezifische nationale Situationen, Entwicklungen und Ereignisse zu reagieren.

Was bleibt, ist die regionale Ebene. Und hier gilt zunächst theoretisch, dass der Anteil des wirtschaftlichen Austauschs, der innerhalb einer Region stattfindet, auch über ein regionales und umlaufgesichertes Tauschmittel abgewickelt werden und damit der Austausch in der Region belebt werden kann. Es gibt natürlich Unterschiede, inwieweit sich Regionen für eine solche Lösung eignen. In einer Region mit großer Produktionsvielfalt ist die wirtschaftliche Autonomie höher – und damit ist sie besser für eine solche Lösung geeignet als eine Region mit einem dominierenden Arbeitgeber, wo die meisten Menschen für dieselbe Firma arbeiten.

Es gibt nur wenige Untersuchungen und Daten, die wir hier verwenden können, weil auch das, was wir für diesen Zweck als „Region“ bezeichnen, erst mit der Verwendung einer neuen Währung entsteht. Denn wo die dazugehörige Region anfängt und endet, ist abhängig von dem Willen der Bewohner, eine solche regionale Währung zu benutzen. Dazu kann natürlich niemand gezwungen werden. Und die Bereitschaft mitzumachen, kann von geographischen, aber auch von wirtschaftlichen, kulturellen oder geschichtlichen Zusammenhängen bestimmt sein.

Grundsätzlich erlaubt eine komplementäre Regionalwährung jedoch zum ersten Mal seit der Einführung nationaler Währungen im 19. Jahrhundert (der Abschied von regionalen Währungen ist also noch nicht allzu lange her), die in der Region produzierten Güter und Dienstleistungen als solche zu erkennen, sie bevorzugt einzukaufen und damit gezielt zu fördern.

Gerade für den Mittelstand, der die meisten Arbeitsplätze schafft, und in dem das Geld in der Produktion und nicht primär durch Geldgeschäfte verdient wird, eröffnen sich durch regionale Währungen neue Perspektiven des wirtschaftlichen Wachstums. Ein Arbeitsplatz für regionale Produkte kostet nur einen Bruchteil von dem, was für den internationalen Markt produzierende Arbeitsplätze kosten.² Warum sollten Banken in

Zusammenarbeit mit den Kommunen in einer Region zukünftig nicht eine regionale Währung in ihrem Produktportfolio anbieten?

Das Ziel ist, einen anderen Umgang mit einem neuen Zahlungsmittel praktisch erlebbar und nachvollziehbar machen und zu testen, ob das Modell einer stabilen, umlaufgesicherten Währung in diesem Rahmen funktioniert.

Komponenten einer vollständigen regionalen Währung

Um dieses Ziel zu erreichen, müsste die Regionalwährung nicht nur legal sein, sondern sie sollte realistischere auch in Phasen einführbar sein, um in der Bevölkerung schnell Vertrauen gewinnen zu können. Dies alles ist – nach der heutigen Rechtslage und dem Stand des Wissens und der Erfahrungen mit komplementären Währungen in den letzten Jahren – in Deutschland nur durch die Integration verschiedener Teil-Modelle in ein Gesamtmodell möglich. An einem Beispiel verdeutlicht, wären deshalb drei Komponenten mit einander zu verbinden:

- ein Gutschein-System, das als regionales Zahlungsmittel eingesetzt werden kann. Seine erste praktische Erprobung findet z. Z. in Prien am Chiemsee statt, wo das so genannte Regiogeld unter der Bezeichnung „Chiemgauer“ zirkuliert.
- ein Kooperations-Ring, der als bargeldloses Verrechnungssystem und Kreditsystem zum Austausch von Waren und Dienstleistungen – schwerpunktmäßig zwischen gewerblichen und professionellen Teilnehmern – funktioniert, die Liquidität von kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) erhöht, aber auch den Bewohnern der Region eine Möglichkeit bietet, ihre Leistungen miteinander zu verrechnen. Ein gut funktionierendes Beispiel dieser Art gibt es seit etwa sieben Jahren mit dem Talente-Tauschkreis Vorarlberg. Ein anderes Beispiel, das allerdings nur für KMUs funktioniert, besteht seit über 50 Jahren in dem Schweizer WIR-Ring.
- eine Mitglieds-Bank, die nach dem Grundsatz eines nachhaltig stabilen und nicht auf Wachstum angewiesenen Spar- und Kreditmodells arbeitet. Mitglieder erhalten zinslose Darlehen, die gleichzeitig mit einem Sparplan verbunden sind. Sie könnte analog zur JAK-Bank in Schweden arbeiten, die seit über vierzig Jahren erfolgreich wächst.

Diese Kombination ermöglicht es, fast alle Geldfunktionen zu erfüllen. Das Gutschein-System wird ähnlich dem Bargeld für die Zahlung kleinerer Beträge des täglichen Lebens verwendet. Der Kooperations-Ring erlaubt die bargeldlose Verrechnung für den Austausch von Gütern und Dienstleistungen sowie die Einräumung von Kreditlinien zwischen Individuen und zwischen kleinen und mittleren Unternehmen. Die Mitgliedsbank dient der Kreditgewährung und Verwaltung wertstabiler Spareinlagen – sowohl in Euro wie auch in der Regionalwährung – für Einzelne und Unternehmen.

Ein solches Konzept hat mehrere Vorteile: Alle Teilmodelle sind getrennt einführbar, gemeinsam werden jedoch viele Synergie-Effekte möglich, und alle drei ge-

nießen allein dadurch Vertrauen, dass sie entweder z. Z. in Europa erfolgreich eingeführt werden oder bereits seit vielen Jahren funktionieren und erprobt sind.

Da die beiden Teilmodelle Kooperationsring und Mitgliedsbank seit vielen Jahren bekannt sind,³ werde ich im Folgenden nur die Unterschiede zwischen Euro und „Regio“ sowie das Gutscheinsystem näher beschreiben.

Unterschiede zwischen Euro und „Regio“

Um die Andersartigkeit einer regionalen Währung gegenüber dem Euro verständlich zu machen, haben wir nach einem anderen Namen für die komplementäre Regionalwährung gesucht, der gleichzeitig den Bezug zur Region herstellt. In Abstimmung mit dem im September in Prien gegründeten Regio-Netzwerk schlagen wir die Bezeichnung „Regio“ vor.⁴ Im Gegensatz zum Euro ist der Regio:

- kein „offizielles“ Zahlungsmittel, d. h. er steht nicht unter Annahmepflicht⁵ seine Annahme erfolgt nur freiwillig;
- nur geographisch begrenzt einsetzbar und trägt in jeder Region eine jeweils eigene Bezeichnung;
- beim Umtausch in andere Regionalwährungen oder in die Landeswährung verursacht er eine Umtauschgebühr⁶;
- und es lassen sich mit ihm keine Zinsen verdienen.

All diese Charakteristika machen ihn – nach dem Gesetz von Gresham – zum „schlechteren“ Geld, d. h. alle Beteiligten werden bestrebt sein, dieses Zahlungsmittel los zu werden, bevor sie ihre Euros ausgeben. Und genau das ist beabsichtigt. Wir stellen also das Greshamsche Gesetz auf den Kopf, denn im Hinblick auf die Optimierung der Tauschfunktion – der wichtigsten Funktion, die das Geld zu erfüllen hat – ist der Regio natürlich das „bessere“ Geld. Richtiger wäre es daher zu sagen, dass beide Währungen – die nationale bzw. internationale und die regionale – unterschiedliche Funktionen unterschiedlich gut erfüllen.

Der Euro eignet sich für den internationalen Austausch, den Wettbewerb und die Akkumulation und Umverteilung von Vermögen über Spareinlagen oder Geldinvestitionen mit Anspruch auf exponentiell wachsende Zinsen oder Dividenden. Der Regio hingegen eignet sich als Tauschmittel für eine bewusste Förderung sozialer, kultureller und ökologischer Ziele bzw. für einen ethischen Umgang mit endlichen Ressourcen in einem überschaubaren Bereich, zu dem Menschen eine direkte persönliche und emotionale Beziehung haben.

Der Regio ist sozusagen eine Marke, die eine bestimmte Qualität haben – und vielleicht sogar garantieren – soll.⁷ Mit der Entwicklung dieser Qualitätsvorgaben grenzt sich der Regio bewusst von anderen „Marken“ ab: Tauschringe, Bartermodelle, Senioren-genossenschaften und viele andere komplementäre Währungen erfüllen bestimmte Funktionen, die in Richtung Nachbarschaftshilfe, Kapazitätenausgleich und wertbeständiger Leistungsverteilung gehen. Der Regio setzt eigene Akzente in dieser vielfältigen Landschaft:

1. Regios vernetzen verschiedene Partner in der Region und bringen allen Beteiligten Vorteile.
2. Regios sollen selbstverständlicher Bestandteil regionaler Wirtschaftskreisläufe sein und sind regional begrenzt.
3. Regios ergänzen die bestehende Landeswährung.
4. Regios dämpfen langfristig Inflations- und Deflationsgefahren.
5. Regios sind umlaufgesichert.
6. Regios sind gemeinnützig sowie professionell organisiert.
7. Regios sind im Entstehungsprozess transparent und von ihren Nutzern demokratisch kontrollierbar.
8. Regios dienen sowohl den Bewohnern der Region als auch kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie kommunalen Einrichtungen in der Region
9. Regios zielen ab auf die ökologisch sinnvolle Wahl der kürzesten Transportwege.
10. Regios sind für die Einwohner Symbol einer historisch gewachsenen (oder neuen) Identität in einem überschaubaren Rahmen.

Ob Regios den Wert von Euros haben müssen, ist eine offene Frage. Es kann sinnvoll sein, weil die Umrechnung beim Einkauf und bei der Bezahlung von Rechnungen entfällt und dies die steuerliche Behandlung der Regio-Umsätze erleichtert. Wichtig ist es allerdings in die jeweiligen Statuten eine Klausel aufzunehmen, die es erlaubt, auf andere Einheiten überzugehen: Wenn es zum Beispiel wenn eine galoppierende Inflation im Euro geben sollte, könnte man auf die durchschnittlichen Kosten für eine Arbeits-Stunde als Einheit übergehen, um ein Maß zu haben, das keiner Inflation unterliegt. Möglich wäre auch, die Kosten einer Kilowattstunde Elektrizität oder eines Kubikmeters Trinkwasser als Einheit zu benutzen – besonders, wenn damit Gutscheine ausgegeben würden, mit denen solche Leistungen bezahlt werden können.

Die Verhinderung von vermögensschädlicher Inflation und wirtschaftsfeindlicher Deflation ist langfristig jedoch nur möglich, wenn eine Zusammenarbeit mit der Zentralbank und regional tätigen Banken gelingt. Dass dies durchaus Sinn macht, beweisen Forschungsergebnisse, die den in der Schweiz und in Amerika tätigen bargeldlosen Verrechnungssystemen einen wesentlichen antizyklischen Stabilisierungseffekt erkennen: Wenn die Wirtschaft boomt, gehen die Aktivitäten komplementärer Geldsysteme tendenziell zurück, wenn aber eine Rezession droht, nehmen ihre Aktivitäten zu. Damit werden die Bemühungen der jeweiligen Banksysteme wie auch der Politik um Währungsstabilität unterstützt.⁸

Der Regio soll den Euro ergänzen, nicht ersetzen. Er ist deshalb auch keine „alternative“, sondern eine „komplementäre“ Währung. Da wir normalerweise weder von „Euro-Geld“ noch von „Euro-Währung“ sprechen, brauchen wir den Regio auch nicht als „Regio-Geld“ oder „Regio-Währung“ zu bezeichnen – obwohl das im Anfang vielleicht hier und da nötig ist, um die Funktion des neuen Zahlungsmittels zu verdeutlichen. Aber für die Zukunft ist es ratsam, einfach von „Regio“

zu sprechen (ein Begriff, der auch im bereits erwähnten RegioNetzwerk verwendet wird).

Zusammenarbeit mit regionalen Banken

Sieht man sich die Anforderungen an, die eine komplementäre Regionalwährung zu erfüllen hat, dann stellt sich natürlich die Frage: Könnte oder müsste die Einführung einer solchen Währung nicht in Zusammenarbeit mit den lokalen oder regionalen Banken erfolgen? Ist zum Beispiel eine regionale Mitgliedsbank, die als Spar- und Leihgemeinschaft ihren Teilnehmern erlaubt, allmählich anwachsende Guthaben auszuleihen, größere Investitionen zu fördern und die Spareinlagen der Mitglieder zu verwalten, nicht eine „Aufdoppelung“ der ohnehin existierenden lokalen Banken, die eine solche hinzukommende Konkurrenz natürlich mit allen Mitteln bekämpfen müssten?

Die Beantwortung dieser Frage wird von vielen Faktoren abhängen – nicht zuletzt davon, wie sehr sich die verantwortlichen Banker in den lokalen Banken dem Gemeinwohl und der Gemeinnützigkeit verpflichtet fühlen und/oder wie sehr sich die Bürger der Region dafür einsetzen, diesbezügliche Kriterien und Ansätze, die in den Banksatzungen verankert sind, tatsächlich einzufordern.

In Deutschland gibt es nach Gernot Schmidt⁹ – anders als in England, wo das Bankwesen vollkommen privatisiert ist – Privatbanken, die gewinnorientiert, Volksbanken, die mitgliederorientiert und Sparkassen, die aufgabenorientiert arbeiten. Die beiden Letzteren dürfen lediglich innerhalb ihres regionalen Geschäftsgebiets tätig sein. Genossenschaftsbanken und Sparkassen sind laut Schmidt deshalb gehalten, geschäftspolitisch mit dafür Sorge zu tragen, dass es ihrer Region wirtschaftlich gut geht, weil sie eben nur „regional wirtschaften, düngen, säen und (nicht nur) ernten können.“ Eine Regionalwährung wäre seiner Meinung nach hilfreich, um die regionalen Angebote auf die regionale Nachfrage abzustimmen. Die Belebung der regionalen Wirtschaft – wie auch die Förderung des gesellschaftlichen Lebens in der Region – hat insoweit sogar existenzielle Bedeutung für kleine und mittlere Sparkassen und Volksbanken.

Die Sparkasse in Delitzsch-Eilenburg, bei der Gernot Schmidt arbeitet, ist die erste Bank in Deutschland, die ein Gutachten in Auftrag gegeben hat, um die Rechtsprechung der Zentral-Banken bezüglich komplementärer Zweitwährungs-Systeme zu klären.¹⁰ Denn mit den Gutschein-Systemen als Währung bewegen wir uns z.Zt. in einer rechtlichen Grauzone. Gutscheine werden in Deutschland bisher lediglich geduldet. Wenn die Bezeichnung „Gutschein“ gut sichtbar auf dem Tauschmittel abgedruckt, das Ausgabevolumen zudem „überschaubar“ ist und der Wert des Gutscheins nicht 1:1 in Euro getauscht werden kann, scheint es nach ersten Auskünften von Zentralbankern keine Probleme zu geben. Als Giralgeld hätten wir – wie Hugo Godschalk aufgezeigt hat – mit einer regionalen Zweitwährung ebenfalls kein Problem, weil es dazu eine entsprechend positive Rechtsprechung gibt.¹¹ Zur

Nutzung von Gutscheinen als „Bargeld-Ersatz“ gibt es bislang noch keine Rechtsprechung, da ein solcher Fall noch nicht existiert. Um zu vermeiden, dass dies für den „Chiemgauer“ und für andere Initiativen bei einer entsprechenden Größe zum Problem werden könnte, bietet das Gutachten der Bank in Delitzsch-Eilenburg für alle, die in Regio-Initiativen arbeiten, eine willkommene Klarstellung.

Zur steuerlichen Behandlung von Regionalwährungen

Zwei Fragen stellen sich im Zusammenhang mit der Steuerpflicht von Regio-Transaktionen: Sollten Regio-Transaktionen überhaupt besteuert werden? Und, wenn das der Fall ist: in welcher Währung sollten sie dann bezahlt werden?

Einer der Hauptgründe, die dafür sprechen würden, Regio-Transaktionen nicht zu besteuern ist der Folgende: Wenn der Regio soziale Probleme lösen hilft, die den Steuerzahler ansonsten staatliche Zuschüsse kosten würden, sollten diese Kosten in die Vergleichsrechnung eingehen, die man aufstellen müsste, um die Steuerpflichtigkeit des Regio zu beurteilen bzw. festzulegen. Denn wenn die Einsparungen das Einkommen übersteigen würden, welches die Besteuerung erbrächte, wären alle Betroffenen – einschließlich des Finanzamtes – besser damit beraten, die Transaktionen nicht zu besteuern.

In dem Maß jedoch, in dem der Regio benutzt wird, auch kommerzielle Transaktionen durchzuführen, wird die Zahlung von Steuern erforderlich. Wichtig ist in diesem Fall jedoch die Möglichkeit, die Steuern in Regio zahlen zu können: Denn dies wird darüber entscheiden, ob der Regio angenommen und im vollen Umfang seiner Möglichkeiten eingesetzt werden kann oder nicht. In der Tat ist vielleicht die effektivste Art, den Erfolg einer Regionalwährung zu verhindern, eine Bestimmung zu erlassen, nach der alle Steuern auf Einkommen – egal ob aus Euro- oder Regio-Transaktionen – nur in Euro zu zahlen sind. Umgekehrt ist ebenso richtig: Der beste Weg für die lokalen und regionalen Behörden, den Erfolg des Regio zu unterstützen, wäre es, Steuererabgaben und Gebühren in Regio zu anzuerkennen – denn dies ist der beste Anreiz für Geschäftsleute, den Regio zu akzeptieren.

Wenn die Behörden und politischen Entscheidungsträger willens sind, Steuern und Gebühren auch in Regio zu akzeptieren, so können sie dafür wichtige Gründe anführen: Erstens kommen diese Steuern den öffentlichen Dienstleistungen ihres Gebietes zugute, zweitens werden damit regionale Arbeitsplätze erhalten oder geschaffen, und drittens erlauben es die positiven sozialen und ökonomischen Auswirkungen der verstärkten regionalen Wertschöpfung der Verwaltung, Steuergelder einzusparen

und die gesamte wirtschaftliche Lage der Region zu verbessern.

Schließlich gibt es aber auch noch einen Mittelweg zwischen der Steuerfreiheit und Steuerpflicht aus Regio-Einkommen: So könnte man einen Teil steuerfrei machen (zum Beispiel Einkommen unter 1000,- Regio oder Euro äquivalent unbesteuert lassen), da die Erhebung dieser Steuern sowieso mehr kostet als dabei übrig bleibt. (Nach diesem Muster wird zum Beispiel das Einkommen aus SEL – einer französischen Komplementärwährung – behandelt.) Ein anderer Weg wäre es, den Geschäftsleuten die Bezahlung eines bestimmten Prozentsatzes ihrer Steuern in der Regionalwährung zu gestatten.

Ein praktisches Beispiel im Chiemgauer

Der „Chiemgauer“ ist einer der ersten praktischen Versuche, in Deutschland eine Regionalwährung einzuführen. Die Regionalgeld-Initiative der Waldorf-Schule in Prien am Chiemsee hat den „Chiemgauer“ als komplementäres Tauschmittel konzipiert und bedient sich dabei eines australischen Gutschein-Modells.

Dabei haben alle Beteiligten Vorteile: Wenn man in einem der dafür konzipierten „Clubs“ in Australien hundert Dollar umtauscht, bekommt man Gutscheine im Gegenwert von 110 Dollar. Wer gleich 500 Dollar umtauscht, bekommt sogar Gutscheine im Wert von 600 Dollar. Dieser zehn- oder zwanzigprozentige Rabatt entspricht jedoch eher australischen als deutschen Verhältnissen. Im Gegensatz zu Australien erhält man beim Kauf der Chiemgauer-Gutscheine keinen Rabatt. Der Käufer darf sich allerdings ein gemeinnütziges Projekt aussuchen, das dann drei Prozent von der Gebühr erhält, die beim Umtausch in Euro anfällt.

Die ersten Käufer dieses neuen Tauschmittels waren die Eltern der Waldorfschüler. Sie unterstützen damit einen Erweiterungsbau für die Schule. Mittlerweile stehen fünf gemeinnützige Projekte auf der Liste, und die Beteiligten kommen aus den verschiedensten Bereichen der Region. Darüber hinaus akzeptieren die Kunden eine Umlaufsicherung in Form einer Gebühr in Höhe von jährlich acht Prozent. D.h. alle drei Monate – also vier mal im Jahr – muss eine Marke (die zwei Prozent des Wertes ausmacht) auf den Gutschein geklebt werden, damit er seinen Wert behält.



Die Kaufleute, die die Gutscheine in Zahlung nehmen, können sie mit einem geringen Verlust in die Landeswährung zurückerlösen oder sie zur Zahlung an andere Geschäfte, an ihre Angestellten, an den Verlag, der die örtliche Zeitung herausgibt, usw. weiterreichen. Auf diese Weise verlieren sie die Gebühr, die sie beim Rücktausch zahlen müssten, nicht. In Australien beträgt diese Gebühr zehn, in Prien nur fünf Prozent.

Für die Mehrheit der Geschäftsleute ist es eine Kundentreue-Aktion. Und für Kundentreue-Aktionen werden in Deutschland auch heute schon bis zu zehn Prozent des Geschäfts-Umsatzes aufgewendet. Eine Unterstützung der regionalen Währung durch die Geschäftsleute würde ihnen also keine zusätzlichen Kosten bereiten. Weil die Kunden bei ihnen mit ihrem regionalen Tauschmittel bezahlen können, kommen sie zum Einkauf in ihren Laden. Immer öfter erleben diese Geschäftsleute dann, dass sie auch selbst mit diesem Tauschmittel bei anderen bezahlen können – und somit der Vorteil entsteht, dass sie die fünf-prozentige Rücktauschgebühr in den Euro nicht entrichten müssen. Wenn die Waldorf-Schüler/innen am Monatsende in die Geschäfte kommen, um die dort angesammelten regionalen Gutscheine gegen Euro umzutauschen, hören sie, dass kein Gutschein mehr in der Kasse ist, weil die Geschäftsinhaber ihn woanders ausgegeben haben.

In Australien wurden im ersten Jahr 70 Prozent der Gutscheine in die Landeswährung zurückgetauscht, im dritten Jahr nur noch 7 Prozent. Die Gutscheine werden also wie eine komplementäre Währung genutzt – und die Kosten für den Rücktausch wirken wie eine zusätzliche Umlaufsicherung.

Sparkonten für die Regionalwährung?

Die Wirkung auf die Kunden ist klar: Wo es möglich ist, bezahlen sie mit Gutscheinen, bevor sie mit Euro bezahlen. Und genau das ist beabsichtigt. Die teilnehmenden Unternehmen im Chiemgau freuen sich über die Umsätze. Von den Erlösen aus der Umlaufsicherung werden die Kosten des Gutscheinsystems gedeckt. Überschüsse werden für unterstützenswerte Projekte in der Region verwendet. Wer dieses regionale Tauschmittel benutzt, nimmt also einen kleinen Verlust in Kauf, wenn er es über einen längeren Zeitraum in der Tasche behält – hat dafür aber den Vorteil, dass er Projekte, Vereinigungen oder Veranstaltungen eigener Wahl benennen kann, die mit den Einnahmen aus der umlaufgesicherten Komplementärwährung begünstigt werden.

Wenn Sparkonten für die Regionalwährung existieren, kann dieser kleine Verlust entfallen, denn dann könnten ja diese Guthaben wieder an andere als Kredit weitergegeben werden. Der Vorteil einer solchen Konstruktion ist, dass man den Euro nur dann – und nur so lange – in Regional-Gutscheine umtauschen wird, wie man diese auch ausgeben kann. Dies wiederum wirkt wie eine eingebaute Sicherung gegen die unbegrenzte Herausgabe von Gutscheinen, die zu einer Gutschein-Inflation führen könnte.

Darin besteht ein großer Vorteil von „Gutschein-Währungen“ gegenüber so genannten „Fiat-Währungen“, die praktisch aus dem Nichts geschaffen werden können – wie damals, als die Deutsche Mark eingeführt wurde und pro Kopf 40 DM ausgezahlt wurden. Sicherlich ist auch vorstellbar, dass in einer Region eine „regionale Währungsreform“ stattfindet, indem pro Kopf ein bestimmter Betrag in einer Regionalwährung ausbezahlt wird. Doch damit würden heute möglicherweise rechtliche Probleme entstehen, außerdem besteht die Gefahr einer unbegrenzten Ausweitung der Geldmenge. Das hat z. B. dem argentinischen „Credito“ – der einige Monate landesweit phantastisch funktionierte und etwa zwei Millionen Menschen das Überleben ermöglichte, nachdem die nationale Währung zusammengebrochen war – später in vielen Regionen Argentiniens den Garaus gemacht.

Wir schaffen also hier im eigentlichen Sinne keine neue Währung, sondern nutzen die Möglichkeit, in einem – durch eine Vereinsatzung definierten – Rahmen, dem Gutschein-Modell als Kundentreue-Aktion eine zusätzliche soziale Funktion zu geben: nämlich als komplementäres, umlaufgesichertes Zahlungsmittel die regionale Entwicklung zu fördern.

Diese Idee wurde inzwischen an mehreren Orten überraschend schnell aufgegriffen und in die Praxis umgesetzt¹², und zwar hauptsächlich aus drei Gründen:

- Erstens gibt es nur wenige legale Möglichkeiten, ein regionales Tauschmittel zu schaffen, das gleichzeitig allen Beteiligten Vorteile bietet – und nur so eine Chance hat, auf breiter Basis angenommen zu werden.
- Zweitens suchen viele Einzelne und Gruppen nach Wegen, wie sie einen Beitrag zur Lösung der gegenwärtigen Krise leisten können.
- Und drittens scheint es viele andere Gesichtspunkte zu geben, die für eine Wiederbelebung der regionalen Wirtschaft und Identität als Ausgleich zur einseitigen Globalisierung sprechen: von der Vermarktung frischer Lebensmittel in der Region bis zu regenerativen Energieverbänden und einer bio-regionalen Wasser-, Abwasser- und Abfallwirtschaft; von der Nähe zu Produzenten und Konsumenten bis zu besseren Serviceleistungen von Handwerkern sowie kleinen und mittleren Unternehmen.

Die Vision

Die Vision vom „Europa der Regionen“ hat für viele Menschen eine große Faszination. Anstatt die Globalisierung mit all ihren positiven und negativen Folgen – sozusagen im Gesamtpaket – zu akzeptieren, sehen viele Menschen in der Region eine Möglichkeit, direkte Veränderungen zu bewirken, die ihnen selbst zugute kommen. Denn viele erleben die Globalisierung nicht nur als Verlust eigener Handlungsspielräume, sondern auch als das Unvermögen der Politik, sich von den Standortentscheidungen einiger Großunternehmen und von der Instabilität des internationalen Finanzsystems unabhängig zu machen.

Die regionale Ökonomie stellt einen neuen Ordnungsansatz dar gegenüber dem, was wir bislang

unter „Globalisierung“ verstehen. Und die Einführung regionaler Währungen stellt einen der kraftvollsten Wege dar, diesen neuen Ordnungsansatz zu realisieren. Zahlreiche bereits bestehende regionale Initiativen und Programme sind die ersten „natürlichen“ Partner im Umsetzungsprozess. So umfasst die Regionalbewegung in Deutschland inzwischen rund dreihundert Initiativen; hinzu kommen über zweitausend Agenda-21-Gruppen und mehr als ein Dutzend Leader + Projekte (ein EU-Programm, welches die regionale Entwicklung des ländlichen Raumes fördert).

Ein weiterer Ansprechpartner – außer diesen Gruppen vor Ort – kann auch der „Ausschuss der Regionen“¹³ sein, der als Hüter des Subsidiaritätsprinzips und als direkte Verbindung zwischen den Interessen der Regionen und der Europäischen Gemeinschaft eingerichtet wurde.

Das gegenwärtige Geldsystem wirkt wie eine Pumpe, die das Kapital aus den Regionen, in denen es verdient wird, absaugt und in Regionen pumpt, in denen es die höchste Rendite erzielt – zur Zeit ist dies China, wo 70% (!) des weltweit verfügbaren Kapitals investiert werden. Deshalb wird eine Verkürzung des Geldkreislaufs, der sich nach den Erfordernissen der Region richtet, eminent wichtig. Nur dadurch erhält sich eine Region ihre eigene Liquidität. Das heißt: Soll die neue Währung anders als die heutige Währung, die in der Regel dem höchsten Profit dient, der eigenen Region dienen, so muss sie auf diese Region begrenzt sein. Hans Diefenbacher bestätigt dies in seiner Betrachtung der unterschiedlichen Aufgaben, die auf die lokalen und regionalen Arbeitsgruppen der Agenda 21 zukommen, indem er sagt: „Um Ausbeutung oder Störung des ökonomischen Gleichgewichts durch Einflüsse von außerhalb der Region zu verhindern, sollte jede Region zusätzlich eine eigene Währung oder Verrechnungseinheit – unter Umständen auch mehrere – und ein eigenständiges Banken- und Kreditsystem haben.“¹⁴

Unser heutiges Geld dient gleichzeitig als Tauschmittel, Wertmaßstab oder Recheneinheit und als Wertspeicher oder Wertaufbewahrungsmittel. Das Grundproblem ist, dass es als Wertspeicher mit exponentiell wachsenden Ansprüchen und unbegrenzter Mobilität konzipiert ist. Und da heute zumeist auf den Kapitalmärkten höhere Renditen als bei Investitionen in Unternehmen erzielt werden, fließt immer weniger Geld dorthin, wo auch Arbeitsplätze geschaffen werden. Deshalb wird die Funktion einer Regionalwährung in erster Linie auf die des Tauschmittels und der Recheneinheit hin zu optimieren sein, damit sie nur in einem begrenzten Gebiet gültig ist, und als Wertspeicher „nur“ einen stabilen Anlagewert sichert. Die wesentlichen Ziele sind:

- vorhandene Ressourcen für die Herstellung von Gütern und Dienstleistungen zu nutzen, um sie dem ungedeckten Bedarf und der Nachfrage entsprechend absetzen zu können;
- dadurch die Arbeitslosigkeit zu verringern;
- den Kaufkraftabfluss aus der Region aufzuhalten;
- und den Kommunen neue finanzielle Möglichkeiten zu verschaffen, um ihre Aufgaben zu erfüllen.

Dass genau diese Ziele durch bisherige Förderprogramme nicht erreicht wurden, zeigt Robert Musil anhand vieler Beispiele aus der Europäischen Union. Er unterscheidet zwischen „externen“, von außen initiierten und „endogenen“, d.h. von innen her initiierten Strategien, um dem räumlichen Ungleichgewicht zwischen Zentren und Peripherie zu begegnen, und kommt zu dem Schluss, dass die weitgehend neoklassisch dominierte Regionalpolitik der Europäischen Union (keynesianische Nachfragesteuerung, Wachstumspolansatz) das „Davonlaufen“ von Kapital, Wertschöpfung und Humankapital nicht aufhalten konnte.¹⁵ Und selbst die endogenen Strategien – die auf die Förderung der regionalen Potenziale abzielen, z. B. durch die Vernetzung vorhandener Ressourcen (Kooperationsförderung) und die Einbindung der Bevölkerung („bottom-up“-Ansatz) – haben einen wesentlichen Faktor unberücksichtigt gelassen: nämlich die monetäre Geldversorgung. Dabei ist leicht einsehbar: Projekte mit relativ geringer Rentabilität können nicht mit Geldkapital finanziert werden, das unter hohem Wachstums- und Gewinnzwang steht.

Wie weiter?

In Zeiten fehlender politischer Konzepte, wie denn die Krisen, in denen wir uns befinden, zu bewältigen sind – von der Terrorbekämpfung bis zu den diversen „Löchern“ im Bundes- und in Gemeindehaushalten, von dem Verkauf des „Tafelsilbers“ sprich der Privatisierung lebenswichtiger Infrastruktureinrichtungen (Energie- und Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, öffentliche Verkehrsmittel u.a.) bis zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit – sollten auch ungewöhnliche Analysen und Ideen eine Chance haben. Die Zeit ist reif, im Angesicht einer aus dem Ruder laufenden Globalisierung die Region als neue Bezugseinheit für den Einzelnen wieder zu beleben. Im Rahmen dieser Entwicklung wird auch das Thema „komplementäre regionale Währungen“ zu diskutieren sein.

In den vergangenen zwei Jahren hat eine Gruppe von etwa einem Dutzend Professor/innen der Volks- und Betriebswirtschaftslehre aus Deutschland, Österreich und der Schweiz einen neuen Bericht für den „Club of Rome“ geschrieben, der den Titel trägt „Wie wir wirtschaften werden – Szenarien und Gestaltungsmöglichkeiten für zukunftsfähige Finanzmärkte“. Er ist im Herbst 2003 erschienen und füllt die Lücke, die der erste Bericht des Club of Rome, der die gesamte Nachhaltigkeit-Debatte vor dreißig Jahren eröffnet hatte, hinterließ. Der damalige Verfasser Meadows hatte das Thema Geld völlig übersehen. Er betrachtete es als ein passives Buchhaltungssystem, welches den Aspekt Nachhaltigkeit weder im negativen noch im positiven Sinne beeinflussen würde. Der neue Bericht identifiziert nun – als eine wichtige Komponente des nachhaltigen Wirtschaftens – die Einführung komplementärer lokaler und regionaler Währungen.

Bleibt zu hoffen, dass wir mit dem Konzept „Regionalwährung“ zunächst in einigen wenigen Regionen Erfahrungen sammeln können: möglichst bevor die Begeisterung, die das Konzept häufig auslöst, unaus-

gereifte Ansätze und vermeidbare Fehler produziert und damit den Gegnern (die natürlich auftauchen werden, sobald sich Erfolge einstellen) womöglich Gegenargumente zur Verfügung stellt.

Das Ziel dieses Beitrags ist es, eine Diskussion anzuregen, die für beide Seiten – Wirtschaft und Politik – neue fruchtbare Erkenntnisse bietet und aufzeigt, welches Potenzial in der Erprobung dieses Weges liegt. ●

LITERATUR:

Brunnhuber, Stephan und Klimenta, Harald: *Wie wir wirtschaften werden – Szenarien und Gestaltungsmöglichkeiten zukunftsfähiger Finanzmärkte*, Überreuter Verlag, Frankfurt 2003

Creutz, Helmut: *Das Geldsyndrom*, Wirtschaftsverlag Langen Müller/Herbig, München 1993 (3. Auflage 2001)

Gesell, Silvio: *Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld*, Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf bei Nürnberg 1949 (Nachdruck: Verlag für Sozialökonomie)

Kennedy, Margrit: *Geld ohne Zinsen und Inflation*, Goldmann Verlag, München 1991 (7. Auflage 2003)

Kennedy, Margrit und Bernard Lietaer: *Regionalwährungen – Ein neuer Weg zu nachhaltigem Wohlstand*, Riemann Verlag, München März 2004

Lietaer, Bernard A.: *Das Geld der Zukunft – Über die destruktive Wirkung des existierenden Geldsystems und die Entwicklung von Komplementärwährungen*, Riemann Verlag, München 1999

Lietaer, Bernard A.: *Mysterium Geld – Bedeutung und Wirkungsweise eines Tabus*, Riemann Verlag, München 2000

Musil, Robert: *Geld, Raum und Nachhaltigkeit*, Verlag für Sozialökonomie, Lütjensburg Frühjahr 2004

Rose, Mathew D.: *Eine ehrenwerte Gesellschaft*, Berlin 2003

Soros, George: *Die Krise des globalen Kapitalismus – Offene Gesellschaft in Gefahr*, Alexander fest Verlag, München, 1998

WEBSEITEN ZUM THEMA:

- www.regionetzwerk.de
- www.margritkennedy.de
- www.monnetta.org
- www.accessfoundation.org
- www.transaction.net/money/
- www.Chiemgauer-regional.de
- www.Chiemgauer.info
- www.freigeld.de/AssozWirtNeuro.pdf
- www.roland-regional.de
- www.geldreform.de
- www.INWO.de
- www.stable-money.com

ANMKERKUNGEN

- 1 Mathew D. Rose schildert dies am Beispiel der Berliner Bankgesellschaft in seinem Buch: *Eine ehrenwerte Gesellschaft*, Berlin 2003
- 2 Jakob von Uexkuell, beim Kongress: *„Die spirituelle Dimension wirtschaftlichen Handelns“*, Kongresszentrum Würzburg, 9.11.2003
- 3 s. Margrit Kennedy, *Geld ohne Zinsen und Inflation – ein Tauschmittel das jedem dient*, Goldmann 1991; eine ausführlichere Diskussion dieser Modelle befindet sich auch in Margrit Kennedy und Bernard Lietaer, *Regionalwährungen – ein neuer Weg zu nachhaltigem Wohlstand*, Riemann Verlag, München März 2004 Kapitel 4
- 4 Bei der Gründungsversammlung des Regio-Netzwerks in Prien/Chiemsee am 29.9.03 einigten sich alle Teilnehmer auf diesen Begriff, der dann für jede Region ergänzt wird um die spezielle regionale Bezeichnung wie Chiemgauer, Mangfalltaler, Justus, Kreiser, Havel-Taler, Heller u.a.
- 5 Wenn zum Beispiel ein Geschäft den Euro als Bezahlung für eine Ware nicht akzeptiert, ist der Kaufinteressierte berechtigt diese Ware mitzunehmen.

6 Die Umlaufsicherung meint die Besinnung auf die eigentliche Funktion des Geldes als Umlaufmittel. Natürlich ist Bargeld eine wenig rentable Sparform, aber trotzdem ist auch in der heutigen Zeit das Horten von Bargeld ein Fakt. Durch die regionale Begrenzung und der Koppelung an die Landeswährung ergibt sich zwar ein natürlicher Nachteil, der umlaufördernd wirkt. Langfristig wird das allerdings nicht ausreichen und es braucht kreative Umlaufsicherungsmechanismen, die möglichst schon zu Anfang einer Regio-Initiative integriert sein sollten. Je früher die Innovation einer echten Umlaufsicherung mitbedacht wird, desto besser.

7 Dieser Abschnitt wurde in Zusammenarbeit mit Christian Gelleri für das RegioNetzwerk erstellt.

8 Stodder, James: *„Reciprocal Exchange Networks: Implications for Macroeconomic Stability“*, Rensselaer at Hartford, Hartford CT, 06120 (stodder@rh.edu) August 2000. Eine frühe Version dieser Forschungsergebnisse ist zu finden in dem Konferenzbericht: *Engineering Management Society (EMS) Conference, in Albuquerque, New Mexico International Electronic and Electrical Engineering (IEEE)*

9 Margrit Kennedy und Bernard Lietaer: *Regionalwährungen – Ein neuer Weg zu nachhaltigem Wohlstand*, Riemann Verlag, München März 2004, Kap.IV und VIII

10 Es gibt im Moment sicherlich noch nicht sehr viele Banker, die eine solche Sichtweise offiziell vertreten dürfen ohne ihre Stellung zu gefährden. Aber die delitzscher Sparkasse kann sich in ihrer sozialen Sichtweise hier auf eine alte Tradition berufen: Der Abgeordnete Schulz (aus) Delitzsch hat in einer der unseren entsprechenden Krisenzeiten in der Mitte des 19. Jh. – auch gegen starken politischen Widerstand – die Gründung der heutigen Volksbanken als Genossenschaftsbanken angeregt und durchgesetzt.

11 Margrit Kennedy und Bernard Lietaer (2004) a.a.O. Annex A

12 siehe www.regionetzwerk.de

13 gegründet 1991 als unabhängige Versammlung zur Vertretung der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften innerhalb der europäischen Union und deren Interessen bei der Festlegung der Gemeinschaftspolitik, Quelle: http://www.cor.eu.int/de/prss/prss_5qu.html

14 Hans Diefenbacher *„Lokale Agenda 21 – Zielsetzung, Nachhaltigkeit, Projekte“*, in Zeitschrift für Sozialökonomie 13/7/2003, s. 16-17

15 Musil, Robert: *Geld, Raum und Nachhaltigkeit*, Verlag für Sozialökonomie, Lütjensburg Frühjahr 2004

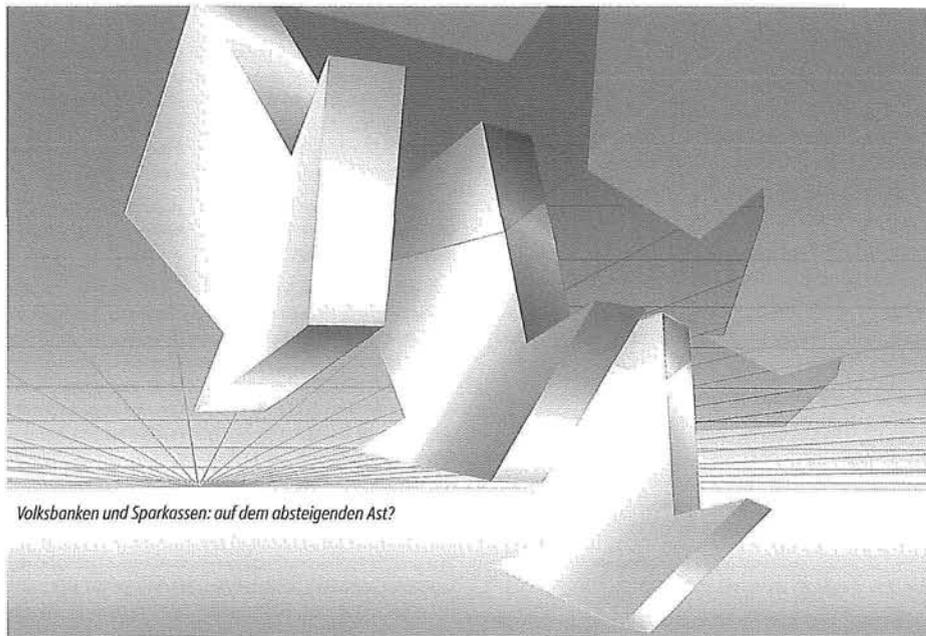
Prof. Dr. Margrit Kennedy, Autorin des Buches „Geld ohne Zinsen und Inflation“, das in 18 Sprachen übersetzt wurde, vermittelt in Vorträgen und Workshops wie der „ökonomische Analphabetismus“ überwunden und das Geldsystem als ein Dreh- und Angelpunkt unserer wirtschaftlichen Probleme zum dienenden statt zum beherrschenden Instrument umgewandelt werden kann. Von Hause aus Architektin, Stadt- und Regionalplanerin, wirkte sie in Deutschland, Nigeria, Schottland und USA. Im Auftrag der UNESCO und der OECD untersuchte und entwickelte sie Konzepte für Schulen als Gemeinschaftszentren. Nach 5jähriger Tätigkeit als Leiterin der Forschungsabteilung „Ökologie und Energie“ im Rahmen der Internationalen Bauausstellung Berlin 1987 lehrte und forschte sie von 1991 bis 2002 als erste Professorin für „Technischen Ausbau und Ressourcensparendes Bauen“ in Deutschland an der Universität Hannover. Schwerpunkt ihrer heutigen Arbeit sind die Einführung und Erprobung regionaler Tauschmittel.

Ihr neues Buch „Regionalwährungen – ein neuer Weg zu nachhaltigem Wohlstand“, welches sie zusammen mit Bernard Lietaer schrieb, erschien im Riemann Verlag, München im März 2004.



Vom Verlust des Eigentlichen

Volksbanken und Sparkassen vor dem Aus – welche Perspektiven hat die regionale Wirtschaft?



Volksbanken und Sparkassen: auf dem absteigenden Ast?

VON GERNOT SCHMIDT, DELITZSCH

„Sozial“ kann sich aber eine Wirtschaftspolitik nur dann nennen, wenn sie den wirtschaftlichen Fortschritt, die höhere Leistungsergiebigkeit und die steigende Produktivität wesentlich dem Verbraucher zugute kommen lässt. Dieses Ziel wird vornehmlich durch den freien Leistungswettbewerb erreicht, der die Gewinnung erhöhter Erträge oder sogar Renten verhindert und die Dynamik der Wirtschaft in Gang hält.

Ludwig Erhard, Rede vor dem Deutschen Bundestag, 24. März 1955

Der falsche Weg

Für den unvoreingenommenen Beobachter ist offensichtlich, dass wir uns in Deutschland von den Vorstellungen und dem Weg der Sozialen Marktwirtschaft schon längst entfernt haben. Der Zeitpunkt, an dem dies festgemacht werden kann, liegt im Jahr 1967, als das sogenannte Stabilitätsgesetz verabschiedet wurde. Von diesem Zeitpunkt an orientierte sich die Wirtschaftspolitik nicht mehr an den konkreten Bedürfnissen der Menschen, sondern an einem theoretischen „homo oeconomicus“, der den simplifizierenden Modellen der Volkswirtschaftslehre entsprang.

Der damit einhergehende „Machbarkeitswahn“ wirkte natürlich zurück auf eben jene Modelle, die zwar immer mehr verfeinert wurden, sich aber damit auch immer weiter von den realen Problemen und Anforderungen entfernten, gleichwohl wieder in die Politik und

das Denken der Menschen einfließen. Die Wirtschaftspolitik ist daher bis heute von einem stetig enger werdenden Tunnelblick geprägt – und die Bemühungen, „Wirtschaft“ zu steuern, gleichen den Anstrengungen eines Hamsters, der in seinem Hamsterrad versucht, neue Wege zu gehen und voran zu kommen.

Wenn heute von „Liberalisierung“ gesprochen wird, dann hat dieser Begriff nicht mehr das Geringste mit jenem eigentlichen Liberalismus zu tun, den Adam Smith, Edmund Burke, David Hume, John Maynard Keynes, Friedrich August von Hayek oder Ludwig Erhard dachten. Das, was den heute praktizierten Liberalismus auszeichnet, ist ein Bestreben, das nicht mehr die Freiheit des Individuums von Fremdbestimmung in den Mittelpunkt stellt, sondern die „Freiheit“ der wirtschaftlichen Institution, die sich ausschließlich an der Gewinnmaximierung orientiert. Helmut Schmidt hat das treffend mit dem Begriff „Raubtier-Kapitalismus“ bezeichnet.

Die Gründe dafür, dass dieser Raubtierkapitalismus überhand genommen hat, sind vielschichtig und schwer zu durchschauen. Ein Grund liegt, wie bereits erwähnt, in einem Denken (wenn man es überhaupt noch Denken nennen darf), das den Blickwinkel verengt und den Menschen in den Hintergrund rückt. Ein anderer wesentlicher Grund findet sich darin, dass wir uns in einer konjunkturellen Phase befinden, in der kaum noch Produktivitätsfortschritte zu erzielen sind. In dieser Situation sind Ertragssteigerungen nur noch im Kampf um bestehende Marktanteile zu erzielen. (Wobei grundlegend hinterfragt werden muss, welchen

Nutzen Ertragssteigerungen überhaupt stiften, wenn immer weniger Menschen daran partizipieren!)

Umbruch am Bankenmarkt

Auch im Bereich der Banken ist diese Tendenz des Kampfes um Marktanteile feststellbar. Um die Tragweite und die damit verbundenen Gefahren erfassen zu können, müssen wir uns zunächst vergegenwärtigen, dass sich der deutsche Bankenmarkt durch eine dreigliedrige Struktur auszeichnet: Die privaten Banken sind in erster Linie ertragsorientiert, die Genossenschaftsbanken vorrangig mitgliederorientiert, während die öffentlich rechtlichen Banken aufgabenorientiert angelegt sind.

Diese Strukturierung hat konkrete geschäftspolitische Auswirkungen. Für eine Sparkasse oder Volksbank, die regional tätig sind, ist das eigene wirtschaftliche Schicksal direkt mit dem der Menschen und der Wirtschaft im jeweiligen Geschäftsgebiet verknüpft. Anders als bei den großen Privatbanken können sich Sparkassen und Volksbanken nicht national und international lukrativere Märkte suchen. Daher muss die geschäftspolitische Strategie der Regionalbanken darauf ausgerichtet sein, nicht nur die Kundenpotenziale abzuschöpfen, sondern auch darauf, diese Potenziale zu entwickeln, zu erhalten und zu stärken.

Die Sparkassen sind bisher dazu verpflichtet, die Bevölkerung und die Unternehmen – insbesondere kleine und mittlere – ihres Geschäftsgebiets mit Finanzdienstleistungen zu versorgen. Diese Verpflichtung bzw. Aufgabenorientierung steht in besonderer Konkurrenz zu der Renditeorientierung der Privatbanken und hat bislang in Deutschland für einen effizienten Markt für Bankdienstleistungen gesorgt, der sich u.a. in vergleichsweise niedrigen Gebühren für den Bankkunden ausdrückt.

In letzter Zeit zeichnen sich jedoch national und international Bestrebungen ab, die dem Kenner die Sorgenfalten auf die Stirn treiben müssen. Obwohl der Chef des IWF, der frühere Sparkassenverbandschef Köhler, ehemals ein Loblied auf den deutschen Bankenmarkt sang, kritisierte er kürzlich bei der Vorstellung der Untersuchung des deutschen Bankenmarktes durch das IWF – sinngemäß zusammengefasst –, dass derselbe sich zwar durch eine hervorragende Stabilität auszeichne, gleichwohl die deutschen Sparkassen und Volksbanken aber durch ihre regionale Bindung (!) und ihre Unverkäuflichkeit ein Hindernis für einen effizienten Markt bzw. Wettbewerb seien.

Leider stellte er dabei nicht die Frage, woran man einen „effizienten Markt“ erkennt. Wenn der Mensch in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik gestellt wird, dann dürfte es beim Wort Effizienz doch wohl nur um

die bestmögliche Versorgung der Kunden gehen: Und die ermöglichen – gerade aufgrund ihrer Regionalbezogenheit – die Sparkassen. Wenn jedoch – wie der IWF empfiehlt – die Sparkassen und Volksbanken zu rendite-orientierten Privatbanken mutieren, ihre regionale Bindung und ihre Institutssicherung aufgeben sollen, dann ist deutlich abzusehen, dass die damit verbundenen Strukturveränderungen zu Lasten des Engagements in bestimmten Geschäftsregionen, Sparten oder Kundengruppen gehen. Ein noch größeres Ungleichgewicht der Entwicklung wirtschaftsschwacher und wirtschaftsstarker Regionen in Deutschland wäre die Folge.

Schwächung der regionalen Wirtschaftskraft

Deshalb stellt sich die Anschlussfrage: Wem nutzt eine „Verkäuflichkeit“ von Sparkassen und Volksbanken? Die Antwort fällt eindeutig aus: den renditeorientierten Privatbanken bzw. deren Aktionären, denn wesentliche Ertragssteigerungen können nur noch mit einer wachsenden Marktmacht und dem Abschöpfen zusätzlicher Kundenpotentiale, die von den Regionalbanken abgezogen werden, erzielt werden. Der Drang nach mehr Marktmacht der Privatbanken ist darauf zurückzuführen, dass es diesen nicht gelungen ist, einen Fuß in die Tür der großen internationalen Finanzplätze zu bekommen – und insoweit nurmehr der deutsche Markt als Renditebringer verbleibt.

Wenn es im Zuge dieser vom IWF vorgeschlagenen „Liberalisierung“ – wie in England bereits geschehen – zur Bildung von Oligopolen kommt, wird es in der Folge möglich sein, Gebühren und einzelne Kreditzinsen anzuheben, um höhere Renditen zu erzielen, weil schlicht und ergreifend die Konkurrenz fehlt. Das bedeutet jedoch, dass eben nicht mehr die beste bzw. günstigste Versorgung des Kunden im Mittelpunkt dieser liberalisierten Wirtschaftspolitik steht. Denn wenn Sparkassen und Volksbanken – und sei es auch nur zu einem Teil – von Privatbanken gekauft werden können, dann steht mithin nur noch die Rendite als geschäftspolitisches Ziel fest. Und das geht, um es zu wiederholen, zu Lasten des Verbrauchers. Soll das etwa „effizienter Wettbewerb“ sein?

Sollte an dieser Stelle entgegnet werden, dass gegen die Marktkräfte und gegen die so genannte Globalisierung eben kein Kraut gewachsen sei, so muss mit aller Deutlichkeit angemerkt werden, dass „Globalisierung“ eine Gestaltungsaufgabe für die Bundes- wie auch die Landespolitik – und damit kein zu erduldenes Schicksal – darstellt. Merkwürdig erscheint jedoch, dass sich diese Gestaltung in politischen Weichenstellungen äußert, die allesamt auf eine Konzentration hinauslaufen, die allein den Kapitalinteressen – und nicht, wie man annehmen sollte, dem Gesamtinteresse – gerecht wird.

Indirekt zielt diese Politik in Richtung Bevorteilung der „Großen“: In den Verhandlungen um den Wegfall der Gewährträgerhaftung und Anstaltslast der Sparkassen wurde die Möglichkeit, nur die international tätigen öffentlichen Banken diesbezüglich neu zu ord-

nen, verworfen. Vielmehr wurde von deutscher Seite die Ausdehnung dieser Strukturierung auf sämtliche öffentlich-rechtlichen Institute vorgezogen. Ähnliches gilt auf europäischer Ebene für die Einführung der Vorschriften des Abkommens „Basel II“, die eigentlich nur für international tätige Banken wirklich Sinn machen. Dankenswerterweise startete eine österreichische Delegation kleiner Banken in Brüssel einen Vorstoß, um für eben diese kleinen Banken eine Ausnahme von den „Basel II“-Regelungen zu erreichen. Ein deutscher Beamter beschied dieser Delegation, dass sich Deutschland nicht dieser Initiative anschließen werde (!), da man alle Banken unter diese Vorschriften zu stellen gedenke.

Was ist an der „Gleichbehandlung“ so schlimm?

Gerade kleine Banken werden im Zuge der Umsetzung von „Basel II“ einen „administrativen Wasserkopf“ installieren müssen, der letztlich nur Geld kostet, das durch die in Aussicht gestellten Vorteile nicht erwirtschaftet werden kann. Es wird dadurch ein Zwang entstehen, dass kleinere Banken fusionieren müssen, um eine Kostendeckung darstellen zu können. Dass damit auch den Gewährträgern der Sparkassen, den Kommunen, wirtschaftspolitische Handlungsspielräume entzogen werden, ist einsichtig. Außerdem sind Fusionen stets mit Entlassungen verbunden, die aufwandsseitig auf die Kommunen zurückwirken. Interessant ist aber auch, dass Untersuchungen von Fusionen im Sparkassen- und Volksbankenbereich ergeben haben, dass zwar zunächst die Personalkosten sinken, dann aber die Sachkosten steigen und die Erträge sinken.

Fazit: Der angebliche „Fusionszwang“ erscheint oberflächlich betrachtet zwar als „ganz natürliche“ betriebswirtschaftliche Notwendigkeit, die eigentlichen Gründe – und vor allem die Urheber – dieser Verschlechterung für die Region und die Kommunen verbleiben jedoch im Hintergrund.

Es zeigt sich also ein Trend, der auf „Machtkonzentration“ hinausläuft. Dies betrifft nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Ebene. Dieser Umstand ist umso bedenklicher, als diese Machtkonzentrationen letztlich nicht nur einen pekuniären Effizienzverlust hervorrufen bzw. gesamtwirtschaftlich keinen wirklichen gemeinwohlorientierten Nutzen bringen: Vielmehr werden wirtschaftliche und politische Entscheidungs- und Erfolgspotentiale im hierarchischen Dickicht von immer größer werdenden Strukturen erstickt.

Die Devise, die Vision der (Wirtschafts-)Politik müsste heute in die entgegengesetzte Richtung weisen: Kleiner ist effizienter! Gerade im Falle einer langfristigen konjunkturellen Talfahrt wäre es angebracht, dass viele unterschiedliche Ideen erdacht und ausprobiert werden können. Das ist allerdings in einer Welt, die zu „groß“ strukturiert ist – und in der es auf den Einzelnen kaum noch ankommt – immer weniger möglich.

Volksbanken und Sparkassen haben derzeit noch die Chance (und müssen diese nutzen), für die Entwicklung ihres Geschäftsgebietes und ihre Kunden zu arbeiten.

Was ist zu tun?

In den neuen Bundesländern konnten sich – im Gegensatz zu denen im Westen – in den letzten 50 Jahren keine regionalen Märkte und Wirtschaftskreisläufe entwickeln. Supermärkte „auf der grünen Wiese“ sind gang und gäbe, während auf den Wochenmärkten kaum regionale Erzeugnisse und Spezialitäten angeboten werden. Um die betreffenden Regionen zu „entwickeln“, muss es gelingen, regionale Wirtschaftskreisläufe entstehen zu lassen, d.h. die Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Ein Mittel hierzu kann die Einführung einer Komplementärwährung sein. Es ist bekannt, dass dadurch Kaufkraft in der Region verbleibt, neue Geschäftsbeziehungen entstehen und Arbeitsplätze zumindest erhalten werden können. Letztlich kämen diese Vorteile natürlich auch indirekt den regionalen Banken zugute, die dann mittel- bis langfristig eine Stabilisierung ihrer Ertragslage erreichen könnten.

Die Sparkasse Delitzsch-Eilenburg hat aufgrund dieser Überlegungen ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, das klären soll, welchen Anforderungen und Beschränkungen für die Einführung einer Komplementärwährung bestehen. Dabei ist ein Gutscheinsystem kombiniert mit „elektronischem Geld“ angedacht. Die Erfahrungen, die andernorts mit CityCards, Rabatt- und Punktesammelsystemen gemacht wurden, ermuntern uns dazu, die Idee der Entwicklung von Wirtschaftskreisläufen auf eine Region zu übertragen.

Gleichzeitig zeichnen sich nach vorläufigen Überlegungen Möglichkeiten ab, Finanzierungsmodelle für regionale Unternehmen zu schaffen zu, die den Barter-Systemen ähneln. Geprüft wird auch, ob und wie das seit 70 Jahren erfolgreiche schweizerische WIR-System, in dem besonders kleine und mittlere Betriebe engagiert sind, auf deutsche Verhältnisse übertragbar ist.

Es gibt also durchaus Ideen, die besonders in strukturschwachen Gegenden Impulse zur Selbsthilfe geben können. Der Erfolg der Umsetzung hängt aber wesentlich von der Mitarbeit und dem Engagement der Menschen in diesen Regionen ab.

„Wirtschaft“ – auch und gerade auf regionaler Ebene – ist eben kein anonym zu steuerndes, mathematisch erfassbares System, sondern ein Prozess, der zum Nutzen aller gestaltet werden will – dessen mögliche Ergebnisse jedoch, eben wegen der beteiligten Menschen, nicht exakt planbar sind. ●

Gernot Schmidt ist Diplom-Kaufmann und Abteilungsleiter für Sonderaufgaben der Sparkasse Delitzsch-Eilenburg in Nord-Sachsen

LITERATURHINWEISE:

Ludwig Erhard, Gedanken aus fünf Jahrzehnten

F. A. v. Hayek, Entnationalisierung des Geldes, Freiburger Studien

Frederic Vester, Neuland des Denkens

Sparkasse, u.a. Ausgabe 07/2003

Orientierungen, Periodikum der Ludwig Erhard Stiftung u.a. 4/2003

Selbst bestimmtes Geld...

Wie Banken regionale Währungen unterstützen können: das Beispiel der GLS Gemeinschaftsbank

VON FALK ZIENTZ, BERLIN

Unternehmen kommen heutzutage immer schlechter an Bankfinanzierungen, und Spareinlagen bleiben immer weniger in den ländlichen Regionen, um dort als Kredite ausgereicht zu werden. Das liegt u.a. daran, dass die Banken möglichst alle Abläufe standardisieren und automatisieren müssen. Eigentlich aber hat Finanzierung sehr viel mit Vertrauen zu tun – und die gewachsenen Strukturen einer Region wären eine sehr gute Grundlage für ein solches Vertrauen. Wenn man sich kennt und sozial eingebunden ist, dann wird manche Finanzierung möglich, die anonym vom grünen Tisch aus so nicht entschieden werden könnte. Nach diesem Prinzip funktionieren verschiedene Kreditgenossenschaften in Südamerika oder auch die Grameen-Banken in Bangladesh – aber auch zunehmend Einrichtungen in Europa.

Die GLS Gemeinschaftsbank eG und die Gemeinnützige Treuhandstelle e.V. (GTS) entwickeln schon seit Jahren innovative Finanzierungsinstrumente, insbesondere mit folgenden Aufgabenstellungen:

- Verbindungen zu schaffen zwischen dem gewerblichen und dem gemeinnützigen Bereich
- Förderung von Bürgerengagement für gesellschaftliche Aufgabenstellungen
- Schaffung von Transparenz hinsichtlich der Verwendung von Bankeinlagen
- Mithilfe beim Aufbau von selbst verwalteten bankähnlichen Einrichtungen.

Aufbauhilfe für Regionalwährungen

Im Zusammenspiel solcher Einrichtungen können Regionalwährungen wie etwa der „Chiemgauer“ in Oberbayern eine wesentliche und verbindende Rolle spielen. Dass eine Regionalwährung mehr als ein bloßes Gutschein-System ist, war auch den Initiatoren der Chiemgauer-Währung von Anfang an klar. Wenn eine Komplementärwährung „tragfähig“ sein soll, dann bedarf die Region einer bankähnlichen Einrichtung, die über verschiedenste Instrumente verfügt. Dazu gehört beispielsweise auch die Möglichkeit der Kreditvergabe: wie in den ursprünglichen Kreditgenossenschaften werden manche Finanzierungen erst dadurch möglich, dass sich die Beteiligten untereinander kennen und sich gegenseitig unterstützen.

Insofern liegt es nahe, dass GLS und GTS die im letzten Jahr entstandenen Regio-Initiativen mit begleiten. Konkret geschieht dies derzeit folgendermaßen:

- Unterstützung des bundesweiten Regio-Netzwerkes, beispielsweise beim Aufbau von www.regionetzwerk.org

- Unterstützung von regionalen Initiativen (insoweit sie Netzwerk-Mitglied sind) beispielsweise in der Entwicklung von Regio-Kreditfonds

- Mitarbeit an der Entwicklung eines zinslosen Bankmodells (z.B. JAK-Bank)

Eine weitere Entwicklungsaufgabe ist die bessere Handhabbarkeit der Regionalwährung dadurch, dass auch bargeldlos gezahlt werden kann. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob es sinnvoll ist, Bankkonten für Regionalwährungen einzurichten und – ähnlich der WIR-Bank in der Schweiz – verschiedene Bankdienstleistungen auch in Chiemgauern anzubieten. Für die Regio-Initiativen ist es wichtig, zu diesen Fragen eine Bank als Entwicklungspartner zu haben.

Vertrauen schaffen

Wie eingangs dargestellt, kann ein regionales Bankwesen Instrumente ausbilden, durch die Vertrauen entstehen und für Finanzierungen nutzbar gemacht werden kann. Ein Beispiel ist das „Steplending“: Es handelt sich um Unternehmensfinanzierungen, die mit sehr kleinen Krediten beginnen und durch die Kleinstunternehmen schrittweise ihre Kreditfähigkeit mit der Bank erarbeiten können.

Oder auch die „Bürgergemeinschaften“ der GLS: Wenn eine Gruppe von Menschen durch kleine Bürgerschaftsbeträge für ein gemeinnütziges Projekt mit in die finanzielle Verantwortung geht, dann ist das für

die Bank ein wesentlicher Beweis für die Solidität und Nachhaltigkeit dieses Vorhabens.

Oder der Solidarfonds: Verbundene Unternehmen geben sich untereinander Liquiditätshilfen oder stellen sich sogar Risikokapital zur Verfügung, auf der Grundlage, dass sie in ihre Geschäftsverhältnisse einen besseren Einblick haben kann, als die Banken.

Ein weiterer Effekt ist, dass in solchen Zusammenhängen Zinsverzicht verhandelbar sind, viel besser als bei anonymen Geldanlagen. Im Zusammenspiel solcher Einrichtungen werden Regionalwährungen (wie der Chiemgauer) eine wesentliche, verbindende Rolle spielen.

Das Geld kann so zum Gestaltungsmittel der Bürgerinnen und Bürger werden. Es sind nicht mehr nur „der Staat“ oder „der Markt“, die diesen lebenswichtigen Bereich bestimmen: Vielmehr können alle, die dies wollen, bewusste Entscheidungen treffen: beispielsweise dass sie einen bestimmten Anteil ihres Geldes in der Region ausgeben wollen, dass dieses Geld einer Negativverzinsung (Umlaufsicherung) unterliegen soll, dass ein bestimmter Anteil einer gemeinnützigen Initiative zukommt, usw. Und wunderbarer Weise ist an Beispielen wie der WIR-Bank in der Schweiz zu sehen, wie solche Systeme einen wesentlichen Beitrag zur Währungsstabilität leisten können. Darin liegt also Zukunft. ●

Der Autor ist Mitarbeiter der GLS Gemeinschaftsbank eG im Bereich Mikrofinanz

Margrit Kennedy
Bernard A. Lietaer

Neue Wege zu
nachhaltigem Wohlstand



Arbeitslosigkeit über 10 %!
Sozialsysteme vor Zerreißprobe!
Öffentliche Kassen bankrott!
**Neue Wege aus der Finanz- und
Wirtschaftskrise**

Neuerscheinung!



Margrit Kennedy und Bernard Lietaer zeigen die Problematik des zinsgesteuerten Geldes und untersuchen demgegenüber die Chancen und Umsetzungsmöglichkeiten von Regionalwährungen. Sie belegen deren positive Effekte anhand einer Vielzahl von Regionalwährungen, die bereits neben den offiziellen Landeswährungen existieren. Mit dem System des „Regios“ wird Geld aus der Sphäre des Spekultativen herausgenommen. Es zirkuliert dort, wo es sich produktiv auswirkt: im regionalen Kreislauf. Regionalwährungen, die neben dem existierenden Euro als Zahlungsmittel eingeführt würden, könnten einen wirtschaftlichen Aufschwung herbeiführen.

Der BERLINER

Eine komplementäre Währung zur Initiierung ökologischer und sozialer Prozesse in der Hauptstadtregion

VON DAG SCHULZE, ALEXANDER WOITERS
UND JONAS VON POSER, BERLIN

Komplementäre Tauschmittel bzw. „Regiogeld“ stoßen nicht nur in Deutschland, sondern weltweit auf wachsendes Interesse und Unterstützung. Wirtschaftliche Krisensymptome, wie die zunehmende Verschuldung des Staates, der Unternehmen und privaten Haushalte veranlassen dazu, alternative Lösungsansätze zur Öffnung neuer Handlungsräume zu suchen und umzusetzen.

In Japan, das seit über zehn Jahren in einer Wirtschaftskrise steckt, sind bereits über hundert komplementäre Tauschmittelsysteme landesweit entstanden. Dort werden sie staatlich und akademisch unterstützt. In Deutschland sind mindestens ein Dutzend Regionen an der Einführung von Regiogeld interessiert. Im bayerischen Chiemgau ist im vergangenen Jahr ein erfolgreiches Pilotprojekt gestartet.

„Regiogeld“ ist – als parallel zum gesetzlichen Zahlungsmittel akzeptiertes Tauschmittel – für den Austausch von Waren und Dienstleistungen innerhalb einer regional begrenzten Gemeinschaft einsetzbar. Regiogeld soll also nicht das gesetzliche Zahlungsmittel ersetzen, sondern ergänzen. Denn in vielen Bereichen kann das gesetzliche Zahlungsmittel nicht den Erfordernissen der Gesellschaft und der Individuen genügen. Dies gilt insbesondere und zunehmend für klein- und mittelwirtschaftliche sowie für soziale und ökologische Belange der Region.

Regionalisierung ergänzt Globalisierung

Die globalisierte Wirtschaft zerstört zunehmend regionale Wirtschaftsbeziehungen. Kleine und mittlere Unternehmen können sich gegen Billigprodukte und Sonderangebote von kapitalstarken Handels- und Dienstleistungsketten immer weniger behaupten. Oft werden regional erhältliche Güter quer durch Europa und die Welt transportiert, weil in anderen Erdteilen die Produktion für die Kapitalgeber rentabler ist. Dadurch fließt Wertschöpfung in Form von Kapital aus den Regionen ab. Tausend Euro, in einem beliebigen Berliner Bezirk verschenkt, wären innerhalb kürzester Zeit gegen Nike-Schuhe oder Coca Cola nach London und New York unterwegs, um von transnationalen Konzernen auf die Suche nach rentablen Anlage- und Investitionsmöglichkeiten um den Globus geschickt zu werden. Lokale Regierungen sehen nur noch die Möglichkeit, Schutzvorschriften für Mensch und Natur zu senken, um das Kapital zurückzulocken.

Regiogeld hat zum Ziel, regionale Wirtschaftsbeziehungen zu unterstützen, wiederzubeleben und zu in-



tensivieren. Dies soll geschehen, indem Konsumenten angeregt werden, lokale Händler und Produzenten zu bevorzugen. Diese wiederum sollen motiviert werden, auf lokaler und regionaler Ebene nach Einkaufsmöglichkeiten zu suchen und somit regionale Wertschöpfungsketten aufzubauen und zu erweitern.

Wirtschaftskreisläufe sind in erster Linie Geldkreisläufe, denn wo immer Waren bewegt und Dienstleistungen erbracht werden, fließt Geld. Um einen lokalen und regionalen Wirtschaftskreislauf zu ermöglichen bzw. zu erhalten, muss das Zahlungsmittel also in der Region zirkulieren. Der Entgrenzung kontinentaler Währungen sollte vor diesem Hintergrund die Begrenzung durch regionale Währungen entgegenstehen, um den Abfluss in weltweit verzweigte Finanzströme zu vermeiden.

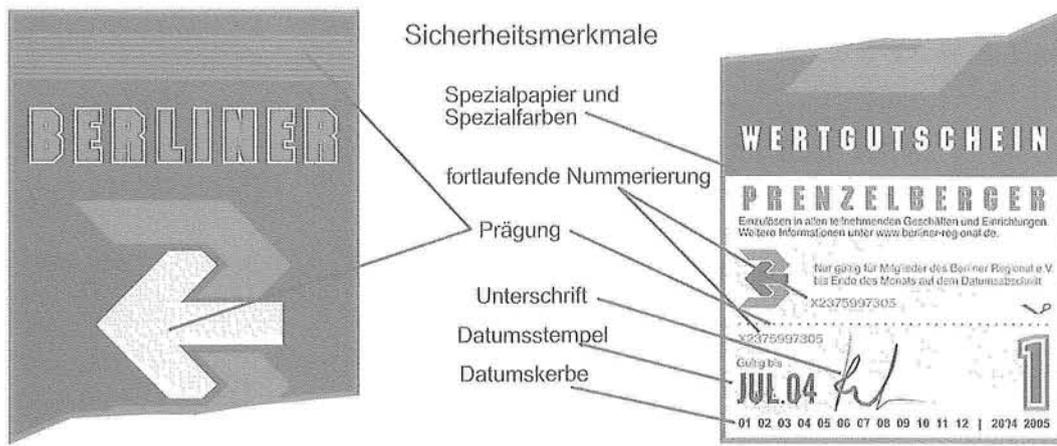
Auf internationaler Ebene ist derzeit zu beobachten, dass der Kreislauf des Geldes zunehmend unterbrochen wird: durch Konsumzurückhaltung und die abnehmende Neigung, langfristig zu sparen. Geldvermögen werden nur kurzfristig angelegt, da die Zinsen für Tagesgeld nur unwesentlich geringer sind als Guthaben-Zinsen für langfristige Anlagen. Daher wird immer mehr spekuliert (über 80 % der internationalen Finanzanlagen haben eine Anlagedauer von unter 7 Tagen; 98 % der täglich um den Globus fließenden Finanzströme sind rein spekulativ, nur 2 % werden in der Realsphäre zum Tausch von Gütern und Dienstleistungen umgesetzt). Doch nur langfristig angelegte Spargelder können das Angebot für langfristige Unternehmenskredite erhöhen und damit die Kreditzinsen für Unternehmen weiter senken, was die Wirtschaft wieder antreiben und viele soziale und ökologische Projekte rentabel werden ließe.

Als Ergänzung zu den weltweit verzweigten, überschuldeten und krisenanfälligen Währungssystemen bietet sich folglich der Aufbau von Zahlungsmitteln an, die regional zirkulieren und dazu dienen, regionale Wertschöpfung anzuregen, zu stabilisieren, zu steigern und nachhaltig zu gestalten³. Nicht ohne Grund dient und dient der Aufbau von komplementären Regiogeldern in Industrie- und Entwicklungsländern zur Prävention und Bewältigung von Krisen des herkömmlichen Finanzsystems⁴.

Regiogeld unterstützt regionale Wirtschaftskreisläufe...

- **durch regionale Kaufkraftbindung:** Die bewusste Begrenzung der Reichweite eines Regiogelds hält die Wirtschaftskraft der Region in einem umgrenzten Bereich. Dabei werden keine „harten“ Grenzen z.B. entlang von Verwaltungsbezirken gezogen. Vielmehr wird durch die Durchlässigkeit zum Euro-Raum ein organisches Wachstum angestrebt.

Im hier vorgestellten System ist ein Rücktausch des Regiogeldes in Euro jederzeit möglich. Allerdings ist beim Rücktausch eine Gebühr zu entrichten. Diese Gebühr erzeugt zwischen dem Regiogeld und dem Euro-Raum ein Gefälle, das die Teilnehmer motiviert, dem Einkauf mit Regiogeld gegenüber dem Rücktausch in Euro den Vorzug zu geben. Mit der weiteren Verbreitung des Regiogeldes innerhalb der Region kann dieses Gefälle durch eine Erhöhung der Gebühr verstärkt werden. Dies erhöht wiederum den Anreiz, Geschäftspartner zu suchen, die Regiogeld akzeptieren, um die Rücktauschgebühr zu umgehen. ▶



Gutschein-Netzwerks zwischen Konsumenten, Händlern und Produzenten genutzt werden. Falls ein Teilnehmer keine Verwendung innerhalb des Netzwerks findet, ist der Rücktausch in Euro abzüglich der 5%igen Spende jederzeit möglich. Die als Spende verwendete Rücktauschgebühr wirkt gleichzeitig als Anreiz, vor dem Rücktausch doch Ausgabemöglichkeiten innerhalb des Netzwerks zu finden. Dadurch wird die Bildung und Pflege von regionalen Wertschöpfungsketten stimuliert.

- **durch Unterstützung regionaler Wertschöpfungsketten:** Regiogeld macht regionale Wertschöpfungsketten sichtbar. Es erzeugt Bewusstsein für finanzielle Kreisläufe und deren positive und negative Auswirkungen auf Umwelt, Gemeinschaft und Individuum. Die Bereitschaft, regionale Produkte überregionalen bzw. globalen Produkten vorzuziehen, wird bewusst und nachhaltig erhöht. Die Identifikation mit der Region wird gefördert.

- **als effektives Marketingkonzept für den Einzelhandel:** Ein Erfolgsbaustein des Regiogeldes ist die Möglichkeit für Gewerbe, innerhalb des Netzwerks günstige Werbung zu machen, neue Kunden zu gewinnen und Kunden zu binden. Marketingbudgets können über das Netzwerk gebündelt werden und schaffen Synergieeffekte im Hinblick auf Kosteneinsparung und Effizienzsteigerung von Werbemaßnahmen. Über das Regiogeld als Kommunikationsmedium wird die Vernetzung der in städtischen und regionalen Wertschöpfungsketten eingebundenen Gewerbetreibenden untereinander und mit den Konsumenten gefördert.

Die Händler profitieren von der intensiveren Kundenbindung und von zusätzlichen Umsätzen, die sich durch den Einsatz des regionalen Tauschmittels ergeben. Überdies wird die Einführung und der Ausbau eines Regiogeldes von Marketingmaßnahmen begleitet, die den teilnehmenden Gewerbetreibenden zugute kommen.

- **durch die Pilotfunktion als innovatives Projekt:** Die Möglichkeit zur Identifikation mit einem innovativen und zukunftsfähigen Projekt als Gemeinschaftsaktion der Bürger/innen einer Stadt kann den Wirtschaftskreislauf zusätzlich beleben. Die lokale, regionale und überregionale öffentliche Resonanz auf das Pilotvorhaben kann dazu führen, dass die Bürger/innen ihr Regiogeld gern und bewusst verwenden.

- **durch zinsgünstige Darlehen für nachhaltige Projekte:** Mit zunehmender Akzeptanz des Regiogeldes ist geplant, einen Teil der durch die Ausgabe erzielten Euro-Rücklagen zinslos oder -günstig zur Kreditfinanzierung von gemeinwohlorientierten und nachhaltigen Projekten zu verwenden. Dies würde eine zusätzliche Belebung des regionalen Wirtschaftskreislaufs bewirken.

- **durch gemeinschaftsbildende Elemente:** Die Organisation der lokalen und regionalen Akteure in einem gemeinwohl-orientierten Regiogeld-Netzwerk verbindet die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe mit gemeinwohlorientierten Aspekten im Sinne der Agenda 21. Agendagemäß wird die soziale Verantwortungsbereitschaft der Menschen gefördert: So sind Spenden an gemeinnützige Projekte in der Region ein integraler Teil des Berliner Gutschein-Netzwerks.

Berliner Wertgutscheine sind „umlaufgesichert“

Um regionale Wirtschaftskreisläufe zu unterstützen, muss das Regiogeld zum Kauf von Waren und Dienstleistungen eingesetzt werden. Es darf nicht zurückgehalten und gehortet werden. Um dies zu erreichen, haben die Berliner Wertgutscheine eine auf sechs Monate begrenzte Gültigkeit. Danach entstehen Kosten für den Rücktausch in Euro oder den Umtausch gegen gültige Berliner Wertgutscheine. Die Kosten sind der Anreiz, die Berliner Wertgutscheine vor Ablauf weiterzugeben – ob für den Einkauf, als Leihgabe oder Schenkung. Denn wer die Berliner Wertgutscheine weitergibt, entgeht der Gebühr.

Wie soll der BERLINER funktionieren?

Eintausch

Mitglieder des Berliner Gutschein-Netzwerks können auf mehrere Arten Berliner Wertgutscheine erhalten: durch Bortausch in Geschäftsstellen, per Bote bei Abschluss eines Abonnements oder per dezentraler Verteilung über die angeschlossenen Vereine und Organisationen. Ein Berliner entspricht einem Euro.

95 % der beim Tausch gezahlten Euro werden zur Deckung der Gutscheine und für den Rücktausch auf einem Treuhandkonto eingezahlt. Die übrigen 5 % werden an gemeinnützige Projekte gespendet. Der Verein trifft in der Mitgliederversammlung eine Vorauswahl, aus der jedes Mitglied auswählt, welchem der Projekte die Spende zugute kommen soll.

Umlauf

Die Gutscheine können für Zahlungen innerhalb des

Rücktausch

Um die Gutscheine zurückzutauschen, wird der Datumsabschnitt des Gutscheins abgetrennt und an den Verein Berliner Regional per Post geschickt. Der Gutschein-Nennwert abzüglich der 5% Stadtteil-Spende werden dann auf das Konto des Teilnehmers überwiesen. Da nur auf dem unteren Teil des Wertgutscheins der Nennwert aufgedruckt ist, ist der Einkauf ohne den abgetrennten Datumsabschnitt nicht möglich. Falls die Abschnitte beim Versand verloren gehen, kann der Einsender mit dem Gutscheinrest den Wert nachweisen. Dieser wird auf Grundlage der auf beiden Teilen des Gutscheins vermerkten Registriernummer ermittelt. Diese Technik wird erstmalig beim Berliner Wertgutschein eingesetzt.

Gültigkeit

Die Berliner Wertgutscheine sind ab Ausgabe sechs Monate gültig. Die Gültigkeit wird durch einen Datumsstempel und Einkerbungen in einer Datumsleiste am Rand der Wertgutscheine angezeigt. Die begrenzte Gültigkeit sorgt dafür, dass die Wertgutscheine genutzt und nicht zurückgehalten bzw. gehortet werden. Nach Ablauf der Gültigkeit können die Wertgutscheine in gültige Wertgutscheine umgetauscht werden. Dabei wird eine Gebühr von 2% pro angefangenem Quartal nach Ablauf der Gültigkeit erhoben, die dem Trägerverein zugute kommt. Diese Gebühr wirkt ebenfalls als Anreiz, die Wertgutscheine vor Gültigkeitsablauf schnell auszugeben und nach dem Ablauf nicht ungenutzt liegen zu lassen.

Sicherheitsmerkmale

Damit das Risiko von Fälschungen minimiert wird, wurden einige Echtheitsmerkmale entwickelt: Alle Gutscheine werden mit nicht kopierbaren Echtfarben auf spezielles Faserpapier gedruckt. Der Datumsabschnitt als eigentlicher Wertträger enthält das gestempelte Gültigkeitsdatum, das mit einem Prägestempel gegen Änderungen gesichert ist. Zusätzlich zeigen nicht manipulierbare Einkerbungen am unteren Gutscheinrand das Ablaufdatum. Die Schneidelinie des Datumsabschnitts, das Berliner-Logo und die Querstreifen am oberen Gutscheinrand sind geprägt. Der Wertgutschein ist zweimal mit einer vielstelligen Registriernummer versehen, die von Fälschern äußerst unwahrscheinlich erraten werden kann. Beim Rück-

tausch kann jeder ausgegebene Wertgutschein anhand der Registriernummer auf Echtheit geprüft werden. Tauchen gefälschte Wertgutscheine auf, können Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Als weiteres Sicherheitsmerkmal wird der Datumsabschnitt mit der Originalunterschrift des Vereinsvorsitzenden versehen. (siehe Abbildung)

Mit der Ausweitung des Netzwerks und damit steigender Attraktivität für Fälscher sollen weitere Sicherheitsmerkmale wie Hologramm, Wasserzeichen und Schwarzlichtsicherung verwendet werden.

Wann kann es losgehen?

Mit Hilfe einer finanziellen Förderung der Gemeinnützigen Treuhandstelle e.V. konnten wichtige Grundlagen für die Entwicklung des „Berliner“-Gutschein-Netzwerks realisiert werden. Hierzu gehören insbesondere die Entwicklung des Gutscheinlayouts, eines Vereinslogos, Präsentationsmaterialien für die Akquise von Konsumenten, Händlern, Vereinen, Organisationen und Landwirten sowie für Vorträge.

Des Weiteren wurden die Sicherheitsmerkmale auf Grundlage der Erfahrungen beim bayerischen Pilotprojekt Chiemgauer festgelegt. Da im städtischen Umfeld höhere Anforderungen an die Fälschungs- und Transportsicherheit auf Grund der - im Gegensatz zum Land - geringen sozialen Kontrolle bestehen, wurden weitere Merkmale wie der Datumsabschnitt und der Echtfarbdruck entwickelt bzw. ausgewählt.

Die Initiatoren haben zudem ein Kreislaufsystem (Systemdesign) für die Gutscheinausgabe, -weitergabe und -rücknahme entwickelt und festgelegt. Zunächst ist die Ausgabe von Gutscheinen mit den Nennwerten 1, 5 und 20 geplant.

Die Homepage www.berliner-regional.de befindet sich im Aufbau. Der eMail-Verteiler zählt mittlerweile über 80 Interessenten aus Berlin, die Interesse an der Teilnahme am Berliner Gutschein-Netzwerk bekundet haben. Zehn Personen haben sich zudem für ehrenamtliche Arbeit im Projekt bereit erklärt.

Derzeit haben 26 Gewerbetreibende ihre Absicht zur Teilnahme am Berliner Gutschein-Netzwerk erklärt. Des Weiteren sind bisher zwei Vereine im Prenzlauer Berg zur Unterstützung ausgewählt: die Grüne Liga als Träger des Projekts und Kolle 37 e.V., ein Projekt für Kinder mit Abenteuerspielplatz, Handwerksangebot und sozialen Einrichtungen.

Für begleitende Forschung konnte das Forschungsprojekt „Regionaler Wohlstand – neu betrachtet“ gewonnen werden. Das Forschungsprojekt wird von der TU Berlin und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) getragen. Das Initiatoren-Team ist im regelmäßigen Austausch mit Projekten in Deutschland und Europa. Der letzte Kongress des „Regionetzwerks“ (Zusammenschluss der deutschen Regiogeld-Initiativen) mit 45 Teilnehmern aus Deutschland und Österreich wurde von den Initiatoren am letzten Januarwochenende 2004 in Berlin organisiert. In diesem Rahmen wurde das Projekt Berliner Wertgutschein in einer öffentlichen Veranstaltung 70 Interessierten mit sehr positiver Resonanz vorgestellt. Erste Anfragen

für Artikel und Interviews von Seiten der Medien – wie etwa des Mitteldeutschen Rundfunks – liegen vor.

Nächste Schritte

Aufbauend auf den bereits geleisteten Vorbereitungen zur Einführung des „Berliner“ Wertgutscheins und zum Ausbau des „Berliner“ Gutschein-Netzwerks sind bis Ende November 2004 folgende Tätigkeiten geplant:

• Vereinsgründung

Als Trägerorganisation für den Berliner Wertgutschein wird der Verein „Berliner Regional“ gegründet. Dazu wird zunächst eine Vereinssatzung erarbeitet und mit dem zuständigen Finanzamt zwecks Anerkennung der Gemeinnützigkeit abgestimmt. Als Vorlage dient die Satzung des Pilotprojekts „Chiemgauer“, dem die Gemeinnützigkeit bereits zugesprochen wurde. Die Gründung soll Ende Juli 2004 erfolgen.

• Verwaltung und Logistik

Zur Bildung des Berliner Gutschein-Netzwerks ist der Aufbau einer internen Infrastruktur für Verwaltung und Logistik notwendig. Nach der Einführung der Berliner Wertgutscheine muss diese betrieben, verbessert und ausgebaut werden.

Zu Abrechnungs- und Organisationszwecken wird eruiert, ob neue Verwaltungssoftware entwickelt werden muss oder existierende Software angepasst werden kann. Besonderes Augenmerk soll hier auf eine einfache Erweiterbarkeit sowie auf Wiederverwendbarkeit der Komponenten auch für Projekte in anderen Regionen gelegt werden. Denkbar sind beispielsweise Erweiterungen um Schnittstellen zu Tauschringen oder Bartersystemen⁵.

Um den Umlauf der Berliner Wertgutscheine zu organisieren, entsteht Arbeitsaufwand für die Verteilung, Rücknahme und Erfassung der Gutscheine in der Systemsoftware. Mit wachsender Teilnehmerzahl sinkt der spezifische Aufwand, insbesondere wenn Stadtteil-Geschäfte als Ausgabestellen fungieren und eine zunehmende Schließung von Kreisläufen erreicht wird.

• Marketing und Öffentlichkeitsarbeit

Um eine möglichst große Anzahl von Händlern, Konsumenten und Produzenten für das Gutscheinnetzwerk zu gewinnen, ist professionelle Akquisearbeit erforderlich. Hierzu sind Besuche bei Gewerbetreibenden, Vereinen, Initiativen und anderen Organisationen notwendig. Weiterhin ist die Organisation eines attraktiven Presse-Events beim Systemstart, die Erstellung von Info-Material sowohl in Papierform als auch online und ständige Presse- und Medienarbeit notwendig. Die Reaktionen auf das „Chiemgauer“-Projekt in Bayern⁶ lassen ein sehr großes Medieninteresse auch für das Berliner Projekt erwarten, mit entsprechendem Aufwand für Pressearbeit, -konferenzen und Kontaktpflege⁷. Zudem sollen Multiplikatoren auf allen Ebenen gewonnen werden, wie z.B. öffentliche Stellen, die IHK, Organisationen aus der Umweltschutzbewegung usw.

• Vernetzung

Die möglichst enge Vernetzung von Händlern, Produzenten und Konsumenten wird angestrebt, um regionale Wirtschaftskreisläufe effektiv zu unterstützen. Diese Vernetzungsarbeit wird besonders nach der Einführung der Wertgutscheine im September 2004 an Bedeutung gewinnen. Hierzu ist im November die Organisation einer Veranstaltung mit den Mitgliedern des Gutschein-Netzwerks geplant. Die Mitglieder erhalten so die Möglichkeit, ihre Angebote innerhalb des Berliner Gutschein-Netzwerks zu kommunizieren und die Angebote anderer Teilnehmer/innen kennen zu lernen. Durch das Gutschein-Netzwerk werden Wertschöpfungsketten sichtbar und tragen zur Bildung neuer Gemeinschaften aus untereinander bekannten und sich gegenseitig unterstützenden Teilnehmern bei. Das Organisationsteam des Berliner Gutschein-Netzwerks gewährleistet durch Beratung und Betreuung der gewerbetreibenden Vereinsmitglieder Feedback- und Anpassungsmöglichkeiten mit dem Ziel hoher Mitgliederzufriedenheit und Systemqualität. Des Weiteren hilft es bei der Suche nach neuen Geschäftspartnern und bei der Integration der Berliner Wertgutscheine in die Geschäftsabläufe.

Ein wichtiges Teilprojekt ist die Erstellung eines internetbasierten Branchenbuchs, in dem alle teilnehmenden Geschäfte und Produzenten verzeichnet sind. Auf dieser Grundlage wird zudem ein Branchenbuch in Papierform produziert, das regelmäßig den Mitgliedern des Gutschein-Netzwerks zugesandt wird. In 2004 ist eine Ausgabe für Mitte November geplant.

• Finanzierungsideen

Dem Berliner Gutschein-Netzwerk stehen grundsätzlich neben ehrenamtlichen Mitarbeitern finanzielle Mittel aus Spenden, aus kostenpflichtigen Werbemaßnahmen der gewerbetreibenden Vereinsmitglieder, aus Erlösen aus der Umtauschgebühr abgelaufer Berliner Wertgutscheine, aus dem Verkauf von Berliner Wertgutscheinen als Souvenir und aus dem Verkauf von Merchandising-Artikeln (T-Shirts, Mützen, etc.) zur Verfügung. Diese Quellen erschließen sich jedoch erst nach und nach, so dass weitere Finanzierungsquellen für das Jahr 2005 gesucht werden. Gemeinsam mit anderen Regiogeld-Projekten aus Deutschland und Europa ist ein Förderantrag bei der EU in Vorbereitung. Zudem werden weitere Fördermöglichkeiten, beispielsweise das Förderprogramm „Equal“, mit Hilfe der Gemeinnützigen Treuhandstelle e.V. geprüft und gegebenenfalls Förderanträge erstellt.

Zukunftsvision

Langfristig soll das System „Berliner Wertgutschein“ zusätzlich als regionales Kontenverrechnungssystem etabliert werden. Durch Schnittstellen zu Tauschringen und anderen komplementären Tauschmitteln können Menschen, die über wenig Kaufkraft, aber Zeit verfügen, wieder verstärkt in regionale Austauschprozesse integriert werden. Hierdurch kann zudem die Reintegration in reguläre Beschäftigungsverhältnisse erleich-

tert werden. In Zusammenarbeit mit der GLS Bank soll ein Mikrokreditsystem für die Region aufgebaut werden.

Die Autoren sind die Initiatoren des Projekts „Berliner“: Dr. Dag Schulze bringt als promovierter Experimentalphysiker naturwissenschaftlich/technisches Wissen wie auch organisatorische Erfahrung in das Projektteam ein. Er baute das WWF-Projektbüro Erneuerbare Energien in Berlin auf und betreute mehrere Wirtschaftskooperationen des WWF im Bereich Klimaschutz und Energie. Bei der solarmove. GmbH war er als Projektleiter für die Entwicklung und den Aufbau eines Stromtankstellennetzes in der Berliner Innenstadt tätig. Seit einiger Zeit beschäftigt er sich intensiv mit Komplementärwährungen.

Alexander Woitas ist Diplom-Wirtschaftsingenieur und war als Vorstand für Finanzen und strategische Unternehmensentwicklung einer Bio-Handelskette in

NRW tätig. Er ist selbständiger Berater eines mit EU-Mitteln geförderten Regiogeld-Projektes in Brandenburg und Referent zum Thema Komplementärwährungen und zudem aktiv im internationalen Organisationssteam der französischen Alliance21 zur Erforschung und Verbreitung des Themas Komplementärwährung (u.a. Workshops und Seminare zum Thema beim Europäischen Sozialforum 2003 in Paris und beim Weltsozialforum 2004 in Bombay). Herr Woitas ist zudem Vorstandsmitglied der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung, Frankfurt/M.

Jonas von Poser studiert Wirtschaftsingenieurwesen. Als EDV-Spezialist arbeitet er seit über vier Jahren bei der Berliner Softwarefirma Carano GmbH im Bereich Programmierung und Netzwerkadministration. Im Rahmen eines Praktikums bei democracy international war er für die interaktive Gestaltung der Webseite der „European Referendum Campaign“ verantwortlich.

ANMERKUNGEN

1 George Soros: „Die Krise des globalen Kapitalismus - Offene Gesellschaft in Gefahr“, Berlin 1998

2 siehe auch: Brunnhuber, Klimenta: „Wie wir wirtschaften werden, Szenarien und Gestaltungsmöglichkeiten für zukünftige Finanzmärkte“, erster Bericht der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste, Redline-Wirtschaft bei Ueberreuter, Frankfurt/Wien 2003

3 Bernhard Lietaer: „Das Geld der Zukunft“, 2002, Riemann Verlag

4 Dies zeigen in neuester Zeit u.a. die Beispiele Argentinien (Finanzkrise) und Japan (Wirtschaftskrise seit Anfang der 90er Jahre), sowie Bali (nachdem dort die Einnahmen aus dem Tourismusgeschäft nach dem verheerenden Attentat 2003 wegbrachen).

5 System zu bargeldlosen Verrechnung von Leistungen zwischen Unternehmen

6 Beiträge in überregionalen Zeitungen (Süddeutsche Zeitung), Magazinen (Brand eins) und im Fernsehen (Bayrischer Rundfunk, Österreichischer Rundfunk, ZDF, ARD), siehe auch Anhang

7 Bereits jetzt liegen regionale und überregionale Anfragen für Presseartikel und Interviews vor.



Auf eigene Rechnung

Eine Region in Bayern prägt ihr Geld selbst: den Chiemgauer

PRIEN, im Oktober. Der Vergleich zu den Galliern drängt sich auf. Ganz Europa wird vom Euro beherrscht. Ganz Europa? Nein, eine kleine Region im Südosten Bayerns druckt ihr eigenes Geld und macht nicht mit bei der Globalisierung. Den Vergleich mit Asterix will Initiator Christian Gelleri aber nicht mehr hören: „Der Chiemgauer ist keine Konkurrenz zum Euro.“ Stattdessen sei er eine ergänzende Währung, erklärt der Lehrer.

Vor einem Jahr startete Gelleri an der Waldorfschule in dem 10 000-Einwohner-Städtchen Prien mit sechs Schülerinnen der zehnten Klasse ein Firmenprojekt. Sie gründeten den Verein „Chiemgauer Regional-Verein für nachhaltiges Wirtschaften“. Das Ziel: Die Wirtschaft vor Ort sollte gestärkt und die Menschen dazu angeregt werden, ihr Geld in der Region auszugeben.

Das System funktioniert so: Für fünfzig Euro erhält der Nutzer fünfzig Chiemgauer und wird zugleich Vereinsmitglied. Mit dem neuen Geld kann überall dort eingekauft werden, wo das Schild „Wir nehmen Chiemgauer“ in der Eingangstür hängt. Achtzig Geschäfte beteiligen sich momentan - vom Dessous-Geschäft über den Buchladen bis hin zur Bäckerei. Die Firmen können mit dem Geld bei anderen Unternehmen einkaufen oder es am Ende des Monats bei den Schülern umtauschen. Dabei werden zwei Prozent Verwaltungsgebühr berechnet. Weitere drei Prozent werden gespendet, zum Beispiel für den Ausbau eines Kindergartens.

Die beteiligten Firmen verlieren dabei nicht einen Chiemgauer, denn sie können die Ausgaben von der Steuer absetzen. So soll ein Wirtschaftskreislauf entstehen, der Kunden, Unternehmen und Vereine im Chiemgau eng vernetzt.

Der Erfolg übertrifft alle Erwartungen: Knapp 40 000 Chiemgauer haben die Schülerinnen seit Jahresbeginn ausgedruckt und per Hand zugeschnitten. Immer mehr Menschen lassen sich die Zweitwährung im Abo zuschicken und pro Woche steigen ein bis zwei neue Geschäfte ein. Zunächst sei sie skeptisch gewesen, erinnert sich Hilde Kramm, Geschäftsführerin des Naturkostladens Biotop in Prien. Doch mittlerweile werden fünf Prozent ihres Umsatzes in Chiemgauern bezahlt und Kramm schätzt, dass sie durch die neue regionale Währung etwa zehn Prozent Neukunden gewonnen hat. Noch kommen die meisten aus dem Umfeld der Waldorfschule, doch immer öfter fragen Touristen nach den bunten Scheinen, mit denen die sonderbaren Bajuwaren im Voralpenland bezahlen.

Eine antike Idee

Das liegt nach Meinung von Christian Gelleri auch an den Medien. Neben der „Chiemgau-Zeitung“ haben Münchner Boulevardzeitungen über die Asterix-Region geschrieben und auch TV-Reporter saßen im kleinen Schulbüro. Dort erklärt Gelleri dann die Hintergründe des Projekts: „Es dürfen nur Geschäfte vor Ort teilnehmen, damit das Geld in der Region bleibt.“ Damit es ständig zirkuliert und nicht gehortet wird, verliert es nach einem Quartal an Wert. Die Idee an sich ist uralte: Der griechische Philosoph Diogenes forderte in der Antike, Münzen aus Knochen zu fertigen. Diese würden schnell beginnen zu stinken und deshalb gleich ausgegeben. Gelleri, der Wirtschaft und Informatik unterrichtet, orientierte sich am Freigeld, das der Volkswirt Silvio Gesell 1915 entwickelte. Dass ein solches regionales System funktioniert, zeigt die Schweizer WIR-Bank: Seit 1934 können Firmen Franken paritätisch in WIR umwandeln und diese bei den Teilnehmern ausgeben. Als ak-

tives Geld trägt es keine Zinsen und zirkuliert deshalb permanent. In der Schweiz ist jeder dritte Mittelständler Mitglied der WIR-Bank.

Absolut fälschungssicher

Bezogen auf die Region lässt Gelleri den Vergleich mit dem Gallierdorf gelten: „Eine Verbundenheit zur Heimat muss schon vorhanden sein, damit so ein System funktioniert.“ Zudem kennen sich die Leute vor Ort sehr gut, so dass es sich herumspricht, wenn etwas funktioniert - und Fälscher chancenlos sind. „Es würde auffallen, wenn ein Fremder mit einer großen Menge Chiemgauer einkaufen würde“, sagt Theresa Landstorfer. Die 17-Jährige ist für die Produktion der Scheine zuständig, die es zu einem, zwei, fünf, zehn und zwanzig Chiemgauern gibt. Mit Prägelogo, UV-Lichtkennung, aufgeklebten Quartalsmarken und zwei Unterschriften sind die Scheine ziemlich sicher. Manche sind sogar schon zu Sammlerstücken geworden.

Von diesem Engagement ist auch der Lehrer begeistert: „Die Mädchen sind selbstbewusster geworden“, sagt Gelleri. „Sie verhandeln viel besser mit Geschäftsleuten als ich.“ Jede der sechs ist für einen Bereich wie Marketing oder Buchhaltung zuständig. Sieben Stunden pro Woche wird gearbeitet - die eine Hälfte fällt in den Unterricht, die andere wird der Freizeit geopfert.

Gelleris Traum ist es, dass es bald Girokonten für die Abrechnung in Chiemgauern gibt. Erste Gespräche mit Banken hat es schon gegeben. Aber zunächst muss die Gruppe verstärkt werden, denn die Chiemgauer-Schüler machen bald Abitur. Zwei Jungs werden gerade angeleitet und eigentlich sollte es an Interessenten nicht mangeln, denn: Geld stinkt nicht, hieß es in der Antike. Womit man doch wieder bei den alten Römern wäre.

Berliner Zeitung, 10.10.2003

Komplementärwährungen in Europa

Ein Überblick über Experimente in den letzten 30 Jahren

VON AGNIESZKA KOMOCH, STEYERBERG

Bis zum Mauerfall waren konkrete Komplementärwährungsprojekte auf Westeuropa begrenzt. Die Gründe lagen auf der Hand: Der sozialistische Staat hätte Versuche, die zur Einführung von Komplementärwährungen hätten führen können, nicht geduldet. Die nationalen Währungen ließen sich für den normalen Bürger nur mit viel Mühe mit den westlichen verrechnen. Nur der Dollar hatte eine Sonderstellung, weil man mit ihm bestimmte Leistungen und Produkte kaufen konnte, die mit der nationalen Währung nicht zu bekommen waren. Es gab eine beträchtliche Menge an Dollars, die in den Ostländern zirkulierte und als Zahlungsmittel funktionierte. Man kann also sagen, dass der Dollar - und auch die D-Mark - die ersten Komplementärwährungen in der Nachkriegsgeschichte Osteuropas waren. Die Menschen fanden und finden stets Wege, über die sie Bedürfnisse, die durch die nationalen Währungen nicht erfüllbar sind, mit Hilfe von zusätzlichen Währungen realisieren können.

Aus dieser Situation erklärt sich, dass es mehr lokale Währungsprojekte in Westeuropa gibt - und dass dies insgesamt ein Thema ist, das überwiegend in Westeuropa diskutiert und weiter entwickelt wurde. In den letzten 5 Jahren (größtenteils inspiriert durch Aktivitäten, die im Lebensgarten Steyerberg e.V. initiiert wurden) haben sich jedoch auch in Osteuropa Interessengruppen gebildet, die an dem Thema arbeiten: besonders in Slowenien, Ungarn und Polen. LETS-Gruppen und Zeitbanken funktionieren seit ein paar Jahren auch in der Slowakei, der Tschechischen Republik und Bulgarien.

Bei der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung und der Europaerweiterung ist zu erwarten, dass die Diskussion und praktische Ansätze zum Thema Lokalisierung und Regionalisierung der Wirtschaft auch dort an Wichtigkeit gewinnt. Vielleicht braucht es erst die Einführung des Euro in den EU-Kandidatenländern, um die schwierige Lage der Wirtschaft in ganz Europa richtig klar werden zu lassen. Die Kompetenzen, die in den westlichen Ländern zum Thema regionales Wirtschaften und Komplementärwährungen aufgebaut wurden, sind ein wirklicher Schatz, und die entwickelten Konzepte sollten so schnell wie möglich die Interessengruppen, Politiker und den Behörden im Osten erreichen.

Initiativen von Frankreich bis Polen

Es gibt in Europa zahlreiche Initiativen, die an der Einführung eines Regional- oder Lokalgeldes arbeiten. Das Projekt SOL in Lille (Frankreich) hat die Chance, der erste professionell gestaltete Versuch in diesem



Land zu sein - und zwar nicht nur als regionales Geld, sondern auch als komplementäre Währung auf nationaler Ebene. Das so genannte „elektronische und solidarische Geld“ wird in Zusammenarbeit mit Partnern wie Macif (einer Versicherungsfirma) und „Chèque déjeuner“-Service Schecks für Mitarbeiter von großen Firmen geplant. Unterstützung bekommt es auch von Medien wie „Le Monde Diplomatique“ und „Transversales Science Culture“, die einen sehr großen Einfluss auf die Anti-Globalisierungsdebatte in Frankreich und Europa haben. Solidarisches Geld oder Soziales Geld sind die Namen, unter denen Komplementärwährungen in Frankreich (und auch in Spanien) diskutiert werden. Die Einführung des SOL wurde in einem Konsultationsprozess unter dem Titel „Neue Faktoren des Wohlstands“ vorgeschlagen, der vom Staatssekretariat für Wirtschaft angeleitet wurde.

An der Einführung einer elektronischen Komplementärwährung sind auch 66 kleine Gemeinden im **Steirischen Vulkanland in Österreich** interessiert. LAVA (Lokales Austauschmedium Vulkanland Austria) soll der Region dienen, indem es den Kapitalabfluss verhindert, Absatzmärkte für Kleinunternehmer schafft und außerdem die Verbindung von Sektoren wie Landwirtschaft, Verkehr, Ernährung und Tourismus stärkt. Das Projekt wird wahrscheinlich im Jahr 2005 starten.

Eine andere interessante Initiative ist ein Währungsprojekt für **London**, an dem Michel Linton, der „Erfinder“ von LETS, arbeitet. Es gibt in London 32 Zeitbanken, die unter einen gemeinsamen Verband arbeiten. Die Zeitbank ist ein Modell, das in Großbritannien sehr verbreitet ist. Es gibt um die 120 davon im ganzen Land, und dazu noch unzählige LETS-Gruppen. Das Welsh Institute für Community Currency in Süd-Ost-Wales hat mit Hilfe von EU-Strukturfonds 16 Zeitbanken in 6 Gemeinden eingeführt und in Zusammenarbeit mit der Universität Newport deren Einfluss auf die Stärkung der lokalen Gemeinschaften und der Wirtschaft

in einer Region, die von hoher Arbeitslosigkeit, und einer Ökonomie, die von Kohlegewinnung geprägt war, beobachtet.

Schon drei Jahre zuvor war die Einführung des „walisischen Pfunds“ in der Region diskutiert worden - inspiriert übrigens durch einen Besuch des Währungsexperten Bernard Lietaer. Aber erst die Zeitbanken haben sich als Initiativen erwiesen, die tiefere Wurzeln in der Sozialen Masse schlagen konnten.

Auch in **Polen** wird an einem lokalen Wirtschaftskreis gearbeitet. Ein Projekt in Warszawa läuft unter den Namen „Green House Reputation System“ und verbindet Zeitbanken mit Umlaufsicherung. Das System ähnelt der von der niederländischen Aktie Strohhalm propagierten 3C (Commerce and Consumer Circuit)-System.

Im Europäischen Raum gab es bislang zahlreiche Versuche von Gruppen, die an Komplementärwährungen arbeiteten, aber aus verschiedenen Gründen aufgehört haben zu existieren. Von den Projekten, die es formell nicht mehr gibt, ist vielleicht als wichtigste die ROMA-Währung in Irland zu erwähnen. ROMA steht für die ersten zwei Buchstaben der Grafschaften Roscommon und Mayo, in denen die Währung zirkulierte. Und in Schottland versuchte man das so genannte SOC-System einzuführen, das den Austausch unter Unternehmen fördern sollte (beide waren Teil eines durch die EU geförderten Projekts). Richard Douthwaite hat diese Beispiele ausführlich dokumentiert (wie z.B. im „YES!“ Magazin aus den USA, Frühjahr 1999).

Vier lokale Komplementärwährungen funktionieren bis heute auf jeden Fall: der Løn in Dänemark, der Credito in Italien, der EKO in Schottland und der Eco-Aspromonte in Süditalien. Noch handelt es sich allerdings bei jeder dieser Währungen um Nischen bzw. um relativ kleine Gruppen von Menschen (400 bis 1000), die zusammen etwas verändern möchten - und das ohne große Hilfe von außen. Gemeinsam ist diesen Lokalwährungen, dass sie soziale und ökologische As-

pekte mit der Währung verbinden und eine Stärkung der lokalen Wirtschaft nachweisen können.

Løn / Dänemark

Im Jahr 1997 hat der Freistaat Christiania (ein autonom verwalteter Stadtteil von Kopenhagen) ein neues Experiment angefangen: Man fing an, eigene Münzen zu prägen. Das Motto von Christiania, das auch auf manchen Münzen zu sehen ist, lautet: „Lebe und lass Anderen Leben“. Über 10.000 Münzen wurden bis heute im Umlauf gesetzt. Mit dem Løn (deutsch: Lohn, 1 Løn = 50 Dkr oder 6,7 Euro) kann man in jedem Laden, jedem Restaurant und jeder Institution von Christiania (d.h. in ungefähr 20 Geschäften) bezahlen. Den Beteiligten ist es freigestellt, ob sie das Wechselgeld in der lokalen Währung akzeptieren. Die Währung ist aber zu 100 % in Dänischen Kronen abgedeckt, und die sog. Währungsgruppe organisiert die Münzprägung in Abstimmung mit der „Goldreserve“, dem Garantiefonds in Kronen.

Die Münzen werden auch von den Touristen mitgenommen und dadurch praktisch aus dem Umlauf gezogen. Auf diese Weise wandern zusätzliche Kronen in den Fonds und schaffen damit die Möglichkeit, gemeinsame Projekte zu fördern. Bis zum Jahr 2003 gab es z.B. einen Überschuss von 3.000 Løn. Einmal im Jahr werden 90 % des Überschusses an ökologisch und sozial nützliche Projekte vergeben. Die restlichen 10 % werden für Ausbildungen und Stipendien verwandt. Wenn alle in Christiania die alternativen Münzen für ihre lokalen Besorgungen nutzen würden, könnte man 50 % der Reserven ohne Risiko investieren oder als zinsfreie Kredite an Kleinunternehmen vergeben.

Es hat sich als schwierig erwiesen, die Unternehmen davon zu überzeugen, den Løn an ihre Kunden weiterzugeben bzw. ihn auch für interne Abrechnungen untereinander zu nutzen. Vielleicht ist der Mangel an Umlaufsicherungsmechanismen und an Überzeugung unter den 1.000 Einwohnern Gründe dafür. Jedenfalls könnte die Anzahl der Münzen ohne Gefahr einer Inflation um das Zehnfache steigen, wenn die potenziellen Kreisläufe richtig genutzt wären. Das Potenzial des Løn ist also noch nicht ausgeschöpft. Eine Weiterentwicklung der Idee sind z.B. Münzen, die zur Unterstützung eines bestimmten Projektes geprägt und in Umlauf gesetzt werden können.

*Utopiske Horisonter, Christiania, 1407 Kopenhagen K
Tel.: 0045 3254 6536 - utopia@christiania.org - www.christiania.org/utopia*

Credito / Italien

Der „Credito“ im Tal von Valchiusella ist wahrscheinlich eine der ältesten Komplementärwährungen in Europa. Gestartet in den früheren 80er Jahren, ist der Credito eng mit der Gründung der Gemeinschaft „Damanhur“ in Nordwest-Italien verknüpft.

Die Geschichte des Credito begann in den Siebziger Jahren, als Mitglieder dieser Gruppe einen Fonds bildeten, um Häuser und Land kaufen zu können. Intern bezahlte man sich gegenseitig mit Gutscheinen, während man für die Leistungen und Produkte, die nicht lokal erstellt wurden, Lire ausgab. So verdoppelte man praktisch die Geldmenge. Mit der Zeit wurden die Vorteile eines solchen Systems deutlicher, und man perfektionierte den Credito: Wertigkeiten aus Papier, Keramik und Kupfer (ja sogar aus Silber und Gold) dienen zu Abwicklung von internen Geschäften - wobei die zwei Letzteren mehr als Sonderausgabe gelten. Damanhur liegt in einem unterentwickelten Tal von Valchiusella. Große Industrien wie Fiat und früher Olivetti aus Turin entscheiden über das Schicksal von vielen in dieser Region. Durch günstige Kredite, ein starkes Netzwerk von Kleinunternehmen und die lokale Währung konnte in den letzten 35 Jahren über 60 Geschäften auf die Beine geholfen werden, die wiederum zum allgemeinen Wohlstand im Tal beitragen. Lebensmittelproduktion, Handwerk, hochspezialisierte Dienstleistungen und Kultur tragen dazu bei, das Tal wieder zu beleben. Alle Geschäfte, die den Credito akzeptieren (und in dieser Währung auch die Mitarbeiter bezahlen) sind in einer Genossenschaft organisiert. Die beteiligten Unternehmer verpflichten sich, untereinander in Credits zu handeln. Über 1200 Menschen benutzen diese völlig legale Währung, hinzu kommen Touristen und Gäste.



Die Menge der Credits ist zu 100 % durch einen Fonds in Euro gesichert, und zur jede Zeit besteht die Möglichkeit, Credits in Euro zu wechseln. Es gibt sogar einen Wechselautomat im Dorf Baldissero.

Zwei Instanzen sorgen dafür das dieses Geld richtig funktioniert: eine Ausgabebehörde, die neue Münzen und Scheine produziert, die Menge des Geldes im Umlauf kontrolliert und dafür sorgt, dass keine Inflation entsteht. Der Euro-Fonds bildet eine Form der Sicherheit, die zweite wird durch eine Immobiliengenossenschaft hergestellt. Es gibt einen Kreditdienst, der Kredite in Euros oder Credits an die Mitglieder oder Geschäfte verleiht. Währungspolitisch interessant ist die Beobachtung, dass bei einer krisenhaften Entwicklung der „normalen“ Wirtschaft die Nachfrage nach Credits regelmäßig steigt.

Der Credito hat keine Umlaufsicherung: Er funktioniert nur, weil eine Anzahl von Menschen verstanden hat, dass eine lokale Währung deutlich zum Wohlstand und zur Entwicklung aller Beteiligten beiträgt.

Die Menschen aus Damanhur fördern die Idee einer Gemeinwohl-Ökonomie und die Einführung von Komplementärwährungen durch intensive Öffentlichkeitsarbeit mit praktischen Beispielen: 1999 wurde in Damanhur eine internationale Tagung durchgeführt unter dem Titel „Struktur und Ökonomie mit Vision: wie können wir neue sozial- und Wirtschaftssysteme für unsere Dörfer kreieren?“ Bei dieser Gelegenheit wurde u.a. die Vision von „Ekopia“ in Schottland vorgestellt, die 3 Jahre später realisiert wurde.

*Föderation Damanhur, 10080 Baldissero Canavesella
Lien, Tel +39 0124 512205, federation@damanhur.org
www.damanhur.org*

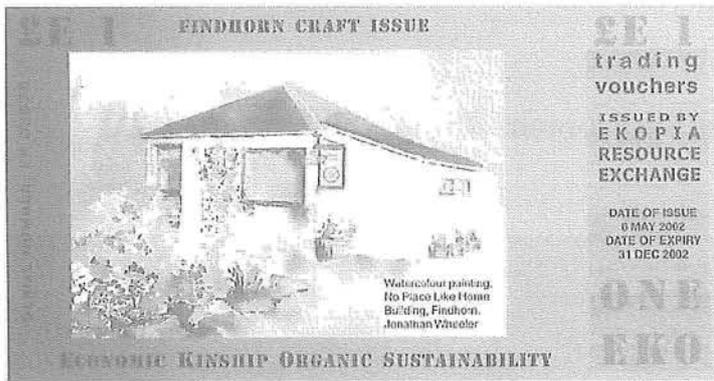
EKO's Findhorn, Scotland

In Nordschottland, in der kleinen Stadt Findhorn, gibt es seit Mai 2002 den EKO. Es handelt sich um eine ausgeprägt lokale Währung. Die EKO's werden vor allem von den 400-500 Mitgliedern der Gemeinschaft Findhorn in Umlauf gebracht. Ekopia - eine Genossenschaft, die der Herausgeber von EKO's ist - hat einen Fond für lokale Investitionen gegründet, die über den EKO finanziert wird. Als erstes Projekt wurde in der Zusammenarbeit mit einem Naturkostladen ein Platz für die lokalen Künstler geschaffen. Andere lokale Geschäfte können durch Ekopia günstige Kredite bekommen. David Hoyle, Gründer von Ekopia, sagt: „Wir glauben, dass der EKO eine simple, innovative und „empowering“ lokale Währung ist, die Wohlstand für die Gemeinschaft und Inspiration für die Bewegung der Lokalbindung bringen wird; die uns gleichzeitig hilft, unsere gemeinsame ökonomische Identität und unsere Beziehungen zu vertiefen.“ Mit anderen Worten: Der EKO entstand aus dem Slogan „Denke global, handle lokal“.

Der EKO wird in ungefähr 15 kleinen Läden und Geschäften benutzt. Im Mai 2002 wurden Ekos im Wert von 80.500 Pfund Sterling gedruckt. In der Folge wurde der Fonds auf 100.000 Pfund erhöht. Nach



Den Løn gibt es bislang in 7 Ausführungen, die verschiedene Motive aus Christiania zeigen. Er besteht aus Kupfer oder Messing (eine Sonderausgabe existiert in Silber).



18monatiger Testphase hat der EKO Werte im Höhe von 150.000 Pfund geschaffen, und die Scheine sind ungefähr acht Mal zirkuliert. EKO's entsprechen dem Pfund. Die Scheine können für 1,5 bis 20 Pfund gekauft werden. Jeder Schein hat ein Gültigkeitsdatum. Die derzeit im Umlauf befindlichen Scheine sind bis Januar 2006 gültig. Per Gesetz können die EKO's nicht jederzeit zurück in Pfund gewechselt werden - außer wenn sie ihre Gültigkeit verlieren. Die beteiligten Geschäfte können sie beim Ablauf ihrer Gültigkeit in Pfund umtauschen oder aber neue Scheine bekommen. Die Kunden müssen die EKO's im Umlauf schicken, um einen Nutzen von ihnen zu haben. Im Moment fängt man an, die Gutscheine mit Rabattmöglichkeiten zu verbinden. Zur Überraschung von Ekopia war der größte Vorteil der Einführung des EKO nicht die Stärkung des lokalen Austauschs, sondern vielmehr die Ersparnisse an Bankgebühren, die Kleinunternehmen machen konnten, indem sie einen Teil ihres Handels über EKO's durchführten. Als Zukunftsvision hat Ekopia die Unterstützung von Gemeinschaftsbildenden Projekten weltweit.

Ekopia Resource Exchange Ltd, The Park, Findhorn, IV36 3TZ, Morayshire, Scotland, Tel/Fax: +44 (0)1309 691258, Email: ekopia@findhorn.org, www.ekopia.findhorn.com

Eco-Aspromonte, Italien

Die neueste Komplementärwährung in Europa ist das Projekt Eco-Aspromonte in der italienischen Region Calabrien. Lanciert im Dezember 2003 in Mailand im Bürogebäude der dortigen Börse, hat das Projekt viel Aufsehen erregt. Die Währung wird vor allem als lokales Zahlungsmittel im Aspromonte-Nationalpark und den dortigen Geschäften und Kleinläden, die ein Abkommen mit der Parkbehörde haben, benutzt. Das Projekt wird von der Ethischen Bank in Padova (Banca Popolare Etica di Padova) unterstützt.

Die Italienische „La Repubblica“ berichtete am 17. Dez. 2003 über den Eco-Aspromonte: „Unter anderem wird er ein starkes Element von Interesse und

einige Touristenattraktion darstellen, er wird den Verkauf typischer Güter und Produkte des Gebietes fördern und auch einfach als Kunstgegenstand geschätzt werden. In der Tat haben die Banknoten auch ästhetischen Wert, sie wurden von einigen über einen landesweiten Wettbewerb ausgewählten Künstlern Entworfen.“ (Übersetzung: Josef Hasslberger)

Die Gutscheine gibt es in vier Einheiten: 1, 2, 5 und 10. 1 Eco-Aspromonte entspricht 1 Euro. Die Währung funktioniert mit Umlaufsicherung. Die Scheine verlieren ihre Gültigkeit nach einem bestimmten Datum (für aktuelle Scheine ist dies der 21. November 2004). Die Währung ist legal (laut Gesetz vom 20.4.1978, Nr.154) und wurde sogar vom Staatlichen Drucklegungs- und Prägestitut gedruckt. Die Park-Behörde arbeitet im Moment daran, genügend Wechselstuben einzurichten. Abkommen mit anderen Geschäften und Unternehmen in der Nähe des Parks und auch mit Gemeinden, die die Vorteile gern nutzen würden, sind im Entstehen. Im Dezember 2003 waren es vier Verkaufsstellen und 7 Geschäfte, die die Währung annahmen. Wenn man in diesen Läden in Eco-Aspromonte bezahlt, bekommt man 5% Rabatt. Tourismus ist hier ein wichtiger Faktor, der für die Verbreitung der Idee natürlich eine wichtige Rolle spielt: Als eine der Zielgruppen werden Touristen angesprochen, denen der Nutzen für den Park klar gemacht wird. Auf der anderen Seite bringen die Touristen frische Euros herein, die in Form des Eco-Aspromonte an den Ort gebunden werden.

Über den Eco-Aspromonte wird gesagt, er sei ein Geld, das für etwas und nicht gegen etwas geschaffen wurde. Es handelt sich nicht um den Versuch, den Park vom Eurogebiet zu isolieren, sondern vielmehr die erste italienische Währung, die auf die lokale Ebene begrenzt und mit einer Umlaufsicherung verknüpft ist. Der Eco erfüllt drei traditionelle Funktionen des Geldes: Zahlungsmittel, Zahlungseinheit (account unit) und Tauschmittel. Man kann die Eco-Aspromontes nicht sparen. Aber er hat auch andere Aspekte: eine ästhetische (für Touristen ist es ein schönes Souvenir aus dem Park, was viele Euros in die Kasse fließen lässt) und eine ökologische Dimension: Die Währung wird benutzt, um bestimmte ökologische Initiativen im Park zu fördern (erneubare Energien, Ökotourismus, lokale Lebensmittelprodukte).

Auf den 77.000 Hektar Fläche des Parks befinden sich 38 Gemeinden. Es gibt also genügend Produkte und Dienstleistungen, die im Park ausgetauscht werden können. Der Park verfügt über eine Übersicht über die Produzenten von typischen südtaliesischen Delikatessen (online unter <http://www.atlanteparchi.com/parco.nazionale.aspromonte/index.html>), die eine sehr lange Geschichte haben. Zum Beispiel wurde das Eau de Cologne im Aspromonte erfunden, obwohl

sein Erfinder später nach „Colognia“ in Deutschland emigrierte.

Via Aurora, snc, 89050 Gambarie di S.Stefano in Aspromonte, Tel. 0039 0965-743060, Fax 0039 0965-743026, enteparcoaspromonte@tin.it, www.parcaspromonte.it

Wie weiter mit den Komplementärwährungen?

Mittlerweile haben sich in vielen Teilen Europas haben regionale Wirtschaftsstrukturen, zum Teil mit eigenen Komplementärwährungen, entwickelt. Das Auftauchen alternativer Währungen in immer kürzeren Intervallen dokumentiert eindrucksvoll die Dynamik, mit der zur Zeit selbstständige ökonomische Subsysteme entstehen. Dennoch sind die meisten dieser Währungsexperimente bislang ein „Nischenphänomen“. Um die damit verbundenen Fragen an das Selbstverständnis und die Verbreitungsstrategie von regionalen Währungen zu erörtern, wird im Juni ein „Europäisches Forum“ in Bad Honnef stattfinden. Bei dieser Tagung wird es darum gehen, einen Überblick über die bereits existierenden Komplementärwährungen und ihre Genese zu gewinnen, ihre Bedeutung für zukünftige wirtschaftliche Entwicklungen in den Regionen zu diskutieren und ihre Rolle in der Gesamtwirtschaft sowie für die sozialen Sicherungssysteme zu verdeutlichen.

Die Tagung eröffnet ein kreatives Diskussionsforum und wird den persönlichen konkreten Erfahrungsaustausch fördern. Sie soll strategische Kooperationen ermöglichen und einen wesentlichen Beitrag zur dynamischen Entfaltung eines entsprechenden Netzwerkes liefern. ●

Weitere Informationen zum Europäischen Forum auf der Seite 4 im Inlet dieser ZUKÜNFTEN sowie unter www.ksi.de

Weitere Links zu den hier erwähnten Projekten: www.ultimoround.com/projects



Agnieszka Komoch, Jg. 1968, dänisch-polnisch, arbeitet seit 1997 mit Organisationen zusammen, die Lösungsansätze zu einer sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung in Europa und weltweit ausarbeiten. Sie war 3 Jahre lang Vorsitzende des

Europäischen Ökodorf-Netzwerks (GEN-Europe). Sie wohnt und arbeitet im Ökodorf „Lebensgarten Steyerberg“ in Niedersachsen. Seit 1999 ist sie im Kontakt mit verschiedenen Komplementärwährungsgruppen in Europa. In Zusammenarbeit mit dem Katholisch Sozialen Institut in Bad Honnef bereitet sie z.Z. die Tagung „Komplementärwährungen in Europa“ vor.

Regionales Geld

als innovatives Instrument der Lokalen Agenda 21

VON RALF BECKER, AACHEN

Wirtschaftliche Krisenerscheinungen verunsichern zur Zeit nicht nur in Deutschland die Menschen: Der wirtschaftliche Kreislauf, der noch gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts zu funktionieren schien, gerät immer öfter ins Stocken. Die herkömmlichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zeigen immer weniger Wirkung und führen unsere Staats- und kommunalen Haushalte in eine Verschuldungsspirale, wie wir sie bisher nur aus Entwicklungsländern kennen.

Die steigende Arbeitslosigkeit verursacht zudem steigende Sozialkosten, sinkende Steuereinnahmen führen zum finanziellen Kollaps des Staates und der Kommunen – freiwillige und bisher gesetzlich garantierte Sozialleistungen müssen gekürzt werden. Das bislang vorherrschende Sozialsystem steckt in einer tiefen Krise. Auch von der Kommission zur zukünftigen Finanzierung der Kommunen in Deutschland ist keine tragfähige Lösung der Probleme zu erwarten.

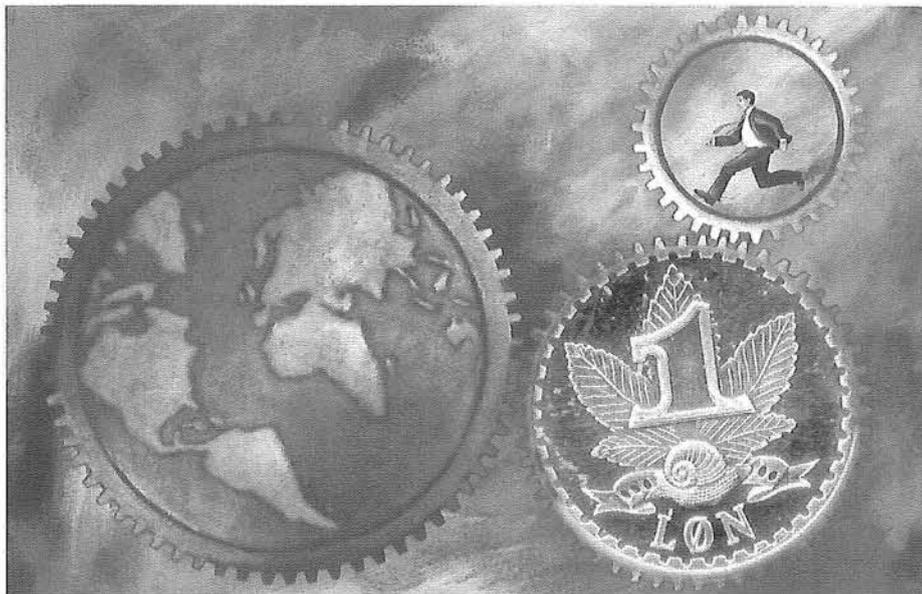
Haushaltssicherungskonzepte auf kommunaler Ebene, auf EU-Ebene (Maastrichter Verträge) und auf weltweiter Ebene (Strukturanpassungskonzepte des IWF) verschleppen inzwischen nur noch eine wirklich tragfähige Lösung der Finanzkrisen. Notwendig ist eine grundlegende Reform des Finanzsystems, wie sie bereits zur Zeit der großen Weltwirtschaftskrise 1930 weltweit vorgeschlagen und diskutiert wurde.

Regiogeld: eine Antwort auf Finanzkrisen?

International ist eine Abkopplung der Finanzströme von den Warenströmen zu beobachten (80 % der internationalen Finanzanlagen haben eine Anlagedauer von unter 7 Tagen), die zunehmend zu weltweiten Finanzkrisen führt. Die Auswirkungen dieser Finanzkrisen wie in Asien, Argentinien und Russland konnten bisher weitgehend von unserem Finanzsystem ferngehalten werden.

Internationale Finanzexperten wie George Soros prophezeien inzwischen, dass eine der nächsten Krisen auch Europa entscheidend verunsichern wird. Der geschäftsführende Direktor des IWF betont, dass er nicht für die Sicherheit des internationalen Finanzsystems garantieren könne und gibt zu, dass das Finanzsystem selbst inzwischen immer häufiger zur Ursache von Wirtschaftskrisen wird.

Finanzkrisen wie in Argentinien oder Südostasien führen regelmäßig zu einer Zerrüttung der Wirtschaft und der ganzen Gesellschaft. In solchen Krisensituationen kann der Aufbau von komplementären Regiogeldwährungen zu deren Prävention und Bewältigung beitragen. In Deutschland, Österreich, der Schweiz und



den USA kam dieses Modell in zahlreichen Kommunen während und nach der großen Weltwirtschaftskrise um 1930 erfolgreich zum Einsatz. In Argentinien entstanden in den letzten Jahren landesweit Regiogelder in Form der „Creditos“ als Antwort auf die nationale Finanzkrise und den Zusammenbruch der Wirtschaft. Entsprechende Modellversuche sind auch in verschiedenen europäischen Ländern bereits angelaufen.

Die Selbsthilfeaktion der Gemeinde Wörgl

Bereits 1930 befanden sich viele Kommunen weltweit in einer ähnlichen Überschuldungssituation wie heute. Die große Weltwirtschaftskrise mit stark ansteigenden Arbeitslosenzahlen wird nicht zufällig heute immer häufiger als Vergleich zu unserer heutigen wirtschaftlichen Situation herangezogen.

Krisenzeiten sind jedoch auch stets Chancen zur Einführung und Erprobung neuer Modelle und Systeme. So überzeugte der Bürgermeister der finanziell ruinierten österreichischen Gemeinde Wörgl 1932 seinen Gemeinderat, mittels der Ausgabe eines umlaufgesicherten Regiogeldes auf die Krise zu antworten. Einstimmig über alle Parteien hinweg wurde die Ausgabe einer kommunalen Währung beschlossen.

Mittels sogenannter „Arbeitsbestätigungsscheine“ konnte die regionale Wirtschaft unabhängig von der landes- und weltweiten Wirtschaftskrise wieder in Schwung gebracht werden. Als Zaubertrick fungierte eine Geldumlaufversicherung mittels einer geringen Gebühr, die zur schnellen Weiter- und Ausgabe des kommunalen Geldes führte.

Auf der Rückseite der Arbeitsbestätigungsscheine der Gemeinde Wörgl hieß es: „Langsam umlaufendes

Geld hat die Welt in eine unerhörte Wirtschaftskrise... gestürzt. ... Es ist Zeit, durch klares Erkennen und entschlossenes Handeln die abwärtsrollende Wirtschaftsmaschine zu retten... Die Menschen leben vom Austausch ihrer Leistungen. Der langsame Geldumlauf hat den Leistungsaustausch zum großen Teil unterbunden und Millionen arbeitsbereiter Menschen haben dadurch bereits ihren Lebensraum im Wirtschaftsgetriebe verloren. – Der Leistungsaustausch muß daher wieder gehoben... werden. Diesem Ziel dient der Arbeitsbestätigungsschein der Marktgemeinde Wörgl.“

Innerhalb eines Jahres nach Einführung des Regiogeldes konnte die Gemeinde Wörgl bereits Schulden abbauen. Die Arbeitslosenrate in Wörgl reduzierte sich um 25 %, während sie im Landesdurchschnitt im gleichen Zeitraum um 10 % zunahm.

Das Wörgler Regiogeld war so erfolgreich, dass im Jahr darauf bereits hunderte österreichischer und deutscher Kommunen ein Regiogeld einführen wollten, was jedoch trotz des Erfolgs in der damaligen Form von den Nationalbanken – womöglich aus volkswirtschaftlicher Unkenntnis – verboten wurde. Die in dieser ZUKÜNFT-E-Ausgabe vorgestellten Konzepte zeigen die Möglichkeiten für Kommunen auf, ganz legal durch die Ausgabe eines eigenen Regiogeldes kreativ auf ihre Finanzkrise zu antworten.

Regionalisierung als Leitbild der Agenda 21

Die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und der daraus resultierenden sozialen Beziehungen gilt seit der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ des Wuppertal-Instituts als bedeutendes Leitbild von Nachhaltigkeit. Regionalisierung gilt als zukunftsfähiges

Instrument zur Herstellung einer Balance zwischen wirtschaftlicher Effizienz auf der einen, ökologischer und sozialer Gerechtigkeit.

Durch die Globalisierung gehen im Wirtschaftsleben zunehmend soziale Sinn- und Beziehungszusammenhänge verloren. Regionalisierung kann diesem Trend nachhaltig entgegen wirken. Das entsprechende Leitbild der von Misereor und dem BUND herausgegebenen Studie betont die vielfältig positiven Wirkungen gestärkter lokaler und regionaler Wirtschaftsräume.

Durch eine Wirtschaft der nahen Wege verringert sich die mit langen Transportwegen verbundene Umweltbelastung. Der dadurch entfallende Fernverkehr verringert zudem den Naturverbrauch und die Lärmbelastung in der Region. Die sozialen Beziehungen der miteinander wirtschaftenden Menschen werden gestärkt. Auf der Basis persönlicher Beziehungen wird es leichter, soziale und gemeinwohlorientierte Aspekte in das Wirtschaftsverhalten zu integrieren.

Schließlich kann Regionalisierung der Monopolisierung und der strukturellen Verarmung der Region entgegenwirken. Im globalen Wettbewerb werden mittelfristig nur wenige Branchen in der Region als große überlebensfähige Wirtschaftseinheiten erhalten bleiben. Regionale Kreisläufe ermöglichen den Erhalt einer großen Vielfalt von Unternehmen. Regionalisierung stärkt damit auch die örtliche Wirtschaft in ihrer Unabhängigkeit gegenüber Krisen in einzelnen Branchen.

International orientiert sich die Wirtschaftspolitik am Vorbild aus den Industrieländern. Eine stärkere Regionalisierung unserer Wirtschaft als Balance zur Globalisierung motiviert also mittelfristig auch Entwicklungsländer zur Wertschätzung und Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe (deren Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit inzwischen von immer mehr – auch staatlichen – Akteuren der Welt gesehen und betont wird).

Regiogeld fördert Geldumlauf durch negative Zinsanreize

Die Unsicherheit unseres derzeitigen Wirtschaftssystems führt zu Kauf- und Investitionszurückhaltungen – was wiederum die Krise selbst verstärkt. Der Kreislauf des Geldes ist unterbrochen: es wird weder konsumiert noch langfristig gespart, so dass die Kreditzinsen für Unternehmer und Entwicklungsländer sinken und investiert werden könnte.

Stattdessen wird immer mehr spekuliert, das Geld wird nur kurzfristig angelegt, da die Zinsen für Tagesgeld nur unwesentlich geringer sind als Guthabenzinsen für langfristige Anlagen. Aber nur langfristig angelegte Spargelder können das Angebot für langfristige Unternehmenskredite erhöhen und damit die Kreditzinsen für Unternehmen weiter senken, was die Wirtschaft wieder ankurbeln und viele soziale und ökologische Projekte rentabel werden ließe.

Früher haben hohe Inflationsraten und hohe Zinssätze als Triebfeder für den Konsum oder das langfristige Sparen gedient. Bei den heutigen niedrigen Inflationsraten und (Haben-) Zinssätzen kann ein neuer Anreiz in Form negativer Zinsen als Triebfeder für einen

nachhaltigen, d.h. ökologisch und sozial gerechten und gleichzeitig dynamischen Wirtschaftskreislauf wirken.

Dieser negative Zinsanreiz wäre durch eine zu zahlende Gebühr auf Bar- und Girogeldbestände in Höhe von 6-8 % jährlich sowie auf kurzfristige Geldanlagen in Höhe von jeweils 0,5 % wirksam.

Das entsprechende Theoriemodell ist von ausgezeichneten Wirtschaftswissenschaftlern anerkannt. 1930 wurde der negative Zinsanreiz vom amerikanischen Geldtheoretiker Irving Fisher geprüft und den Kommunen in den USA als Ausweg aus der großen Wirtschaftskrise empfohlen. Der Brite John Maynard Keynes urteilte über dieses von einem Deutschen namens Gesell entwickelte Konzept: „Ich glaube, dass die Zukunft mehr vom Geiste Gesells als von jenem von Marx lernen wird.“

Ein solches zukunftsfähiges Geldsystem wird sich nicht als „Alternative“ zu den herkömmlichen Währungen heute am besten durch die lokale und regionale Herausgabe in Form einer Komplementärwährung neben dem Euro schrittweise eingeführt werden und eignet sich wegen seiner ökologischen und sozialen Auswirkungen in idealer Weise als Agenda-Projekt.

• Ökologische Wirkungen negativer Zinsanreize

In unserem heutigen System unterbleiben viele notwendige Umweltinvestitionen, da diese sich schlichtweg ökonomisch beim derzeitigen Zinsniveau nicht rechnen. Denn Investitionen zum Schutze unseres Klimas zahlen sich in der Regel erst nach sehr langen Zeiträumen aus. Muss ein Politiker heute einen Kredit aufnehmen, um eine solche Investition zu finanzieren, muss er ungefähr 6 % Zinsen bezahlen. Nach 50 Jahren, wenn sich die Investition umweltpolitisch auszahlt, hat ihn und damit den Steuerzahler diese Investition durch die Zinszahlungen insgesamt das 18-fache der Investitionssumme gekostet.

Die Wirtschaft rechnet ähnlich, selbst wenn sie für die Investition keine Schulden aufnehmen muss. Denn wenn sie das Geld statt in der Umweltinvestition auf einer Bank anlegen würde, würde sie in 50 Jahren das 18-fache des Betrages als Gewinn verbuchen können, der ihr nun durch die Umweltinvestition verloren geht.

Bei einem durch eine Geldgebühr verursachten Absinken des Zinsniveaus würden Umweltausgaben also eine viel geringere Last bedeuten als im derzeitigen Wirtschaftssystem, da die Zukunft ökonomisch nicht mehr so stark abdiskontiert würde. Insofern kann man den Zins auch als Wertmaßstab der Gegenwarts- gegenüber der Zukunfts-Interesse interpretieren.

Mit geringeren Zinsen ist uns ökonomisch und ökologisch gesehen unsere Zukunft also sozusagen mehr Wert, und desto nachhaltiger ist unser Wirtschaftssystem.

• Soziale Wirkungen negativer Zinsanreize

Über den Zinsmechanismus werden heute in Deutschland jährlich mehr Einkommen umverteilt als über den Bundeshaushalt. So steckt z.B. in jeder Mietzahlung ein Zinsanteil von 60 bis 80 %, im Durchschnitt aller Preise von 30 bis 40 %. Bei einem sinkenden Zinsniveau würden also entsprechend die Miet- und sonstigen Preise

sinken, was zu einer enormen Kaufkraftsteigerung der Bevölkerung führen würde. Das wiederum käme insbesondere den ärmeren Bevölkerungsschichten zugute.

Saldiert man diese über die Güterpreise erfolgten Zinszahlungen mit den Zinsgutschriften der Haushalte, so haben heute 80 % der Bevölkerung einen negativen Zinssaldo. Nur 10 % gewinnen bei dieser Umverteilung das, was diese 80 % verlieren. Ein allgemeines Absinken der Zinsraten würde also diese Umverteilung hin zu den Vermögensbesitzern deutlich abschwächen und damit einen deutlichen und nachhaltigen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit in Deutschland liefern.

• Internationale Wirkungen negativer Zinsanreize

Eines der größten Probleme für eine nachhaltige Entwicklung weltweit ist die enorme Überschuldung vieler Entwicklungsländer. Für den Schuldendienst werden seit Jahrzehnten Sozialausgaben reduziert und Regenwälder abgeholzt. Die Zinszahlungen der Entwicklungsländer an die Industrieländer übertreffen seit 1990 bei weitem die Entwicklungshilfe. Eine weltweite Verringerung der Zinssätze durch eine Zunahme langfristiger Kreditangebote und Geldanlagen würde auch in vielen Entwicklungsländern neue Spielräume für die notwendige nachhaltige Entwicklung im Sinne der Agenda 21 eröffnen.

Je mehr Regionen oder Länder ihre Sparer durch negative Zinsanreize zu langfristigen Geldanlagen motivieren, um so mehr werden auch die weltweiten Zinssätze sinken und damit weltweit eine nachhaltige Entwicklung ermöglichen.

Regiogeld als Beitrag zur Lokalen Agenda 21

Lokale Agenda 21-Prozesse können von der Einführung einer komplementären Regio-Währung auf verschiedene Weise profitieren:

- durch Erreichen neuer Zielgruppen: In den meisten Kommunen ist die LA 21 noch nicht wie gewünscht in der Öffentlichkeit präsent und in der Bevölkerung verankert. Trotz zahlreicher erfolgreicher Einzelprojekte können viele BürgerInnen mit der Agenda 21 nichts anfangen bzw. wissen zu wenig darüber.

Durch das Projekt Regiogeld können weit über die bisher erreichten Kreise neue Zielgruppen in greifbaren Kontakt mit der Lokalen Agenda 21 kommen. Die Zusammenarbeit mit ggfs. existierenden Stadtmarketing-Organisationen und zahlreichen örtlichen Unternehmen kann deren Interessen gewinnbringend für alle in den LA 21-Prozess einbeziehen.

- durch hohen Aufmerksamkeitswert als innovatives Projekt: In vielen Regionen Deutschlands entstehen z.Zt. Initiativgruppen zur Einführung von Regiogeldern. Durch die regionale oder lokale Ausgabe (einer an den Euro gebundenen) Komplementärwährung können die Werte der Agenda 21 direkt und indirekt unterstützt und vermittelt werden.

Regiogelder fördern direkt Regionalisierung, lokale Identifikation und die Vernetzung der Akteure. Indirekt erreichen Regiogelder aufgrund ihres innovativen Charakters eine enorme Öffentlichkeitswirkung. ▶

Was macht das Regiogeld in- teressant für die Agenda 21?

1. Stärkung einer nachhaltigen regionalen Wirtschaft gemäß dem Leitbild der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“; Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen und sozialen Nahbeziehungen
2. Greifbares Erleben einer Lokalen Agenda „zum Anfassen“ durch die Bevölkerung
3. Vernetzung der aktiven und Gewinnung neuer Zielgruppen der Lokalen Agenda
4. Signifikante Erhöhung des Bekanntheitsgrades der Lokalen Agenda in der Bevölkerung
5. Zunehmende Finanzierung von Agenda-Projekten durch die Gebühr und zinsgünstige Kredite

Wie funktioniert das Regiogeld?

Das Regiogeld hat drei Facetten:

- Lokale Wirtschaftskreisläufe werden durch ein regionales Verrechnungsmittel stabilisiert und verstärkt. Das entspricht der Tauschmittelfunktion des Regiogeldes.
- Das Regiogeld ist ein Schenkmittel, weil ein Teil der Umsätze an gemeinnützige Projekte geht.
- Das Regiogeld ist ein zinsgünstiges Kreditmittel, weil Kreditnehmer zinsgünstige Kredite erhalten können (in der Ausbauphase).

Die genaue Ausgestaltung der Komplementärwährung wird jeweils in einem regionalspezifischen Beratungs- und Entscheidungsprozess festgelegt. Nach dem Vorbild des Chiemgauer Regiogeldes könnte die Organisation z.B. wie folgt gestaltet werden:

Zur Einführung der Komplementärwährung wird zunächst ein eingetragener Verein gegründet. Die Vereinsmitglieder tauschen über ein Abbonnementsystem regelmäßig einen geringen Euro-Betrag in Regiogeld um, das sie dann bei allen dem Verein beigetretenen Unternehmen in Zahlung geben können. Die Unternehmen können ihrerseits das Regiogeld wieder für Zahlungsvorgänge mit Vereinsmitgliedern verwenden oder das Regiogeld gegen eine 5-prozentige Gebühr wieder in Euro zurückerlösen. Die 5% Rückumtauschgebühr sind aus Marketing-Sicht sehr günstig, da sie nur anfallen, wenn tatsächlich ein Umsatz stattfindet und wenn das Unternehmen das Regiogeld nicht selbst für Lieferantenzahlungen verwenden kann oder will.

Das Regiogeld verliert mit jedem Quartalsende 2% seines Wertes und muss mit entsprechenden Gebühren versehen werden, um seinen vollen Wert zu behalten. Diese Gebühren sichern den stetigen Umlauf des Regiogeldes und die damit verbundene Wirtschaftsbelebung. Die Geld- und Gebührenmarken-Ausgabe sollte nach Möglichkeit durch die Sparkasse oder ggf. die Volksbank erfolgen, evtl. unter Mitwirkung örtlicher Schulen oder anderer ehrenamtlicher Gruppen und Initiativen, die das Projekt unterstützen möchten.

Jedes Vereinsmitglied kann individuell bestimmen, welchem vom Verein anerkannten Agenda-Projekt die mit seiner Mitgliedschaft verbundene Schenkung in Höhe von 3% seines Abonnement-Wertes zugute kommen soll.

Motivation von Kunden und Unternehmen

Was bringt mir das Regiogeld als Kunde?

Sie unterstützen mit Ihren Einkäufen durch Regiogeld die regionale Wirtschaft. Außerdem erhält ein gemeinnütziges Projekt Ihrer Wahl eine Förderung in Höhe von 3% Ihres Abo-Betrages. Ihnen als Kunde entstehen keinerlei Nachteile, jedoch die Freude, mit regionalem Geld einkaufen zu können.

Welche Projekte werden unterstützt?

Alle Vereine und Initiativen können beim Lenkungskreis der Agenda 21 eine Anerkennung als Agenda-Projekt beantragen. Alle anerkannten Agenda-Projekte sind dann von den Regiogeld-Nutzern zur Unterstützung wählbar.

Warum mahen die Unternehmen mit?

Der Aufwand steht in einem fairen Verhältnis zum Nutzen. Über das Agenda- und Stadtmarketing-Projekt werden neue Kunden auf die Unternehmen aufmerksam und Stammkunden kaufen oft mehr ein. Für die Unternehmen handelt es sich somit um eine auf Dauer angelegte Werbemaßnahme, die Umsätze stabilisiert und erhöht. Dies spielt vor allem in wirtschaftlich schwierigen Zeiten für den Einzelhandel eine wichtige Rolle.

Da keine direkten Rabatte gegeben werden, bleiben die Preise gleich. Die Kunden gewöhnen sich also nicht an die Rabatte oder ständig fallende Preise. Der Teufelskreis ständig fallender Preise, der gesamtwirtschaftlich mit Einkommensverlusten und Umsatzrückgang verbunden ist, wird über das Agenda- und Stadtmarketing-Projekt vermieden.

Die 5% Rückumtauschgebühr sind aus Marketing-Sicht sehr günstig, da sie nur anfallen, wenn tatsächlich ein Umsatz stattfindet und wenn das Unternehmen das Regiogeld nicht selbst für Lieferantenzahlungen verwenden kann oder will. Über die zusätzlichen Umsätze kann nachgewiesen werden, dass bei den meisten Unternehmen unter dem Strich ein Plus heraus kommt.

Was passiert mit der Vision, wenn Aldi mitmachen möchte?

Bei Unternehmen wie Aldi muss man sehen, dass diese mit sehr niedrigen Handelsspannen kalkulieren. 5% ist für Aldi sehr viel. Da das Unternehmen in der Regel nicht regional einkauft, würde die Akzeptanz von Regiogeld für ein solches Unternehmen recht kostspielig. Es ist also nicht sehr wahrscheinlich, dass Aldi mit dem bestehenden Verkaufskonzept eine Mitgliedschaft beantragen würde.

Der bei großen Unternehmen entstehende Verwaltungsaufwand für die Annahme von Regiogeld führt in der Regel zu einem entsprechenden Vorteil örtlicher inhabergeführten Unternehmen durch das Regiogeld.

Wer garantiert die Wertbeständigkeit des Regiogeldes?

Beim Abonnement-Kauf des Regiogeldes werden die

entsprechenden Euro-Einnahmen auf einem speziellen Sicherungskonto bei der Sparkasse hinterlegt. Diese Guthaben sichern die jederzeitige Rück-Umtauschbarkeit des Regiogeldes durch Vereinsmitglieder in Euro und damit das Vertrauen in die Komplementärwährung. Geprüft werden die Vorgänge von einem Kassenprüfer und einem Steuerberater.

Rechtliche Absicherung

Zur währungsrechtlichen Absicherung des Projektes ist die Gründung eines eingetragenen Vereins empfehlenswert. Mit dem Regiogeld wird keine neue Währung geschaffen, sondern das bestehende Geldwesen ergänzt um Regeln, die den Menschen in der Kommune als Beitrag zur Agenda 21 wichtig sind. Jeder ist frei, diese Regeln zu diskutieren und durch den Beitritt zum Regiogeld-Verein zu akzeptieren.

Grenzen für diese Regeln liegen im Vereins-, Steuer- und Währungsrecht. Dieser gesetzliche Rahmen wird in der Satzung und in der Praxis geachtet. Einnahmen werden ordnungsgemäß versteuert und das Verrechnungsmittel nach den Kriterien des Währungsrechts gestaltet.

Hierzu werden die Empfehlungen für die Herausgabe von Wertmarken und Gutscheine berücksichtigt und zugleich die vereinsrechtlichen Möglichkeiten genutzt. Es gibt in Deutschland zahlreiche weitere legale Komplementärwährungen wie den Bethel-Euro, city-cards oder die Gutscheine und Bonus-Systeme großer Firmenkonglomerate. Bezüglich der rechtlichen Einordnung ist Regiogeld mit diesen vergleichbar.

Mögliche Ausbaustufen

- Finanzierung von Agenda-Projekten durch zinsgünstige Kredite: Beim Abonnement-Kauf des Regiogeldes werden die entsprechenden Euro-Einnahmen auf einem speziellen Sicherungskonto bei der Sparkasse hinterlegt. Diese Guthaben sichern die jederzeitige Rück-Umtauschbarkeit des Regiogeldes durch Vereinsmitglieder in Euro und damit das Vertrauen in die Komplementärwährung.

Mit zunehmender Akzeptanz des Regiogeldes kann ein Teil dieser Guthaben sehr zinsgünstig zur Kreditfinanzierung von gemeinwohlorientierten und nachhaltigen Agenda-Projekten verwandt werden, die sich bei „normalen“ Zinssätzen nicht rechnen würden.

- Freiwillige Einführung einer Gebühr auf kurzfristige Geldanlagen: Auf freiwilliger Basis könnten Vereinsmitglieder als Vorreiter zukunftsfähiger Geldpolitik mit der Sparkasse eine 5-prozentige Gebühr auf ihre durchschnittlichen jährlichen Girokontobestände vereinbaren, um so zusätzlich den Geldumlauf zu erhöhen bzw. langfristige Geldanlagen zu fördern. Noch weitergehend wäre dann die Vereinbarung einer z.B. 0,5-prozentigen Gebühr auf alle kurzfristigen Geldanlagen.

Die Einnahmen aus den entsprechenden Gebühren würden wiederum direkt den vom Vereinsmitglied bestimmten Agenda-Projekten seiner Wahl zukommen. Langfristig würden die Gebühren zu einer Absenkung

langfristiger Kreditzinsen und damit zur Belebung der heimischen Wirtschaft beitragen.

● Entlohnung und Finanzierung von Gemeinwesenarbeit mit Regiogeld: Nach einer erfolgreichen Einführung des Regiogeldes könnte das Projekt zukünftig nach dem Vorbild der Tauschringe vom Euro abgekoppelt werden, was eine Entlohnung und Finanzierung von Gemeinwesenarbeit durch Regiogeld ermöglichen würde.

Ab einer gewissen Ausbaustufe könnten die Kommunen (oder auch eine örtliche Agenda 21 bzw. ein von dieser autorisierter Verein) auf diese Weise ehren- oder hauptamtliche Arbeit mit Regiogeld entlohnen. Natürlich sind diese Ausbaustufen heute noch Zukunftsmusik. Aber wenn wir – die Nachhaltigkeitsbewegung im weitesten Sinne – nicht heute anfangen, gerade auch in Fragen des Geldsystems neue (und manchmal auch beschwerliche) Wege zu erproben, wird es kaum gelingen, der angestrebten „nachhaltigen Entwicklung“ ein solides regionales Fundament zu verschaffen. ●

LINKS

www.regiogeld.de

www.chiemgauer-regional.de

www.citycard.de

www.scard.de

www.danova.de

www.avtcom.de

www.misereor.de

www.regionnetzwerk.de

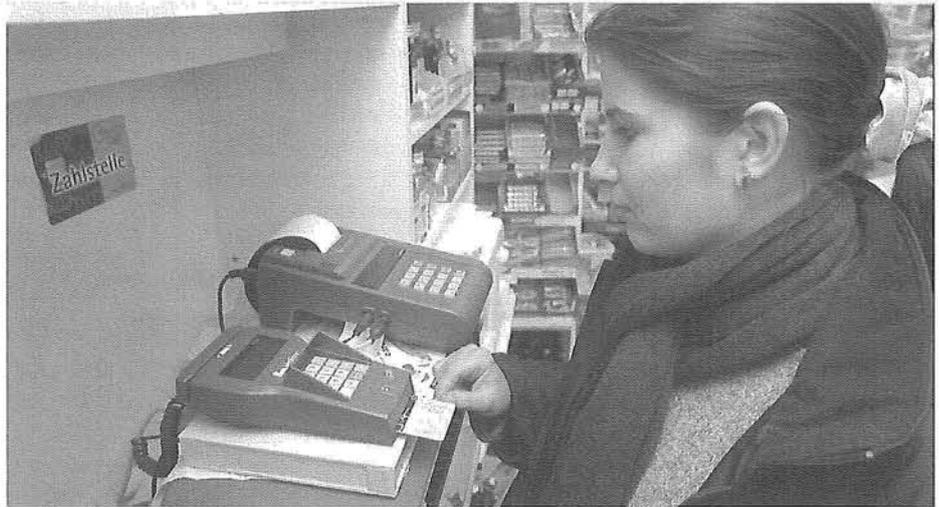
Dipl.-Kfm. Ralf Becker ist Mitglied der Projektgruppe „Our Future Economy“ der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste sowie Mitglied des RegioNetzwerks (Plattform für regionale Komplementärwährungen).

Wie mache ich eine Regionalwährung?

Das Regio-Netzwerk lädt ein zur Multiplikatorenfortbildung „Regionalwährungen in Steyerberg“

Der Grundkurs bietet eine allgemeine Einführung, die AbsolventInnen des Aufbaukurses werden mit einem soliden fachlichen und methodischen Grundwissen in der Lage sein, unterstützt durch das Regio-Netzwerk eine Regionalwährung zu initiieren.

Grundkurs: 27.6.-4.7.2004, 462 – 588 Euro
 Aufbaukurs: 2.-9.7.2004, 497–623 Euro
 Grund- und Aufbaukurs: 792-1008 Euro jeweils incl. Unterkunft und Verpflegung
 Infos und Anmeldung: Lebensgarten Steyerberg, Tel. 05764-2370, email: lebensgarten@gmx.de



Elektronisches Geld

Eine erfolgversprechende Basis für Komplementärwährungen

VON HUGO GODSCHALK, FRANKFURT/M.

In Deutschland gibt es bereits eine Vielzahl von komplementären, d.h. neben dem offiziellen Geldverkehr existierenden Währungen auf Konten-Basis: ca. 350 bis 400 - meist allerdings lokale begrenzte - Tauschringe, Seniorenengossenschaften und Barter-Clubs, neuerdings aber auch einige Komplementärwährungen auf Bargeld-Basis (Bethel-Geld, Chiemgauer, Kannwas und Bremer Roland). Die erfolgreichsten privat emittierten Lokal- und Regionalwährungen in Deutschland sind jedoch die sogenannten City- und Regiocards. Diese Komplementärwährungen basieren auf eine neue Art des Geldes: das sogenannte elektronische Geld (E-Geld).

Was ist E-Geld?

Elektronisches Geld („E-Geld“) ist neben dem herkömmlichen Bar- und Girogeld eine neue Art des Geldes. Sein Entstehen verdanken wir dem Internet und der Chiptechnologie. Nach langer theoretischer Diskussion über die wesentlichen Merkmale dieses Geldes hat man sich in Europa zu folgender (legaler) Definition¹ durchgerungen:

- Ein monetärer Wert in Form einer Forderung gegen die ausgebende Stelle,
- der auf einem Datenträger gespeichert ist,
- gegen Entgegennahme eines Geldbetrags ausgegeben wird, dessen Wert nicht geringer ist als der ausgegebene monetäre Wert,
- von anderen Unternehmen als der ausgebenden Stelle als Zahlungsmittel akzeptiert wird.

Das E-Geld ist also vom Ansatz her eine Digitalisierung des Bargeldes. Diese neue Form des Geldes ist im Bereich der Nationalwährung (€) in der Praxis (noch) nicht besonders erfolgreich. Die software-ba-

sirten Produkte – wie Digicash oder E-Cash – haben sich am Markt nicht durchsetzen können. Derzeit gibt es E-Geld nur hardware-basiert in Form von elektronischen Werteinheiten, die in einem Chip auf einer Karte gespeichert sind, wie z.B. in Deutschland die sogenannte GeldKarte. Das hardware-basierte E-Geld wird insbesondere für die Bezahlung von Kleingeldbeträgen genutzt.

Nach Umsetzung der E-Geld-Richtlinie innerhalb der EU kann die E-Geld-Herausgabe seit April 2002 in der Regel nur durch herkömmliche Kreditinstitute oder durch Institute mit einem besonderen Lizenz (sogenannte E-Geld-Institute) erfolgen.

Angst der Zentralbanken vor Komplementärwährungen

Die Entwicklung des digitalen Bargeldes, das auf Chipkarten oder auf der Platte eines PC gespeichert wird und über das Internet in sekundenschnelle von PC zu PC übertragen werden kann, ist eine Basisinnovation in der Geldevolution. Die ersten Pilotprojekte in der zweiten Hälfte der 90-er Jahren führten zu einer weltweiten Diskussion, ob diese Innovation das Geldsystem nachhaltig ändern würde². Die Befürworter einer monetären Reform hofften auf eine Entmonopolisierung des Geldes und eine Entmachtung der Zentralbanken. Diese Hoffnung wurde auch dadurch geschürt, dass vor allem Nicht-Banken (wie Telekommunikations-Unternehmen) die Entwicklung des E-Geldes auf Chipkartenbasis vorantrieben. Demnach war die Angst der Zentralbanken vor einer unkontrollierten Ersatzgeldschöpfung groß.

Im Zusammenhang mit E-Geld haben Direktoriumsmitglieder der Deutschen Bundesbank und der Europäischen Zentralbank (EZB) mehrfach und frühzeitig bis heute auf die Gefährdung der Geldpolitik durch

das Entstehen von digitalen Nebenwährungen außerhalb des regulierten Bankensystems hingewiesen. Das damalige Bundesbankdirektoriumsmitglied Wendelin Hartmann befürchtete Zahlungs- und Verrechnungssysteme auf Basis von neuen Recheneinheiten mit einer wertmäßigen Bindung an eine reale Währung³ oder „mit eigenen Werteinheiten, die von nationalen Währungen losgelöst sind“⁴. Er erwähnt in diesem Zusammenhang die Planung von firmeneigenen „Ersatzwährungen“⁵.

Auf EZB-Seite wurde diese Thematik von Direktoriumsmitglied und Chef-Volkswirt Otmar Issing öffentlich diskutiert. Das Entstehen von elektronischen Privatwährungen gefährde seiner Ansicht nach nicht nur das staatliche Geldemissionsmonopol, sondern insbesondere auch die Funktion des staatlichen Geldes als volkswirtschaftliche Recheneinheit⁶. Marc Vereecken (Mitarbeiter der EU-Kommission und maßgeblich beteiligt bei der Konzeption der E-Geld-Richtlinie) weist ebenfalls hin auf die damaligen Befürchtungen der EZB, „that, e.g., multinationals could grant electronic tokens to consumers in return for buying that company's products. Such tokens would give a right to buy, or to buy more cheaply, other products of that company. After a while, these tokens could then also be accepted by other companies and start to become an alternative to money...“⁷

Diese Angst der Zentralbanken war sicherlich eine der Hauptgründe für die frühzeitige Regulierung des neuen E-Geldes in den meisten EU-Ländern, obwohl sich das E-Geld im Markt erst in homöopathischer Dosis verbreitet hat. Nur herkömmliche Banken sollten das neue Geld emittieren dürfen. Die EU-Kommission versuchte Juli 1998 durch einen E-Geld-Richtlinien-Entwurf nicht nur eine Harmonisierung zwischen den EU-Staaten, sondern auch eine Liberalisierung zu erreichen. Um den Wettbewerb und das Innovationspotential zu erhöhen, sollte die Emission auch durch Nicht-Banken erfolgen können. Um die Markteintrittshürde zu senken, wurde der Spezialstatus eines „E-Geld-Instituts“ mit einer – im Vergleich zu herkömmlichen Kreditinstituten – „regulation light“ ins Leben gerufen. In den nachfolgenden Jahren bis zur Verabschiedung (Herbst 2000) wurde die Richtlinie in wesentlichen Punkten – unter anderem nach Intervention der EZB – geändert. Die Markteintrittshürden wurden angehoben und die Freistellungsmöglichkeiten eingeschränkt. Darüber hinaus wurde die Richtlinie in Deutschland restriktiv umgesetzt, so dass es in diesem EU-Staat kaum zu erwarten ist, dass Nicht-Banken – bedingt durch die hohe Hürde einer E-Geld-Institutslizenz – als E-Geld-Emittenten (in Euro) aktiv werden⁸.

Insbesondere die Forderung der E-Geld-Richtlinie, dass der Emittent das E-Geld jederzeit auf Verlangen zum Nennwert (at par value) in Zentralbankgeld zurückerstattet,⁹ ist eine direkte Folge der Befürchtungen der EZB vor dem Aufkommen von Ersatzwährungen. „Dies würde dazu beitragen, dass die größere Effizienz infolge des Wettbewerbs bei der privaten Bereitstellung von Geld (einschließlich E-Geld) die vollständige Nutzung der Externalitäten, die sich aus der Rolle des Geldes als Recheneinheit ergeben, nicht beeinträchti-

gen würde.“¹⁰ Die Umtauschverpflichtung des Emittenten soll das E-Geld an das staatliche Monopogeld binden und Privatwährungen mit einem eigenen Geldwert unterbinden. Diese Forderung der EZB war lange Zeit umstritten und wurde nach erheblichem Druck der EZB erst in die Endversion der E-Geld-Richtlinie aufgenommen¹¹.

E-Geld im Loyalty-Bereich

Das von Banken herausgegebene E-Geld auf Chipkarten war bislang wenig erfolgreich. Die E-Geldmenge¹² hat keine monetäre Bedeutung und hat bislang nicht nennenswert zur Bargeldsubstitution beigetragen. Die bisherige Konzeption des hardware-basierten E-Geldes als Bargeld-Substitut hat gegenüber dem herkömmlichen Bargeld mit seiner über 2500 Jahre dauernden Marktführerschaft auch kaum eine Chance. Nur in Bereichen, in denen das Bargeld Schwächen hat – wie z.B. bei Verkaufsautomaten – ist das E-Geld überlegen.

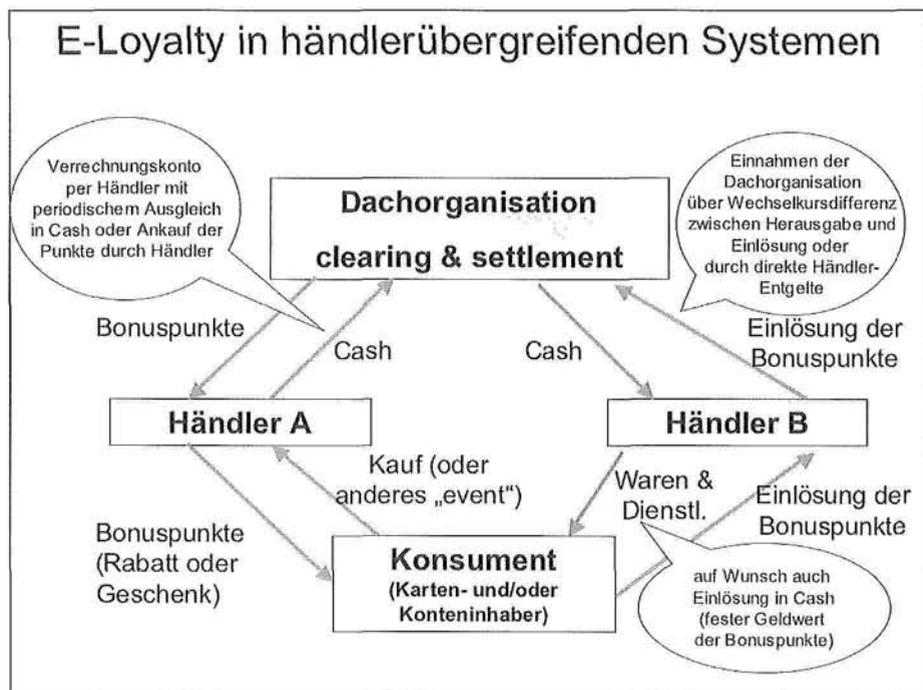
Die eigentliche Überlegenheit des E-Geldes ist aber seine Programmierbarkeit. Die digitalen Werteinheiten können so programmiert werden, dass dieses Geld z.B. nur von bestimmten Personen genutzt werden kann oder nur für bestimmte Güter bzw. in einer bestimmten Region ausgegeben werden kann. Man kann das Geld auch von vornherein zeitlich limitieren oder automatisch eine Wertminderung einbauen. E-Geld ist – im Gegensatz zum Bargeld – steuerbar und hier liegt sein größtes Potential¹³.

Erste erfolgreiche Anwendungen dieser Steuerbarkeit des E-Geldes sehen wir im Bereich der händlerübergreifenden Loyalty-Systeme. In Europa ist Deutschland¹⁴ einer der Vorreiter im Bereich der sogenannten E-Bonuspunkte auf Basis der Chipkarte. Auf dem Chip der ec- und Bankkundenkarten können als Zusatzfunktion digitale Bonuspunkte gespeichert werden¹⁵. Diese Bonuspunkte können von nur einem Unternehmen oder von mehreren Unternehmen ausgegeben und

akzeptiert werden. Die Bonuspunkte mit einem festen Gegenwert in Euro können bei den beteiligten Unternehmen gegen Leistungen, und zwar gegen Güter und Dienstleistungen, und oft auch gegen Bargeld, eingelöst werden. Die zur Zeit in Deutschland insbesondere von Sparkassen und Volksbanken favorisierten, händlerübergreifenden Bonusprogramme werden bereits in fast 50 Orten als sogenannte City-Cards praktiziert (z. B. Eichstätt, Kulmbach, Troisdorf, Nieheim, Bonn, München, Idstein usw.¹⁶) oder sogar als Bonuskarte für ein Bundesland (BonusCard Schleswig-Holstein). Die Herausgeber solcher Werteinheiten sind oft lokale Rabattsparvereine, Werbegemeinschaften oder Stadtwerke. Sie verfolgen damit eine Kundenbindung und eine Förderung der lokalen oder regionalen Ökonomie. Die als Bonus ausgegebenen Werteinheiten können nur bei den in einer Stadt teilnehmenden Geschäften zum Erwerb von Waren oder Dienstleistungen ausgegeben werden.

Ein händlerübergreifendes Bonussystem erfordert eine Dachgesellschaft, die die Werteinheiten an die beteiligten Händler herausgibt bzw. verkauft (gegen herkömmliches Geld). Der Händler gibt die Werteinheiten an seine Kunden weiter, z.B. als Bonus prozentual zum getätigten Umsatz. Der Kunde kann die auf der Chipkarte angesammelten Werteinheiten – mit einem festen Gegenwert in Euro – bei den angeschlossenen Händlern als Zahlungsmittel einsetzen. Der Herausgeber kauft die wieder vom Händler eingelösten Einheiten zurück und der Kreislauf ist wieder geschlossen (siehe Abbildung).

Die digitalen Werteinheiten in diesen händlerübergreifenden Loyalty-Systemen weisen je nach Ausgestaltung in technischer, ökonomischer und juristischer Sicht viele Ähnlichkeiten auf mit dem auf Euro lautenden E-Geld, das von Banken herausgegeben wird. Es handelt sich hier de facto um eine nicht von Banken (oder E-Geld-Instituten) herausgegebene lokale oder regionale Währung auf E-Geld-Basis.



Dürfen nur Kreditinstitute Komplementär geld herausgeben?

Die Werteinheiten erfüllen die Kriterien der E-Geld-Definition in allen Punkten¹⁷. Die Konsequenz wäre, dass unter der heutigen Gesetzgebung unternehmensübergreifende digitale Bonuspunkte nur von Kreditinstituten (und nicht von Einzelhändlern, Rabattsparvereinen, Stadtwerken und anderen Nicht-Banken) herausgegeben werden dürften.

Genau diese Frage war Gegenstand einer schriftlichen Anfrage¹⁸ an die Bundesregierung in März und April 2002, nachdem das sogenannte 4. Finanzmarktförderungsgesetz¹⁹ verabschiedet war. In seiner Antwort vom 23.4.2002 teilte das Bundesfinanzministerium mit, die Bundesregierung sei der Auffassung, „dass die schon jetzt in einer Reihe von deutschen Städten und Regionen agierenden „händlerübergreifenden Bonusysteme“ auch dann nicht die tatbestandlichen Voraussetzungen des elektronischen Geldes im Sinne des neuen § 1 Abs. 14 des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) erfüllen, wenn die teilnehmenden Händler die Werteinheiten von der ausgebenden Stelle, etwa einer Werbegemeinschaft oder einem örtlichen Energieunternehmen, gegen einen Buchgeldbetrag in Euro entgegennehmen, um sie den Kunden mit einem festen Nennwert in Euro auf deren Chipkarte als Bonuspunkte zu speichern, die dann dazu berechtigen, sie bei einem der teilnehmenden Händler als Zahlungsmittel zum Erwerb von Waren oder Dienstleistungen einzusetzen.“

Ein wichtiges Argument für die Beurteilung der Regierung, dass diese lokale Werteinheiten nicht als E-Geld im Sinne des Kreditwesengesetzes aufzufassen sind, ist die Tatsache, dass die Werteinheiten entstehen, ohne dass der Karteninhaber eine Gegenzahlung in Nationalwährung leistet. Der teilnehmende Händler zahlt den Gegenwert und schenkt die Werteinheiten seinen Kunden²¹.

Derartige lokale Währungen auf E-Geld-Basis – herausgegeben durch Nicht-Banken – sind also bis auf weiteres in Deutschland legalisiert. Ein Grund für diese liberale Haltung der Bundesregierung und der Aufsichtsbehörde BaFin²² war sicherlich auch die Verbreitung auf dem Markt und die Lobby-Arbeit des Einzelhandels und der Banken. Die Kreditinstitute erhoffen sich durch diese Systeme zusätzliche Einnahmen für die Zusatzleistung des Chips auf der Bankkarte und eine bessere Nutzung des Euro-E-Geldes (GeldKarte). Sie übersehen die konkurrierende Beziehung zwischen den beiden elektronischen Geldbörsen auf der Karte. Die Statistiken über die Nutzung der Bonuspunkte als Zahlungsmittel zeigen einen höheren Kaufumsatz als die einer durchschnittlichen GeldKarte. Viele Marktbeobachter erwarten, dass derartige Loyalty-Applikationen eine der wichtigsten Anwendungen der zukünftig mit Chip ausgestatteten Bankkarten sein werden.

Ausblick

Eine Komplementärwährung, deren Werteinheiten auf einer Chipkarte gespeichert sind und die nicht vom

Karteninhaber nicht gegen herkömmliches Geld erworben wird sondern von einer Zwischeninstanz – ähnlich wie die hier beschriebenen Bonusysteme – ist also kein E-Geld im Sinne des KWG und kann auch von einer Nicht-Bank emittiert werden. Die Emission einer Komplementärwährung auf E-Geld-Basis durch ein herkömmliches Kreditinstitut oder ein E-Geld-Institut ist grundsätzlich erlaubt. Voraussetzung ist allerdings, dass die generellen Auflagen der E-Geld-Emission eingehalten werden. Eine wichtige Anforderung ist der Rücktausch des E-Geldes zum Nennwert in Nationalwährung (Bar- oder Buchgeld). Die Wirkung vieler Komplementärwährungen basieren gerade auf der Nicht-Konvertibilität oder stark eingeschränkten Konvertibilität zur Nationalwährung. Wenn man bedenkt, dass der Hintergrund für diese gesetzliche Anforderung gerade das Verhindern von Nebenwährungen war, stellt sich die Frage, in wie weit das E-Geld als Geldform für zukünftige Komplementärwährungen (außer im Rahmen der oben genannten Loyalty-Anwendungen) geeignet ist.

Ein weiteres Hindernis für Komplementärwährungen auf E-Geld-Basis ist die derzeitige „Einweg“-Nutzung. In den meisten E-Geld-Systemen kann das Geld nur einmal vom Nutzer zum Einkauf verwendet werden. Der Empfänger muss das E-Geld anschließend wieder einlösen bzw. umtauschen in herkömmliches Geld. Eine Weitergabe – wie Bargeld – von Hand zu Hand (besser gesagt von Chip zu Chip) ist nicht möglich. Das Geld kann demnach derzeit nicht für Transaktionen zwischen Konsumenten genutzt werden. Diese Einschränkung ist aber für E-Geld nicht zwingend. Es gibt E-Geld-Systeme, wie Mondex, in denen das Konzept des echten „digitalen Bargeldes“ umgesetzt worden ist. Hier ist eine Weitergabe ohne ständige Einlösung möglich.

Die ausdrückliche Genehmigung der Ausgabe einer lokalen Komplementärwährung auf E-Geld-Basis durch eine Nicht-Bank als Loyalty-Anwendung führt zu einem interessanten Widerspruch. Denn den Komplementärwährungen auf Bargeld-Basis droht das Dammkessenschwert eines Verbots gemäß § 35 Bundesbankgesetz²³. Es stellt sich die Frage, ob ein ähnlich konstruiertes Programm auf Gutscheine-Basis nicht ebenfalls erlaubt wäre. Nach dem Motto, „was digital erlaubt ist, kann „materialisiert“ in Papierform nicht unerlaubt sein“, wäre zu prüfen, ob die E-Bonusysteme hier nicht die Tür geöffnet haben für eine ähnlich konstruierte Komplementärwährung in Papierform. ●

ANMERKUNGEN

1 Definition laut der sogenannten E-Geld-Richtlinie der Europäischen Union (EU-Direktive 2000/46/EC). Die Auffassung, was unter dem Begriff E-Geld subsumiert werden muss, ist unter den Regulatorien und Aufsichtsbehörden europaweit nicht einheitlich. In einigen EU-Ländern wird die oben stehende Definition weit ausgelegt. Dort werden z. B. auch vorausbezahlte GSM-Konten (prepaid Handys) als E-Geld aufgefasst. Das gleiche gilt für die Frage, ob elektronische Werteinheiten im Rahmen von Loyalty-Programmen als E-Geld aufgefasst werden sollen.

2 Siehe u. a. M. Krüger & H. Godschalk (1998), Herausforderung des bestehenden Geldsystems im Zuge seiner Digitalisierung – Chancen für Innovationen?, Wissenschaftliche Berichte des Forschungszentrums Karlsruhe, FZKA 6160, Karlsruhe 1998.

3 Vgl. W. Hartmann (1995), Zahlungsmittel und Zahlungsverfahren in der dritten Stufe der Europäischen Währungsunion, in: Deutsche Bundesbank / Auszüge aus Presseartikeln vom 6.10.1995, S. 16.

4 W. Hartmann (1996), Gefahren des elektronischen Geldes, in: Card-Forum, Nr. 12 (1996), S. 44.

5 Siehe W. Hartmann (1996), S. 44.

6 Siehe O. Issing (1999), Hayek – Currency Competition and European Monetary Union, in: Deutsche Bundesbank / Auszüge aus Presseartikeln Nr. 36 vom 27.5.99, S. 9 – 17 und O. Issing (2000), New Technologies in Payments – A Challenge to Monetary Policy, Vortrag Centre for Financial Studies vom 28.6.2000, Press Division ECB (www.ecb.int).

7 M. Vereecken (2000), A single market for electronic money, in: The Journal of International Banking Regulation, Vol. 2, Nr. 2, Juli 2000, S. 59.

8 Diese Prognose gilt nur für die Herausgabe des „eigentlichen“ E-Geldes (ohne kontenbasierte Systeme).

9 Siehe ECB (1998), Bericht über elektronisches Geld, August 1998, S. 32f. und ECB (1999), Opinion of the European Central Bank of 18.1.99, in: Official Journal of the European Communities Nr. C189 vom 6.7.1999, S. 9.

10 ECB (1998), S. 33.

11 Siehe Artikel 3 der Richtlinie (Richtlinie 2000/46/EC).

12 Die E-Geldmenge erreichte 2002 in Euroland ein Volumen in Höhe von nur 240 Mio. Euro.

13 Vgl. H. Godschalk (2001), Genesis of the EU-Directive on Electronic Money Institutions, in: ePSO-Newsletter vom Mai 2001, S. 12 – 14.

14 Auch im europäischen Ausland sind vergleichbare Loyalty-Systeme auf dem Markt, wie z. B. die Linz Chip-Programm in Österreich oder die Shell SMART Card in Großbritannien.

15 Seit 1998 existiert eine sogenannte „Vorstrukturierung“ auf dem GeldKarte-Chip zur Aufnahme von Zusatz-Anwendungen für alle ZKA-Chipkarten. Als Zusatzanwendung ist u. a. die Applikation „Elektronischer Fahrschein“ und eine Anwendung „Marktplatz“ realisiert, die einen händlerspezifischen oder auch –übergreifenden Gutscheine bzw. eine Ausweisfunktion ermöglicht. Obwohl der Chip auf der Bankkarte genutzt werden kann, geben die lokalen Initiatoren oft kontoungelundene Chipkarten als Citycards heraus.

16 Für eine aktuelle Übersicht siehe: www.geldkarte.de

17 Siehe für eine detaillierte Begründung H. Godschalk (2002), eMoney & eLoyalty: bankerlaunbspflichtiges Geschäft?, in: Handbuch ePayment, Zahlungsverkehr im Internet; Systeme, Trends und Perspektiven, Hrsg. K.-H. Ketterer und K. Stroborn, Köln 2002, S. 374 – 387.

18 Anfrage des steuerpolitischen Sprechers der FDP-Bundestagfraktion Carl-Ludwig Thiele.

19 Dieses Gesetz beinhaltet die Novellierung des Kreditwesengesetzes, wonach u. a. die E-Geld-Richtlinie der EU in Deutschland umgesetzt wurde.

20 Siehe Brief (2002) der parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesministerium der Finanzen Frau Dr. Barbara Hendricks vom 23.04.02 (VII B 1 – WK 5270 – 3/02) an das Mitglied des Deutschen Bundestages Herrn Carl-Ludwig Thiele. Diese Auffassung der Bundesregierung wurde in der Bundestags-Drucksache 14/8601, S. 11 und 14/8944, S. 13f. bestätigt.

21 Siehe A. Kokemoor (2003), Aufsichtsrechtliche Rahmenbedingungen für die Vertragsgestaltung bei der Ausgabe und Verwaltung von elektronischem Geld, in: Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht, Heft 21 (2003), S. 862.

22 Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht

23 § 35 BBank: „Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, 1. wer unbefugt Geldzeichen (Marken, Münzen, Scheine oder andere Urkunden, die geeignet sind, im Zahlungsverkehr an Stelle der gesetzlich zugelassenen Münzen oder Banknoten verwendet zu werden) oder unverzinsliche Inhaberschuldverschreibungen ausgibt, auch wenn ihre Wertbezeichnung nicht auf Euro lautet; 2. wer unbefugt ausgegebene Gegenstände der in Nummer 1 genannten Art zu Zahlungen verwendet.“

Dr. Hugo Godschalk ist Geschäftsführer der Unternehmensberatung Paysis Consultancy GmbH in Frankfurt.



Alternatives Geld

hat in der Praxis schon oft funktioniert:

Mit purem Idealismus oder auch moralischen Verboten lässt sich der Zinsmechanismus nicht auf Null herunterbringen oder gar abschaffen. Dazu gehören materielle Methoden und Techniken, die es den Geldbesitzern spürbar erschweren, Geld gegen Zins zu verleihen. Und die wurden bereits seit dem Altertum angewandt:

Eisengeld im Altertum.

So ließ z. B. Lykurg in Sparta die Goldmünzen in Eisenmünzen umtauschen: „Niemand durfte Gold oder Silber besitzen; das Geld war aus Eisen“, schreibt Bertrand Russel (Philosophie des Abendlandes, 1999, S. 117) und Plutarch zitierend, „dass schon eine Summe von zehn Minen (in Athen der sechste Teil eines Talents) zum Aufbewahren im Hause eine eigene Kammer und zum Fortschaffen einen zweispännigen Wagen erforderte“. Außerdem rosten diese Eisenmünzen, und da ihr Wert vom Eigenwert ihres Metalls abhängig ist, nagt der Rost kontinuierlich an ihrer Kaufkraft. Diogenes forderte ein Geld, das aus Knochen hergestellt werden sollte. Da es stinkt, wie er meint, würden seine Besitzer geneigt sein, es schleunigst auszugeben und so die Zirkulation in Gang halten.

Papiergeld im alten China.

In der Ming-Dynastie des alten China (1367-1644) gab es bereits ein Papiergeld, das alle 2 Jahre zum Umtausch aufgerufen und gegen eine Gebühr von 2% umgetauscht werden musste (Hans Weitkamp: Das Hochmittelalter – ein Geschenk des Geldwesens). Im ptolemäischen Ägypten (322 – 30 v. Chr.), gab es das Korngiro, eine Gutschrift für die Bauern, wenn sie ihre Kornerte in den staatlichen Silos einlagerten. Mit ihnen konnten sie Schulden begleichen oder andere Güter einkaufen. Wegen der Kosten für die Lagerung des Korns und wegen seines Schwunds durch Mäusefrass etc. verloren die Gutscheine entsprechend an Wert. (Godschalk: Die geldlose Wirtschaft, S. 17f.).

Brakteaten im Mittelalter.

Im späten Mittelalter, etwa 1150 bis 1450, gab es den Brakteaten. Diese Blechmünzen ohne wesentlichen metallischen Eigenwert wurden beim Ableben eines Fürsten zum Umtausch aufgerufen und gegen Neuprägungen mit dem Konterfei des neuen Regenten gegen eine Gebühr von 20 bis 25% des Nennwertes umgetauscht (Fritz Schwarz, 1931). Diesem Geld wird nachgesagt, dass es – neben der so genannten Ostland-Besiedlung, die die Bauern vom Druck des Feudalsystems entlasteten – zu einer Wirtschaftsblüte geführt habe und ihm der Gotische Kirchenbau, die Hanse und ein

allgemeiner Volkswohlstand zu verdanken seien.

Leider wurde diese Geld-Verrufung von vielen Machthabern missbraucht, um mit dieser „Geldsteuer“ ihre Kassen zu füllen. Nachdem der Dünnpfennig bis zu dreimal im Jahr gegen Neuprägungen eingetauscht werden musste, wurde bald der „ewigen Pfennig“ gefordert und das hortbare Geld wieder allgemein eingeführt. Das mittelalterliche „Schwundgeld“ verschwand aus dem Verkehr mit den bekannten sozialen Folgen: Entstehung des Zinsens erpressenden Finanzkapitals der Fugger und Welser in Mitteleuropa, Bauernkriege usw.

Wära in Erfurt.

Zu Beginn der großen Weltwirtschaftskrise 1929 wurde von H. Timm und H. Rödiger in Erfurt die Wära-Tauschgesellschaft gegründet. Sie geht auf die Geld- und Zinstheorie Gesells zurück. Ihr schlossen sich „Lebensmittelgeschäfte, Bäckereien, Molkereien, Restaurants, Reformhäuser, Schlachtereien, Blumenläden, Friseurateliers, Handarbeitsläden, Möbelgeschäfte, Elektrohändler, Fahrradgeschäfte, verschiedene Handwerksbetriebe, Druckereien, Buchhandlungen und Kohlenhandlungen“ im ganzen Reichsgebiet an (Werner Onken: Ein vergessenes Kapitel der Wirtschaftsgeschichte, in Godschalk, Suhr, Onken: Wachstum bis zur Krise, S. 66ff.). Löhne und Gehälter wurden teilweise in „Wära“-Tauschbons bezahlt. Die Scheine waren mit einer Strafgebühr für das Horten belastet. Auf der Rückseite mussten sie mit Gebührenmarken beklebt werden. Ihre Besitzer und Kreditnehmer konnten um die Gebührenzahlung herumkommen, wenn sie umgehend Waren oder Investitionsmittel einkauften. Der Zinsfuß der Wära-Kredite lag wenig über der Nullmarke. Unter diesen Bedingungen konnte 1930 ein wegen mangelnder Rentabilität stillgelegtes Bergwerk in Schwanenkirchen, Niederbayern, wieder in Betrieb genommen werden. Als diese erfolgreiche Initiative des tüchtigen Bergbauingenieurs Hebecker vom Staat verboten wurde, musste auch das Bergwerk wieder schließen.

Freigeld in Wörgl.

Das wohl interessanteste und berühmteste Schwundgeld-Experiment war das der Tiroler Landgemeinde Wörgl. Dort waren 1932, während der großen Weltwirtschaftskrise, von den 4.200 Einwohnern 400 arbeitslos geworden. Deshalb wurden dort auf Vorschlag des sozialdemokratischen Bürgermeisters Unterguggenberger und mit den Stimmen aller Gemeindevertreter Geldscheine herausgegeben, die ebenfalls mit Gebührenmarken beklebt werden mussten, und zwar monatlich im Werte von 1% ihres Nennwertes, was Durchhaltekosten von 12% im Jahr entsprach. Sie bewirkten, dass dort in einem Jahr die Arbeitslosigkeit um 25 Prozent

zurückging, während sie zur selben Zeit in ganz Österreich um rund 10 Prozent zunahm (Onken in Creutz, Suhr, Onken: Wachstum..., S. 72). Die hochverschuldete Gemeinde konnte ihre Schulden tilgen, ihre Straßen erneuern, ein Waschhaus und eine Brücke bauen und mit den Gebühren einen Armenfonds versorgen. Obwohl erfolgreich und Nachbargemeinden ebenfalls dieses „Freigeld“ einführen wollten, wurden es verboten und nach 13 Monaten wieder eingezogen, mit der Folge, dass die Arbeitslosigkeit wieder anstieg.

WIR in der Schweiz.

1934 wurde von den Gesellionern Werner Zimmermann und Paul Enz in der Schweiz der Tauschring der WIR-Genossenschaft gegründet. Diese Tauschring-Genossenschaft besteht heute noch und ist außerordentlich erfolgreich. 1991 hatte sie einen Umsatz von 2,047 Milliarden Franken und eine Wachstumsrate von 14,5% im Jahr. Leider beschränkt sich der Austausch im Wesentlichen auf Gewerbetreibende.

Dieser Tauschring funktioniert so: Sämtliche Teilnehmer führen bei einer Zentrale ein Verrechnungskonto, das bis zu einer bestimmten Höhe überzogen werden kann. Die Guthaben werden nicht verzinst, aber auch die Kredite werden nicht oder nur geringfügig verzinst. Eine WIR-Hypothek kostet statt 8% bei normalen Banken nur 1,75% Zins im Jahr, ein Kontokorrent-Kredit 2,5% und ein ungedeckter Kredit 3,5% (Berner Zeitung 11. 9. 92). Barabhebungen in der Landeswährung sind grundsätzlich nicht erlaubt. Die Zentrale führt die Verrechnungen durch, die Teilnehmer verwenden dabei Barter-Schecks oder arbeiten beleglos über Datenfernübertragungs-Einrichtungen der Zentrale. Finanziert wird die Zentrale vorwiegend über Vermittlungsgebühren. Die Teilnehmer verpflichten sich zu einem bestimmten Abnahmesatz der Tauschverrechnungseinheit. Die Zentrale bildet einen Reservefonds und fungiert als Clearing-Agent. Ein periodisch erscheinendes Mitteilungsblatt und elektronische Medien informieren über Angebote und Nachfrage.

Tauschringe und Barter-Clubs.

Seit den 60er Jahren gibt es wieder zahlreiche Tauschringe und Barter-Clubs in aller Welt, die ganz ähnlich funktionieren: In der Zeitschrift oder im Computer eines Tauschrings bieten sie ihre Güter und Dienstleistungen an und äußern dort ihre Bedürfnisse, dann nehmen sie Verbindung miteinander auf und sprechen den Preis, den Termin und den Ort ab. Das, was sie an Leistungen erbracht haben, wird ihnen gutgeschrieben; entsprechend dem, was sie erhalten haben, wird ihr Konto belastet. Die Praxis zeigt, dass dieses Prinzip funktioniert!

Klaus Schmitt, Berlin